

BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

**BayernInvest**  
**Alpha Select Bond-Fonds**

OGAW-Sondervermögen Deutschen Rechts

**Verkaufsprospekt**  
einschließlich Anlagebedingungen

Ausgabe Mai 2025

## **HINWEIS ZUM VERKAUFSPROSPEKT**

Der Kauf und Verkauf von Anteilen an dem Sondervermögen erfolgt auf Basis des Verkaufsprospekts, des Basisinformationsblatts und der Allgemeinen Anlagebedingungen in Verbindung mit den Besonderen Anlagebedingungen in der jeweils geltenden Fassung. Die Allgemeinen Anlagebedingungen und die Besonderen Anlagebedingungen sind im Anschluss an diesen Verkaufsprospekt abgedruckt.

Der Verkaufsprospekt ist dem am Erwerb eines Anteils an dem BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds Interessierten sowie jedem Anleger des Fonds zusammen mit dem letzten veröffentlichten Jahresbericht sowie dem gegebenenfalls nach dem Jahresbericht veröffentlichten Halbjahresbericht auf Verlangen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Daneben ist dem am Erwerb eines Anteils an dem BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds Interessierten das Basisinformationsblatt rechtzeitig vor Vertragsschluss kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Von dem Verkaufsprospekt abweichende Auskünfte oder Erklärungen dürfen nicht abgegeben werden. Jeder Kauf von Anteilen auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in dem Verkaufsprospekt bzw. dem Basisinformationsblatt enthalten sind, erfolgt ausschließlich auf Risiko des Käufers.

Der Verkaufsprospekt wird ergänzt durch den jeweils letzten Jahresbericht und dem gegebenenfalls nach dem Jahresbericht veröffentlichten Halbjahresbericht.

## **ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN FÜR US-PERSONEN**

Die BayernInvest und/oder der BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds sind und werden nicht gemäß dem United States Investment Company Act von 1940 in seiner gültigen Fassung registriert. Die Anteile des Fonds sind und werden nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 in seiner gültigen Fassung oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Anteile dieses Fonds dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch einer US-Person bzw. in den Vereinigten Staaten von Amerika ansässige Personen (US residents) und/ oder Personen, die dort steuerpflichtig sind, oder auf deren Rechnung angeboten oder verkauft werden. Am Erwerb von Anteilen Interessierte müssen ggf. darlegen, dass sie keine US-Person sind und Anteile weder im Auftrag von US-Personen erwerben noch an US-Personen weiterveräußern. Zu den US-Personen zählen natürliche Personen, wenn sie ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten haben. US-Personen können auch Personen- oder Kapitalgesellschaften sein, wenn sie etwa gemäß den Gesetzen der USA bzw. eines US-Bundesstaats, Territoriums oder einer US-Besitzung gegründet werden.

## **WICHTIGSTE RECHTLICHE AUSWIRKUNGEN DER VERTRAGSBEZIEHUNG**

Durch den Erwerb der Anteile wird der Anleger Miteigentümer der vom BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände nach Bruchteilen. Er kann über die Vermögensgegenstände nicht verfügen. Mit den Anteilen sind keine Stimmrechte verbunden. Sämtliche Veröffentlichungen und Werbeschriften sind in deutscher Sprache abzufassen oder mit einer deutschen Übersetzung zu versehen. Die BayernInvest wird ferner die gesamte Kommunikation mit ihren Anlegern in deutscher Sprache führen.

## **DURCHSETZUNG VON RECHTEN**

Das Rechtsverhältnis zwischen der BayernInvest und dem Anleger sowie die vorvertraglichen Beziehungen richten sich nach deutschem Recht. Der Sitz der BayernInvest ist Gerichtsstand für Klagen des Anlegers gegen die KVG aus dem Vertragsverhältnis. Anleger, die Verbraucher sind (siehe die folgende Definition) und in einem anderen EU-Staat wohnen, können auch vor einem zuständigen Gericht an ihrem Wohnsitz Klage erheben. Die Vollstreckung von gerichtlichen Urteilen richtet sich nach der Zivilprozessordnung, ggf. dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung bzw. der Insolvenzordnung. Da die BayernInvest inländischem Recht unterliegt, bedarf es keiner Anerkennung inländischer Urteile vor deren Vollstreckung.

Die Adresse der BayernInvest lautet:

**BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH**  
**Karlstraße 35**  
**80333 München**

Zur Durchsetzung ihrer Rechte können Anleger den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten beschreiten oder, soweit ein solches zur Verfügung steht, auch ein Verfahren für alternative Streitbeilegung anstrengen.

Die Gesellschaft verpflichtet sich zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle. Bei Streitigkeiten, an denen Verbraucher beteiligt sind, können sich die Beteiligten an die behördliche Verbraucherschlichtungsstelle bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wenden. Die Kontaktdaten lauten:

**Schlichtungsstelle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht**  
**Graurheindorfer Straße 108**  
**53117 Bonn**  
[www.bafin.de/schlichtungsstelle](http://www.bafin.de/schlichtungsstelle)

Bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen ist dies die Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank. Die Kontaktdaten lauten:

**Deutsche Bundesbank**  
**Schlichtungsstelle**  
**Postfach 11 12 32**  
**60047 Frankfurt**  
**E-Mail: [schlichtung@bundesbank.de](mailto:schlichtung@bundesbank.de)**  
[www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)

Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt von einem Streitbeilegungsverfahren unberührt.

#### **WIDERRUFSRECHT BEI KAUF AUSSERHALB DER STÄNDIGEN GESCHÄFTSRÄUME**

Kommt der Kauf von Anteilen an offenen Investmentvermögen aufgrund mündlicher Verhandlungen außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen zustande, der die Anteile verkauft oder den Verkauf vermittelt hat, so hat der Käufer das Recht, seine Käuferklärung in Textform und ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu widerrufen. Über das Recht zum Widerruf wird der Käufer in der Durchschrift / der Kaufabrechnung belehrt. Das Widerrufsrecht besteht auch dann, wenn derjenige, der die Anteile verkauft oder den Verkauf vermittelt, keine ständigen Geschäftsräume hat. Ein Widerrufsrecht besteht nicht, wenn der Verkäufer nachweist, dass (i) entweder der Käufer keine natürliche Person ist, die das Rechtsgeschäft zu einem Zweck abschließt, der nicht ihrer beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (Verbraucher), oder (ii) es zur Verhandlung auf Initiative des Käufers gekommen ist, d.h. er den Käufer zu den Verhandlungen aufgrund vorhergehender Bestellung des Käufers aufgesucht hat. Bei Verträgen, die ausschließlich über Fernkommunikationsmittel (z.B. Briefe, Telefonanrufe, E-Mails) zustande gekommen sind (Fernabsatzverträge), besteht kein Widerrufsrecht.

## ORGANISATION

### 1. Kapitalverwaltungsgesellschaft

BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft  
mbH  
Karlstr. 35  
80333 München  
Telefon +49 89 54 850-0  
Telefax +49 89 54 850-444  
[www.bayerninvest.de](http://www.bayerninvest.de)

Rechtsform:  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Gründung: 22.02.1989  
Handelsregister: München HRB 81464

Eigenkapital (per 31.12.2024)  
Gezeichnet und eingezahlt: 4,24 Mio. €

### 2. Gesellschafter

Bayerische Landesbank München (BayernLB)

### 3. Geschäftsführung

Alexander Mertz (Sprecher)  
Mitglied des Verwaltungsrats der  
BayernInvest Luxembourg S.A.;

Marjan Galun  
Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
BayernInvest Luxembourg S.A.

Philipp Plate

### 4. Aufsichtsrat

Roland Reichert (Vorsitzender)  
Bereichsleiter Sparkassen &  
Finanzinstitutionen BayernLB

Karsten Traum (Stv. Vorsitzender)  
Bereichsleiter Unternehmensentwicklung  
DKB Berlin

Professor Dr. Dirk Schiereck  
Leiter des Fachgebiets Unternehmensfinan-  
zierung an der  
TU Darmstadt

### 5. Verwahrstelle

State Street Bank International GmbH  
Brienner Str. 59  
80333 München  
Telefon: +49 89 55878 100  
[www.statestreet.com](http://www.statestreet.com)

### 6. Wirtschaftsprüfer

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Friedenstraße 10  
81671 München

## 7. Zusätzliche Informationen für Anleger in Österreich

Zahl- und Kontaktstelle:

Erste Bank der Oesterreichischen Sparkassen AG, Am Belvedere 1, 1100 Wien, Österreich  
Bei dieser Stelle können:

- Rücknahmeanträge für Fondsanteile eingereicht werden,
- die Abwicklung und die Auszahlung des Rücknahmepreises in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft und der Verwahrstelle erfolgen,
- die Anleger die jeweilige aktuelle Fassung der Anlagebedingungen des Fonds, den Verkaufsprospekt, die Jahres- und Halbjahresberichte erhalten sowie die Ausgabe- und Rücknahmepreise und sonstige Angaben und Unterlagen erfragen bzw. einsehen.

Steuerlicher Vertreter:

KPMG Alpen-Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft  
Porzellangasse 51  
A-1090 Wien

## 8. Zusätzliche Informationen für Anleger in Luxemburg

Einrichtung für Privatanleger in Luxemburg gemäß Art. 92 der Richtlinie (EU) 2019/1160 ist die BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Karlstraße35, 80333 München.

Bei dieser Stelle können:

- die Rücknahme der Anteile durchgeführt bzw. Rücknahmeanträge eingereicht werden
- die Anleger kostenlos sämtliche Informationen, wie Verkaufsprospekte samt Anlagebedingungen, Basisinformationsblatt, Jahres- und Halbjahresberichte sowie die Ausgabe- und Rücknahmepreise erhalten
- sonstige Angaben und Unterlagen erfragen bzw. einsehen; Zudem sind diese Dokumente über die Internetseite [www.bayerninvest.de/services-fonds](http://www.bayerninvest.de/services-fonds) erhältlich.
- Zahlungen an die Anleger weitergeleitet werden.

---

Änderungen von Angaben mit wesentlicher Bedeutung werden regelmäßig in den Halbjahres- und Jahresberichten aktualisiert.

## INHALTSVERZEICHNIS

HINWEIS ZUM VERKAUFSPROSPEKT .....	2
ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN FÜR US-PERSONEN .....	2
WICHTIGSTE RECHTLICHE AUSWIRKUNGEN DER VERTRAGSBEZIEHUNG .....	2
DURCHSETZUNG VON RECHTEN.....	2
WIDERRUFSRECHT BEI KAUF AUSSERHALB DER STÄNDIGEN GESCHÄFTSRÄUME .....	3
ORGANISATION.....	4
1. GRUNDLAGEN .....	10
1.1. Das Sondervermögen („der Fonds“) .....	10
1.2. Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen.....	10
1.3. Anlagebedingungen und deren Änderungen .....	10
2. VERWALTUNGSGESELLSCHAFT .....	11
2.1. Firma, Rechtsform und Sitz .....	11
2.2. Vorstand/Geschäftsführung und Aufsichtsrat .....	12
2.3. Eigenkapital und zusätzliche Eigenmittel.....	12
3. VERWAHRSTELLE .....	12
3.1. Aufgaben der Verwahrstelle .....	12
3.2. Interessenkonflikte .....	12
3.3. Unterverwahrung.....	12
3.4. Haftung der Verwahrstelle .....	13
3.5. Zusätzliche Informationen.....	13
4. RISIKOHINWEISE .....	13
4.1. Risiken einer Fondsanlage.....	13
4.1.1. Schwankung des Fondsanteilwerts .....	13
4.1.2. Beeinflussung des individuellen Ergebnisses durch steuerliche Aspekte .....	14
4.1.3. Änderung der Anlagepolitik oder der Anlagebedingungen .....	14
4.1.4. Beschränkung der Anteilrücknahme.....	14
4.1.5. Aussetzung der Anteilrücknahme .....	14
4.1.6. Auflösung des Fonds.....	14
4.1.7. Übertragung aller Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes offenes Publikums-Investmentvermögen (Verschmelzung) .....	15
4.1.8. Übertragung des Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft .....	15
4.1.9. Rentabilität und Erfüllung der Anlageziele des Anlegers .....	15
4.2. Risiken der negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko).....	15
4.2.1. Wertveränderungsrisiken .....	15
4.2.2. Kapitalmarktrisiko.....	15
4.2.3. Kursänderungsrisiko von Aktien .....	16
4.2.4. Zinsänderungsrisiko.....	16
4.2.5. Risiko von negativen Habenzinsen.....	16
4.2.6. Kursänderungsrisiko von Wandel- und Optionsanleihen .....	16
4.2.7. Risiken im Zusammenhang mit Derivatgeschäften .....	16
4.2.8. Risiken im Zusammenhang mit dem Erhalt von Sicherheiten .....	17
4.2.9. Risiko bei Verbriefungspositionen ohne Selbstbehalt .....	18
4.2.10. Inflationsrisiko.....	18
4.2.11. Währungsrisiko .....	18
4.2.12. Konzentrationsrisiko.....	18
4.2.13. Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile .....	18
4.2.14. Risiken aus dem Anlagespektrum .....	18
4.3. Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds und Risiken im Zusammenhang mit vermehrten Zeichnungen oder Rückgaben (Liquiditätsrisiko) .....	19
4.3.1. Risiko aus der Anlage in Vermögensgegenstände .....	19
4.3.2. Risiko durch Kreditaufnahme .....	19
4.3.3. Konzentrationsrisiko (wenn § 206 Absatz 2 KAGB – öffentliche Aussteller - greift) .....	19
4.3.4. Risiken durch vermehrte Rückgaben oder Zeichnungen .....	19
4.3.5. Risiko bei Feiertagen in bestimmten Regionen/Ländern .....	19

4.4.	Kontrahentenrisiko inklusive Kredit- und Forderungsrisiko.....	20
4.4.1.	Adressenausfallrisiko / Gegenpartei-Risiken (außer zentrale Kontrahenten) .....	20
4.4.2.	Risiko durch zentrale Kontrahenten.....	20
4.5.	Operationelle und sonstige Risiken des Fonds.....	20
4.5.1.	Risiken durch kriminelle Handlungen, Missstände oder Naturkatastrophen .....	20
4.5.2.	Länder- oder Transferrisiko.....	20
4.5.3.	Rechtliche und politische Risiken .....	21
4.5.4.	Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen, steuerliches Risiko.....	21
4.5.5.	Schlüsselpersonenrisiko .....	21
4.5.6.	Verwahrrisiko .....	21
4.5.7.	Risiken aus Handels- und Clearingmechanismen (Abwicklungsrisiko).....	21
4.6.	Nachhaltigkeitsrisiken .....	21
4.7.	Erläuterung des Risikoprofils des Fonds.....	21
4.8.	Erhöhte Volatilität.....	22
4.9.	Profil des typischen Anlegers .....	22
5.	ANLAGEZIELE, ANLAGEGRUNDSÄTZE UND -GRENZEN.....	22
5.1.	Anlageziel und -strategie.....	22
5.2.	Vermögensgegenstände.....	23
5.3.	Anlageinstrumente im Einzelnen.....	23
5.3.1.	Wertpapiere .....	23
5.3.2.	Geldmarktinstrumente.....	24
5.3.3.	Bankguthaben .....	26
5.3.4.	Sonstige Vermögensgegenstände und deren Anlagegrenzen .....	26
5.4.	Anlagegrenzen für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente auch unter Einsatz von Derivaten sowie Bankguthaben .....	27
5.4.1.	Allgemeine Anlagegrenzen .....	27
5.4.2.	Anlagegrenzen für Schuldverschreibungen mit besonderer Deckungsmasse.....	28
5.4.3.	Anlagegrenzen für öffentliche Emittenten .....	28
5.4.4.	Anlagegrenzen für Bankguthaben .....	29
5.4.5.	Kombination von Anlagegrenzen .....	30
5.4.6.	Anlagegrenzen unter Einsatz von Derivaten .....	30
5.5.	Investmentanteile und deren Anlagegrenzen .....	30
5.6.	Derivate .....	31
5.6.1.	Terminkontrakte.....	32
5.6.2.	Optionsgeschäfte .....	32
5.6.3.	Swaps.....	32
5.6.4.	Swaptions .....	32
5.6.5.	Credit Default Swaps.....	32
5.6.6.	Total Return Swaps .....	32
5.6.7.	In Wertpapieren verbriefte Finanzinstrumente .....	33
5.6.8.	OTC-Derivatgeschäfte .....	33
5.6.9.	Währungsgesicherte Anteilklassen .....	34
5.7.	Wertpapier-Darlehensgeschäfte .....	34
5.8.	Pensionsgeschäfte .....	34
5.9.	Sicherheitenstrategie .....	34
5.9.1.	Arten der zulässigen Sicherheiten .....	34
5.9.2.	Umfang der Besicherung .....	34
5.9.3.	Sicherheitenbewertung und Strategie für Abschläge der Bewertung (Haircut-Strategie) 35	
5.9.4.	Anlage von Barsicherheiten.....	35
5.10.	Kreditaufnahme .....	35
5.11.	Hebelwirkung (Leverage) .....	35
6.	BEWERTUNG .....	36
6.1.	Allgemeine Regeln für die Vermögensbewertung.....	36
6.1.1.	An einer Börse zugelassene/an einem organisierten Markt gehandelte Vermögensgegenstände .....	36
6.1.2.	Nicht an Börsen notierte oder an organisierten Märkten gehandelte Vermögensgegenstände oder Vermögensgegenstände ohne handelbaren Kurs.....	36
6.2.	Besondere Bewertungsregeln für einzelne Vermögensgegenstände .....	36

6.2.1.	Nichtnotierte Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen .....	36
6.2.2.	Optionsrechte und Terminkontrakte.....	36
6.2.3.	Bankguthaben, Festgelder, Anteile an Investmentvermögen und Darlehen .....	36
6.2.4.	Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände .....	37
7.	TEILINVESTMENTVERMÖGEN .....	37
8.	ANTEILE .....	37
8.1.	Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und Orderannahmeschluss .....	37
8.1.1.	Ausgabe von Anteilen .....	37
8.1.2.	Rücknahme von Anteilen.....	37
	Beschränkung der Rücknahme .....	37
8.1.3.	Orderannahmeschluss, Abrechnung bei Anteilausgabe und Rücknahme .....	38
8.1.4.	Aussetzung der Anteilrücknahme .....	38
9.	LIQUIDITÄTSMANAGEMENT.....	39
10.	BÖRSE UND MÄRKTE .....	39
11.	FAIRE BEHANDLUNG DER ANLEGER UND ANTEILKLASSEN .....	40
12.	AUSGABE- UND RÜCKNAHMEPREISE .....	40
12.1.	Aussetzung der Errechnung des Ausgabe- / Rücknahmepreises .....	41
12.2.	Ausgabeaufschlag .....	41
12.3.	Rücknahmeabschlag .....	41
12.4.	Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise .....	42
13.	KOSTEN .....	42
13.1.	Kosten bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen.....	42
13.2.	Verwaltungs- und sonstige Kosten .....	42
13.3.	Besonderheiten bei dem Erwerb von Investmentanteilen.....	44
13.4.	Angabe einer Gesamtkostenquote .....	44
13.5.	Abweichender Kostenausweis durch Vertriebsstellen .....	44
14.	VERGÜTUNGSPOLITIK .....	45
15.	WERTENTWICKLUNG, ERMITTLUNG UND VERWENDUNG DER ERTRÄGE, GESCHÄFTSJAHR... ..	45
15.1.	Wertentwicklung .....	45
15.2.	Annualisierte Wertentwicklung über 3, 5 und 10 Jahre .....	45
15.3.	Ermittlung der Erträge, Ertragsausgleichsverfahren .....	46
15.4.	Ertragsverwendung und Geschäftsjahr.....	46
16.	AUFLÖSUNG, ÜBERTRAGUNG UND VERSCHMELZUNG DES FONDS .....	46
16.1.	Voraussetzungen für die Auflösung des Fonds.....	46
16.2.	Verfahren bei Auflösung des Fonds.....	46
16.3.	Übertragung des Fonds .....	47
16.4.	Voraussetzungen für die Verschmelzung des Fonds .....	47
16.5.	Rechte der Anleger bei der Verschmelzung des Fonds.....	47
17.	AUSLAGERUNG .....	48
18.	INTERESSENKONFLIKTE.....	48
19.	KURZANGABEN ÜBER STEUERRECHTLICHE VORSCHRIFTEN .....	49
19.1.1.	Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer) .....	50
19.1.2.	Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer) .....	51
	Während der Abwicklung des Fonds gelten Ausschüttungen eines Kalenderjahres insoweit als steuerfreie Kapitalrückzahlung, wie der letzte in diesem Kalenderjahr festgesetzte Rücknahmepreis die fortgeführten Anschaffungskosten unterschreitet. Dies gilt höchstens für einen Zeitraum von zehn Kalenderjahren nach dem Kalenderjahr, in dem die Abwicklung beginnt.....	53
19.1.3.	Steuerausländer .....	53
19.1.4.	Solidaritätszuschlag .....	53
19.1.5.	Kirchensteuer .....	53
19.1.6.	Ausländische Quellensteuer .....	53
19.1.7.	Folgen der Verschmelzung von Sondervermögen .....	54
19.1.8.	Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen .....	54
20.	WIRTSCHAFTSPRÜFER.....	56
21.	DIENSTLEISTER .....	56
22.	ZAHLUNGEN AN DIE ANLEGER/ VERBREITUNG DER BERICHTE UND SONSTIGEN INFORMATIONEN.....	56
23.	WEITERE VON DER GESELLSCHAFT VERWALTETE INVESTMENTVERMÖGEN .....	56

24.	RECHT DES KÄUFERS ZUM WIEDERUF .....	57
25.	ANLAGE ÜBERBLICK ÜBER DIE BERÜCKSICHTIGUNG VON NACH-HALTIGKEITSRISIKEN IM INVEST-MENTPROZESSUND DIE WICHTIGSTEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN AUF NACHHALTIGKEITSAKTOREN .....	59
26.	ANTEILKLASSEN IM ÜBERBLICK .....	61
	Anlage 1 Unterverwahrung .....	66
	Anlage 2 Zusammenfassende Übersicht für die Besteuerung bei üblichen betrieblichen Anlegergruppen .....	83

## 1. GRUNDLAGEN

### 1.1. Das Sondervermögen („der Fonds“)

Das Sondervermögen BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds (nachfolgend „Fonds“) ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen, der von einer Anzahl von Anlegern Kapital einsammelt, um es gemäß einer festgelegten Anlagestrategie zum Nutzen dieser Anleger zu investieren (nachfolgend „Investmentvermögen“). Der Fonds ist ein Investmentvermögen gemäß der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (nachfolgend „OGAW“) im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs (nachfolgend „KAGB“). Er wird von der BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH - (nachfolgend „Gesellschaft“) - verwaltet.

Der Fonds wurde am 16. Dezember 2014 für unbestimmte Dauer aufgelegt.

**Das Erstausgabedatum der bestehenden Anteilklassen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

Die Gesellschaft legt das bei ihr eingelegte Kapital im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem KAGB zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an.

Der Geschäftszweck des Fonds ist auf die Kapitalanlage gemäß einer festgelegten Anlagestrategie im Rahmen einer kollektiven Vermögensverwaltung mittels der bei ihm eingelegten Mittel beschränkt; eine operative Tätigkeit und eine aktive unternehmerische Bewirtschaftung der gehaltenen Vermögensgegenstände sind ausgeschlossen.

In welche Vermögensgegenstände die Gesellschaft die Gelder der Anleger anlegen darf und welche Bestimmungen sie dabei zu beachten hat, ergibt sich aus dem KAGB, den dazugehörigen Verordnungen sowie dem Investmentsteuergesetz (nachfolgend „InvStG“) und den Anlagebedingungen des Fonds, die das Rechtsverhältnis zwischen den Anlegern und der Gesellschaft regeln. Die Anlagebedingungen umfassen einen Allgemeinen und einen Besonderen Teil („Allgemeine Anlagebedingungen“ und „Besondere Anlagebedingungen“). Anlagebedingungen für ein Publikums-Investmentvermögen müssen vor deren Verwendung von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigt werden. Der Fonds gehört nicht zur Insolvenzmasse der Gesellschaft.

Die LEI-Code des Fonds lautet wie folgt: 529900LOGT0BEM0AL728

### 1.2. Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen

Der Verkaufsprospekt, das Basisinformationsblatt, die Anlagebedingungen sowie die aktuellen Jahres- und Halbjahresberichte sind kostenlos bei der Gesellschaft sowie auf der Homepage <https://www.bayerninvest.de/> erhältlich.

Zusätzliche Informationen über die Anlagegrenzen des Risikomanagements dieses Fonds, die Risikomanagementmethoden und die jüngsten Entwicklungen bei den Risiken und Renditen der wichtigsten Kategorien von Vermögensgegenständen sind in elektronischer oder schriftlicher Form bei der Gesellschaft erhältlich. Darüber hinaus können die Anleger auf Anfrage von der Gesellschaft ein Risikoreport zum Fonds kostenfrei beziehen. Die Anfrage ist an das Postfach [Kundenbetreuung@bayerninvest.de](mailto:Kundenbetreuung@bayerninvest.de) zu richten. Sofern die Gesellschaft einzelnen Anlegern weitere Informationen über die Zusammensetzung des Fondsportfolios oder dessen Wertentwicklung übermittelt, wird sie diese Informationen zeitgleich allen Anlegern des Fonds zur Verfügung stellen. Die Anleger können per Email an [Kundenbetreuung@bayerninvest.de](mailto:Kundenbetreuung@bayerninvest.de) einen elektronischen Zugang zu diesen Daten beantragen. Voraussetzung ist der Nachweis der Anlegereigenschaft sowie der Abschluss einer Vertraulichkeitsvereinbarung.

### 1.3. Anlagebedingungen und deren Änderungen

Die Anlagebedingungen sind im Anschluss an diesem Verkaufsprospekt in dieser Unterlage abgedruckt. Die Anlagebedingungen können von der Gesellschaft geändert werden. Änderungen der Anlagebedingungen bedürfen der Genehmigung durch die BaFin.

Änderungen der Anlagegrundsätze des Fonds sind nur unter der Bedingung zulässig, dass die Gesellschaft den Anlegern anbietet, ihre Anteile entweder ohne weitere Kosten zurückzunehmen oder

ihre Anteile gegen Anteile an Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kostenlos umzutauschen, sofern derartige Investmentvermögen von der Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen aus ihrem Konzern verwaltet werden.

Die vorgesehenen Änderungen werden im Bundesanzeiger und darüber hinaus auf der Website <https://www.bayerninvest.de/publikumsfonds/bekanntmachungen/aktuelle-bekanntmachungen/index.html> bekannt gemacht.

Betreffen die Änderungen Vergütungen und Aufwandsersatzungen, die aus dem Fonds entnommen werden dürfen, oder die Anlagegrundsätze des Fonds oder wesentliche Anlegerrechte, werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen durch ein Medium informiert, auf welchem Informationen für eine den Zwecken der Informationen angemessene Dauer gespeichert, einsehbar und unverändert wiedergegeben werden, etwa in Papierform oder elektronischer Form (sogenannter „dauerhafter Datenträger“). Diese Information umfasst die wesentlichen Inhalte der geplanten Änderungen, ihre Hintergründe, die Rechte der Anleger in Zusammenhang mit der Änderung sowie einen Hinweis darauf, wo und wie weitere Informationen erlangt werden können.

Die Änderungen treten frühestens am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Änderungen von Regelungen zu den Vergütungen und Aufwandsersatzungen treten frühestens vier Wochen nach ihrer Bekanntmachung in Kraft, wenn nicht mit Zustimmung der BaFin ein früherer Zeitpunkt bestimmt wurde. Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Fonds treten ebenfalls frühestens vier Wochen nach Bekanntmachung in Kraft.

## **2. VERWALTUNGSGESELLSCHAFT**

### **2.1. Firma, Rechtsform und Sitz**

Die BayernInvest ist eine am 22.02.1989 gegründete Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne des KAGB in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Die Firma der Gesellschaft lautet BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in 80333 München, Karlstr. 35.

Die Gesellschaft hat eine Erlaubnis als OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft und als AIF Kapitalverwaltungsgesellschaft nach dem KAGB. Die BayernInvest darf seit dem 07. Januar 1999 neben Wertpapier-Sondervermögen auch Geldmarkt-Sondervermögen, Investmentfondsanteil-, gemischte Wertpapier-, Grundstücks- und Altersvorsorge-Sondervermögen verwalten. Nach der Anpassung an das Investmentgesetz darf die Gesellschaft seit dem 17. März 2005 Richtlinienkonforme Sondervermögen sowie Gemischte Sondervermögen in der Form von Publikums- und Spezial-Sondervermögen verwalten. Nach der Einführung des Investmentänderungsgesetzes darf die Gesellschaft seit dem 26. März 2008 weiterhin Spezial-Sondervermögen verwalten, welche allerdings nicht in Vermögensgegenstände investieren dürfen, die ausschließlich für Immobilien-Sondervermögen nach §§ 66 bis 82 InvG in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung (§§ 230 -260 KAGB) und Infrastruktur-Sondervermögen nach §§ 90a bis 90f InvG in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung zugelassen sind. Des Weiteren darf die Gesellschaft seit dem 26. März 2008 Sonstige Sondervermögen verwalten sowie die Fremdverwaltung für Investmentaktiengesellschaften nach §§ 90a – 90 f InvG in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung (§§ 108 – 123 KAGB) übernehmen. Nach der Einführung des KAGB darf die Gesellschaft seit dem 22. Juli 2014 weiterhin Spezial-AIF mit festen Anlagebedingungen (ehemals Spezial-Sondervermögen) verwalten, jedoch nur solche, welche in folgende Vermögensgegenstände investieren: Die in § 284 Abs. 1 und Abs. 2 KAGB genannten Vermögensgegenstände, mit Ausnahme von Immobilien, Beteiligungen an Immobilien-Gesellschaften sowie Beteiligungen an ÖPP-Projektgesellschaften. Des Weiteren darf die Gesellschaft ab 22.07.2014 Spezial AIF mit offenen Anlagebedingungen gem. § 282 KAGB - unter Ausschluss von Hedgefonds gem. § 283KAGB - verwalten, welche in folgende Vermögensgegenstände investieren: Die in § 284 Abs. 1 und Abs. 2 KAGB genannten Vermögensgegenstände, mit Ausnahme von Immobilien, Beteiligungen an Immobilien-Gesellschaften sowie Beteiligungen an ÖPP-Projektgesellschaften. Unverändert darf die Gesellschaft darüber hinaus in Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) gemäß § 1 Abs. 2 i.V.m. §§ 192 ff. KAGB, Gemischte Investmentvermögen gemäß §§ 218 f. KAGB und Sonstige Investmentvermögen gemäß §§ 220 ff. KAGB verwalten. Investmentvermögen können in Vertragsform als Sondervermögen oder in Rechtsform einer Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder einer offenen Investmentkommanditgesellschaft ausgestaltet sein.

## 2.2. Vorstand/Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Nähere Angaben über die Geschäftsführung, die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und den Gesellschafterkreis sowie über die Höhe des gezeichneten und eingezahlten Kapitals finden Sie unter dem Punkt „Organisation“ am Anfang des Verkaufsprospektes.

## 2.3. Eigenkapital und zusätzliche Eigenmittel

Nähere Angaben über die Höhe des gezeichneten und eingezahlten Kapitals finden Sie unter dem Punkt „Organisation“ am Anfang des Verkaufsprospektes.

Die Gesellschaft hat die Berufshaftungsrisiken, die sich durch die Verwaltung von Investmentvermögen ergeben, die nicht der OGAW-Richtlinie entsprechen, sogenannte alternativen Investmentvermögen (nachfolgend „AIF“), und auf berufliche Fahrlässigkeit ihrer Organe oder Mitarbeiter zurückzuführen sind, abgedeckt durch:

Eigenmittel in Höhe von wenigstens 0,01 Prozent des Werts der Portfolios aller verwalteten AIF, wobei dieser Betrag jährlich überprüft und angepasst wird. Diese Eigenmittel sind von dem angegebenen haftenden Eigenkapital umfasst.

## 3. VERWAHRSTELLE

Für den Fonds hat das Kreditinstitut State Street Bank International GmbH mit Sitz in 80333 München, Briener Str. 59, die Funktion der Verwahrstelle übernommen. Die Verwahrstelle ist ein Kreditinstitut nach deutschem Recht.

### 3.1. Aufgaben der Verwahrstelle

Das KAGB sieht eine Trennung der Verwaltung und der Verwahrung von Sondervermögen vor. Die Verwahrstelle verwahrt die Vermögensgegenstände in gesonderten Depots oder in Sperrdepots bzw. auf Sperrkonten. Bei Vermögensgegenständen, die nicht verwahrt werden können, prüft die Verwahrstelle, ob die Verwaltungsgesellschaft Eigentum an diesen Vermögensgegenständen erworben hat. Sie überwacht, ob die Verfügungen der Gesellschaft über die Vermögensgegenstände den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen entsprechen. Die Anlage in Bankguthaben bei einem anderen Kreditinstitut sowie Verfügungen über solche Bankguthaben sind nur mit Zustimmung der Verwahrstelle zulässig. Die Verwahrstelle muss ihre Zustimmung erteilen, wenn die Anlage bzw. Verfügung mit den Anlagebedingungen und den Vorschriften des KAGB vereinbar ist.

Daneben hat die Verwahrstelle insbesondere folgende Aufgaben:

- Ausgabe und Rücknahme der Anteile des Fonds,
- Sicherzustellen, dass die Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Anteilwertermittlung den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen des Fonds entsprechen,
- Sicherzustellen, dass bei den für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger getätigten Geschäften der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen in ihre Verwahrung gelangt,
- Sicherzustellen, dass die Erträge des Fonds nach den Vorschriften des KAGB und nach den Anlagebedingungen verwendet werden,
- Überwachung von Kreditaufnahmen durch die Gesellschaft für Rechnung des Fonds sowie gegebenenfalls Zustimmung zur Kreditaufnahme,
- Sicherzustellen, dass Sicherheiten für Wertpapierdarlehen rechtswirksam bestellt und jederzeit vorhanden sind.

### 3.2. Interessenkonflikte

Folgende Interessenkonflikte könnten sich aus der Übernahme der Verwahrstellenfunktion für den Fonds ergeben:

- Der Gesellschaft liegen keine Anhaltspunkte für Interessenkonflikte vor

### 3.3. Unterverwahrung

Die Verwahrstelle hat die Verwahrung der für Rechnung des Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände auf die in der Anlage 1 genannten Unterverwahrer ausgelagert.

Folgende Interessenkonflikte könnten sich aus dieser Übertragung ergeben:

- **siehe Anlage 1**

Die Gesellschaft ist auf Zulieferung der Information durch die Verwahrstelle angewiesen und kann die Richtigkeit und Vollständigkeit im Einzelnen nicht überprüfen.

### **3.4. Haftung der Verwahrstelle**

Die Verwahrstelle ist grundsätzlich für alle Vermögensgegenstände, die von ihr oder mit ihrer Zustimmung von einer anderen Stelle verwahrt werden, verantwortlich. Im Falle des Verlustes eines solchen Vermögensgegenstandes haftet die Verwahrstelle gegenüber dem Fonds und dessen Anlegern, es sei denn der Verlust ist auf Ereignisse außerhalb des Einflussbereichs der Verwahrstelle zurückzuführen. Für Schäden, die nicht im Verlust eines Vermögensgegenstandes bestehen, haftet die Verwahrstelle grundsätzlich nur, wenn sie ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB mindestens fahrlässig nicht erfüllt hat.

### **3.5. Zusätzliche Informationen**

Auf Verlangen übermittelt die Gesellschaft den Anlegern Informationen auf dem neuesten Stand zur Verwahrstelle und ihren Pflichten, zu den Unterverwahrern sowie zu möglichen Interessenkonflikten in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Verwahrstelle oder der Unterverwahrer.

## **4. RISIKOHINWEISE**

Vor der Entscheidung über den Kauf von Anteilen an dem Fonds sollten Anleger die nachfolgenden Risikohinweise zusammen mit den anderen in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und diese bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken kann für sich genommen oder zusammen mit anderen Umständen die Wertentwicklung des Fonds bzw. der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände nachteilig beeinflussen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert auswirken.

Veräußert der Anleger Anteile an dem Fonds zu einem Zeitpunkt, in dem die Kurse der in dem Fonds befindlichen Vermögensgegenstände gegenüber dem Zeitpunkt seines Anteilerwerbs gefallen sind, so erhält er das von ihm in den Fonds investierte Kapital nicht oder nicht vollständig zurück. Der Anleger könnte sein in den Fonds investiertes Kapital teilweise oder (in Einzelfällen) sogar ganz verlieren. Wertzuwächse können nicht garantiert werden. Das Risiko des Anlegers ist auf die angelegte Summe beschränkt. Eine Nachschusspflicht über das vom Anleger investierte Kapital hinaus besteht nicht.

Neben den nachstehend oder an anderer Stelle des Verkaufsprospekts beschriebenen Risiken und Unsicherheiten kann die Wertentwicklung des Fonds durch verschiedene weitere Risiken und Unsicherheiten beeinträchtigt werden, die derzeit nicht bekannt sind. Die Reihenfolge, in der die nachfolgenden Risiken aufgeführt werden, enthält weder eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts noch über das Ausmaß oder die Bedeutung bei Eintritt einzelner Risiken.

### **4.1. Risiken einer Fondsanlage**

Im Folgenden werden die Risiken dargestellt, die mit einer Anlage in einen OGAW typischerweise verbunden sind. Diese Risiken können sich nachteilig auf den Anteilwert, auf das vom Anleger investierte Kapital sowie auf die vom Anleger geplante Haltedauer der Fondsanlage auswirken.

#### **4.1.1. Schwankung des Fondsanteilwerts**

Der Fondsanteilwert berechnet sich aus dem Wert des Fonds, geteilt durch die Anzahl der in den Verkehr gelangten Anteile. Der Wert des Fonds entspricht dabei der Summe der Marktwerte aller Vermögensgegenstände im Fondsvermögen abzüglich der Summe der Marktwerte aller Verbindlichkeiten des Fonds. Der Fondsanteilwert ist daher von dem Wert der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände und der Höhe der Verbindlichkeiten des Fonds abhängig. Sinkt der Wert dieser Vermögensgegenstände oder steigt der Wert der Verbindlichkeiten, so fällt der Fondsanteilwert.

#### **4.1.2. Beeinflussung des individuellen Ergebnisses durch steuerliche Aspekte**

Die steuerliche Behandlung von Kapitalerträgen hängt von den individuellen Verhältnissen des jeweiligen Anlegers ab und kann künftig Änderungen unterworfen sein. Für Einzelfragen – insbesondere unter Berücksichtigung der individuellen steuerlichen Situation – sollte sich der Anleger an seinen persönlichen Steuerberater wenden.

#### **4.1.3. Änderung der Anlagepolitik oder der Anlagebedingungen**

Die Gesellschaft kann die Anlagebedingungen mit Genehmigung der BaFin ändern. Dadurch können auch Rechte des Anlegers betroffen sein. Die Gesellschaft kann etwa durch eine Änderung der Anlagebedingungen die Anlagepolitik des Fonds ändern oder sie kann die dem Fonds zu belastenden Kosten erhöhen. Die Gesellschaft kann die Anlagepolitik zudem innerhalb des gesetzlich und vertraglich zulässigen Anlagespektrums und damit ohne Änderung der Anlagebedingungen und deren Genehmigung durch die BaFin ändern. Hierdurch kann sich das mit dem Fonds verbundene Risiko verändern.

#### **4.1.4. Beschränkung der Anteilrücknahme**

Die Gesellschaft darf die Rücknahme der Anteile für insgesamt bis zu 15 aufeinander folgende Arbeitstage beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger an einem Abrechnungstichtag einen zuvor festgelegten Schwellenwert überschreiten, ab dem die Rückgabeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation des Sondervermögens nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anleger ausgeführt werden können. Wird der Schwellenwert erreicht oder überschritten, entscheidet die Gesellschaft in pflichtgemäßem Ermessen, ob sie an diesem Abrechnungstichtag die Rücknahme beschränkt. Entschließt sie sich zur Rücknahmebeschränkung, kann sie diese auf Grundlage einer täglichen Ermessensentscheidung für bis zu 14 aufeinanderfolgende Arbeitstage fortsetzen. Hat die Gesellschaft entschieden, die Rücknahme zu beschränken, wird sie Anteile zu dem am Abrechnungstichtag geltenden Rücknahmepreis lediglich anteilig zurücknehmen; im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Dies bedeutet, dass jedes Rücknahmeverlangen nur anteilig auf Basis einer von der Gesellschaft ermittelten Quote ausgeführt wird. Der nicht ausgeführte Teil der Order wird auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass seine Order zur Anteilrückgabe nur anteilig ausgeführt wird und die noch offen Restorder erneut platzieren muss.

#### **4.1.5. Aussetzung der Anteilrücknahme**

Die Gesellschaft darf die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Außergewöhnliche Umstände in diesem Sinne können z.B. sein: wirtschaftliche oder politische Krisen, Rücknahmeverlangen in außergewöhnlichem Umfang sowie die Schließung von Börsen oder Märkten, Handelsbeschränkungen oder sonstige Faktoren, die die Ermittlung des Anteilwerts beeinträchtigen. Daneben kann die BaFin anordnen, dass die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile auszusetzen hat, wenn dies im Interesse der Anleger oder der Öffentlichkeit erforderlich ist. Der Anleger kann seine Anteile während dieses Zeitraums nicht zurückgeben. Auch im Fall einer Aussetzung der Anteilrücknahme kann der Anteilwert sinken; z. B. wenn die Gesellschaft gezwungen ist, Vermögensgegenstände während der Aussetzung der Anteilrücknahme unter Verkehrswert zu veräußern. Der Anteilwert nach Wiederaufnahme der Anteilrücknahme kann niedriger liegen als derjenige vor Aussetzung der Rücknahme. Einer Aussetzung kann ohne erneute Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile direkt eine Auflösung des Sondervermögens folgen, z.B. wenn die Gesellschaft die Verwaltung des Fonds kündigt, um den Fonds dann aufzulösen. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann und dass ihm wesentliche Teile des investierten Kapitals für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen oder insgesamt verloren gehen.

#### **4.1.6. Auflösung des Fonds**

Der Gesellschaft steht das Recht zu, die Verwaltung des Fonds zu kündigen. Die Gesellschaft kann den Fonds nach Kündigung der Verwaltung ganz auflösen. Das Verfügungsrecht über den Fonds geht nach einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf die Verwahrstelle über. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann. Bei dem

Übergang des Fonds auf die Verwahrstelle können dem Fonds andere Steuern als deutsche Ertragssteuern belastet werden. Wenn die Fondsanteile nach Beendigung des Liquidationsverfahrens aus dem Depot des Anlegers ausgebucht werden, kann der Anleger mit Ertragssteuern belastet werden.

#### **4.1.7. Übertragung aller Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes offenes Publikums-Investmentvermögen (Verschmelzung)**

Die Gesellschaft kann sämtliche Vermögensgegenstände des Fonds auf einen anderen OGAW übertragen. Der Anleger kann seine Anteile in diesem Fall (i) zurückgeben, (ii) behalten mit der Folge, dass er Anleger des übernehmenden OGAW wird, (iii) oder gegen Anteile an einem offenen Publikums-Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen umtauschen, sofern die Gesellschaft oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen ein solches Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen verwaltet. Dies gilt gleichermaßen, wenn die Gesellschaft sämtliche Vermögensgegenstände eines anderen offenen Publikums-Investmentvermögen auf den Fonds überträgt. Der Anleger muss daher im Rahmen der Übertragung vorzeitig eine erneute Investitionsentscheidung treffen. Bei einer Rückgabe der Anteile können Ertragssteuern anfallen. Bei einem Umtausch der Anteile in Anteile an einem Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kann der Anleger mit Steuern belastet werden, etwa wenn der Wert der erhaltenen Anteile höher ist als der Wert der alten Anteile zum Zeitpunkt der Anschaffung.

#### **4.1.8. Übertragung des Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft**

Die Gesellschaft kann den Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Der Fonds bleibt dadurch zwar unverändert, wie auch die Stellung des Anlegers. Der Anleger muss aber im Rahmen der Übertragung entscheiden, ob er die neue Kapitalverwaltungsgesellschaft für ebenso geeignet hält wie die bisherige. Wenn er in den Fonds unter neuer Verwaltung nicht investiert bleiben möchte, muss er seine Anteile zurückgeben. Hierbei können Ertragssteuern anfallen.

#### **4.1.9. Rentabilität und Erfüllung der Anlageziele des Anlegers**

Es kann nicht garantiert werden, dass der Anleger seinen gewünschten Anlageerfolg erreicht. Der Anteilwert des Fonds kann fallen und zu Verlusten beim Anleger führen. Es bestehen keine Garantien der Gesellschaft oder Dritter hinsichtlich einer bestimmten Mindestzahlungszusage bei Rückgabe oder eines bestimmten Anlageerfolgs des Fonds. Anleger könnten somit einen niedrigeren als den ursprünglich angelegten Betrag zurückerhalten. Ein bei Erwerb von Anteilen entrichteter Ausgabeaufschlag bzw. ein bei Veräußerung von Anteilen entrichteter Rücknahmeabschlag kann zudem insbesondere bei nur kurzer Anlagedauer den Erfolg einer Anlage reduzieren oder sogar aufzehren.

#### **4.2. Risiken der negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko)**

Das Marktrisiko ist das Verlustrisiko für ein Investmentvermögen, das aus Schwankungen beim Marktwert von Positionen im Portfolio des Investmentvermögens resultiert, die auf Veränderungen bei Marktvariablen wie Zinssätzen, Wechselkursen, Aktien- und Rohstoffpreisen oder bei der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sind.

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die mit der Anlage in einzelne Vermögensgegenstände durch den Fonds einhergehen. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Fonds bzw. der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

##### **4.2.1. Wertveränderungsrisiken**

Die Vermögensgegenstände, in die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds investiert, unterliegen Risiken. So können Wertverluste auftreten, indem der Marktwert der Vermögensgegenstände gegenüber dem Einstandspreis fällt oder Kassa- und Terminpreise sich unterschiedlich entwickeln.

##### **4.2.2. Kapitalmarktrisiko**

Die Kurs- oder Marktwertentwicklung von Finanzprodukten hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern beeinflusst wird. Auf die allgemeine Kursentwicklung insbesondere an einer Börse können auch irrationale Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte einwirken. Schwankungen der Kurs- und Marktwerte

können auch auf Veränderungen der Zinssätze, Wechselkurse oder der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sein.

#### 4.2.3. Kursänderungsrisiko von Aktien

Aktien unterliegen erfahrungsgemäß starken Kursschwankungen und somit auch dem Risiko von Kursrückgängen. Diese Kursschwankungen werden insbesondere durch die Entwicklung der Gewinne des emittierenden Unternehmens sowie die Entwicklungen der Branche und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Das Vertrauen der Marktteilnehmer in das jeweilige Unternehmen kann die Kursentwicklung ebenfalls beeinflussen. Dies gilt insbesondere bei Unternehmen, deren Aktien erst über einen kürzeren Zeitraum an der Börse oder einem anderen organisierten Markt zugelassen sind; bei diesen können bereits geringe Veränderungen von Prognosen zu starken Kursbewegungen führen. Ist bei einer Aktie der Anteil der frei handelbaren, im Besitz vieler Aktionäre befindlichen Aktien (sogenannter Streubesitz) niedrig, so können bereits kleinere Kauf- und Verkaufsaufträge eine starke Auswirkung auf den Marktpreis haben und damit zu höheren Kursschwankungen führen.

#### 4.2.4. Zinsänderungsrisiko

Mit der Investition in festverzinsliche Wertpapiere ist die Möglichkeit verbunden, dass sich das Marktzinsniveau ändert, das im Zeitpunkt der Begebung eines Wertpapiers besteht. Steigen die Marktzinsen gegenüber den Zinsen zum Zeitpunkt der Emission, so fallen i.d.R. die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere. Fällt dagegen der Marktzins, so steigt der Kurs festverzinslicher Wertpapiere. Diese Kursentwicklung führt dazu, dass die aktuelle Rendite des festverzinslichen Wertpapiers in etwa dem aktuellen Marktzins entspricht. Diese Kursschwankungen fallen jedoch je nach (Rest-) Laufzeit der festverzinslichen Wertpapiere unterschiedlich aus. Festverzinsliche Wertpapiere mit kürzeren Laufzeiten haben geringere Kursrisiken als festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten. Festverzinsliche Wertpapiere mit kürzeren Laufzeiten haben demgegenüber in der Regel geringere Renditen als festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten.

Geldmarktinstrumente besitzen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit von maximal 397 Tagen tendenziell geringere Kursrisiken. Daneben können sich die Zinssätze verschiedener, auf die gleiche Währung lautender zinsbezogener Finanzinstrumente mit vergleichbarer Restlaufzeit unterschiedlich entwickeln.

#### 4.2.5. Risiko von negativen Habenzinsen

Die Gesellschaft legt liquide Mittel des Fonds bei der Verwahrstelle oder anderen Banken für Rechnung des Fonds an. Für diese Bankguthaben ist teilweise ein Zinssatz vereinbart, der dem European Interbank Offered Rate (Euribor) abzüglich einer bestimmten Marge entspricht. Sinkt der Euribor unter die vereinbarte Marge, so führt dies zu negativen Zinsen auf dem entsprechenden Konto. Abhängig von der Entwicklung der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank können sowohl kurz-, mittel- als auch langfristige Bankguthaben eine negative Verzinsung erzielen.

#### 4.2.6. Kursänderungsrisiko von Wandel- und Optionsanleihen

Wandel –und Optionsanleihen verbriefen das Recht, die Anleihe in Aktien umzutauschen oder Aktien zu erwerben. Die Entwicklung des Werts von Wandel- und Optionsanleihen ist daher abhängig von der Kursentwicklung der Aktie als Basiswert. Die Risiken der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien können sich daher auch auf die Wertentwicklung der Wandel- und Optionsanleihe auswirken. Optionsanleihen, die dem Emittenten das Recht einräumen dem Anleger, statt der Rückzahlung eines Nominalbetrags eine im Vorhinein festgelegte Anzahl von Aktien anzudienen (*Reverse Convertibles*), sind in verstärktem Maße von dem entsprechenden Aktienkurs abhängig.

#### 4.2.7. Risiken im Zusammenhang mit Derivatgeschäften

Die Gesellschaft darf für den Fonds Derivatgeschäfte abschließen. Der Kauf und Verkauf von Optionen sowie der Abschluss von Terminkontrakten oder Swaps sind mit folgenden Risiken verbunden:

- Durch die Verwendung von Derivaten können Verluste entstehen, die nicht vorhersehbar sind und sogar die für das Derivatgeschäft eingesetzten Beträge überschreiten können.

- Kursänderungen des Basiswertes können den Wert eines Optionsrechts oder Terminkontraktes vermindern. Vermindert sich der Wert und wird das Derivat hierdurch wertlos, kann die Gesellschaft gezwungen sein, die erworbenen Rechte verfallen zu lassen. Durch Wertänderungen des einem Swap zugrundeliegenden Vermögenswertes kann der Fonds ebenfalls Verluste erleiden.
- Ein liquider Sekundärmarkt für ein bestimmtes Instrument zu einem gegebenen Zeitpunkt kann fehlen. Eine Position in Derivaten kann dann unter Umständen nicht wirtschaftlich neutralisiert (geschlossen) werden.
- Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens stärker beeinflusst werden, als dies beim unmittelbaren Erwerb der Basiswerte der Fall ist. Das Verlustrisiko kann bei Abschluss des Geschäfts nicht bestimmbar sein.
- Der Kauf von Optionen birgt das Risiko, dass die Option nicht ausgeübt wird, weil sich die Preise der Basiswerte nicht wie erwartet entwickeln, so dass die vom Fonds gezahlte Optionsprämie verfällt. Beim Verkauf von Optionen besteht die Gefahr, dass der Fonds zur Abnahme von Vermögenswerten zu einem höheren als dem aktuellen Marktpreis, oder zur Lieferung von Vermögenswerten zu einem niedrigeren als dem aktuellen Marktpreis verpflichtet. Der Fonds erleidet dann einen Verlust in Höhe der Preisdifferenz minus der eingenommenen Optionsprämie.
- Bei Terminkontrakten besteht das Risiko, dass die Gesellschaft für Rechnung des Fonds verpflichtet ist, die Differenz zwischen dem bei Abschluss zugrunde gelegten Kurs und dem Marktkurs zum Zeitpunkt der Glattstellung bzw. Fälligkeit des Geschäftes zu tragen. Damit würde der Fonds Verluste erleiden. Das Risiko des Verlusts ist bei Abschluss des Terminkontrakts nicht bestimmbar.
- Der gegebenenfalls erforderliche Abschluss eines Gegengeschäfts (Glattstellung) ist mit Kosten verbunden.
- Die von der Gesellschaft getroffenen Prognosen über die künftige Entwicklung von zugrundeliegenden Vermögensgegenständen, Zinssätzen, Kursen und Devisenmärkten können sich im Nachhinein als unrichtig erweisen.
- Die den Derivaten zugrundeliegenden Vermögensgegenstände können zu einem an sich günstigen Zeitpunkt nicht gekauft bzw. verkauft werden oder müssen zu einem ungünstigen Zeitpunkt gekauft bzw. verkauft werden.

Bei außerbörslichen Geschäften, sogenannten over-the-counter (OTC) - Geschäfte, können folgende Risiken auftreten:

- Es kann ein organisierter Markt fehlen, so dass die Gesellschaft die für Rechnung des Fonds am OTC-Markt erworbenen Finanzinstrumente schwer oder gar nicht veräußern kann.
- Der Abschluss eines Gegengeschäfts (Glattstellung) kann aufgrund der individuellen Vereinbarung schwierig, nicht möglich bzw. mit erheblichen Kosten verbunden sein.

#### **4.2.8. Risiken im Zusammenhang mit dem Erhalt von Sicherheiten**

Die Gesellschaft erhält für Derivatgeschäfte, Wertpapierdarlehens- und Pensionsgeschäfte Sicherheiten. Derivate, verliehene Wertpapiere oder in Pension gegebene Wertpapiere können im Wert steigen. Die erhaltenen Sicherheiten könnten dann nicht mehr ausreichen, um den Lieferungs- bzw. Rückübertragungsanspruch der Gesellschaft gegenüber dem Kontrahenten in voller Höhe abzudecken.

Die Gesellschaft kann Barsicherheiten auf Sperrkonten, in Staatsanleihen hoher Qualität oder in Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur anlegen. Das Kreditinstitut, bei dem die Bankguthaben verwahrt werden, kann jedoch ausfallen. Staatsanleihen und Geldmarktfonds können sich negativ entwickeln. Bei Beendigung des Geschäfts könnten die angelegten Sicherheiten nicht mehr in voller Höhe verfügbar sein, obwohl sie von der Gesellschaft für den Fonds in der ursprünglich gewährten Höhe wieder zurück gewährt werden müssen. Dann müsste der Fonds die bei den Sicherheiten erlittenen Verluste tragen.

#### **4.2.9. Risiko bei Verbriefungspositionen ohne Selbstbehalt**

Der Fonds darf Wertpapiere, die Forderungen verbrieft (Verbriefungspositionen) und nach dem 1. Januar 2011 emittiert wurden, nur noch erwerben, wenn der Forderungsschuldner mindestens 5 Prozent des Volumens der Verbriefung als sogenannten Selbstbehalt zurückbehält und weitere Vorgaben einhält. Die Gesellschaft ist daher verpflichtet, im Interesse der Anleger Maßnahmen zur Abhilfe einzuleiten, wenn sich Verbriefungen im Fondvermögen befinden, die diesen EU-Standards nicht entsprechen. Im Rahmen dieser Abhilfemaßnahmen könnte die Gesellschaft gezwungen sein, solche Verbriefungspositionen zu veräußern. Aufgrund rechtlicher Vorgaben für Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen besteht das Risiko, dass die Gesellschaft solche Verbriefungspositionen nicht oder nur mit starken Preisabschlägen bzw. mit großer zeitlicher Verzögerung verkaufen kann.

#### **4.2.10. Inflationsrisiko**

Die Inflation beinhaltet ein Abwertungsrisiko für alle Vermögensgegenstände. Dies gilt auch für die im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände. Die Inflationsrate kann über dem Wertzuwachs des Fonds liegen.

#### **4.2.11. Währungsrisiko**

Vermögenswerte des Fonds können in einer anderen Währung als der Fondswährung angelegt sein. Der Fonds erhält die Erträge, Rückzahlungen und Erlöse aus solchen Anlagen in der anderen Währung. Fällt der Wert dieser Währung gegenüber der Fondswährung, so reduziert sich der Wert solcher Anlagen und somit auch der Wert des Fondsvermögens.

#### **4.2.12. Konzentrationsrisiko**

Erfolgt eine Konzentration der Anlage in bestimmte Vermögensgegenstände oder Märkte dann ist der Fonds von der Entwicklung dieser Vermögensgegenstände oder Märkte besonders stark abhängig.

#### **4.2.13. Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile**

Die Risiken der Anteile an anderen Investmentvermögen, die für den Fonds erworben werden (sogenannte Zielfonds), stehen in engem Zusammenhang mit den Risiken der in diesen Zielfonds enthaltenen Vermögensgegenstände bzw. der von diesen verfolgten Anlagestrategien.

Da die Manager der einzelnen Zielfonds voneinander unabhängig handeln, kann es aber auch vorkommen, dass mehrere Zielfonds gleiche oder einander entgegengesetzte Anlagestrategien verfolgen. Hierdurch können bestehende Risiken kumulieren, und eventuelle Chancen können sich gegeneinander aufheben. Es ist der Gesellschaft im Regelfall nicht möglich, das Management der Zielfonds zu kontrollieren. Deren Anlageentscheidungen müssen nicht zwingend mit den Annahmen oder Erwartungen der Gesellschaft übereinstimmen. Der Gesellschaft wird die aktuelle Zusammensetzung der Zielfonds oftmals nicht zeitnah bekannt sein. Entspricht die Zusammensetzung nicht ihren Annahmen oder Erwartungen, so kann sie ggf. erst deutlich verzögert reagieren, indem sie Zielfondsanteile zurückgibt.

Offene Investmentvermögen, an denen der Fonds Anteile erwirbt, könnten zudem zeitweise die Rücknahme der Anteile beschränken oder aussetzen. Dann ist die Gesellschaft daran gehindert, die Anteile an dem Zielfonds zu veräußern, indem sie diese gegen Auszahlung des Rücknahmepreises bei der Verwaltungsgesellschaft oder Verwahrstelle des Zielfonds zurückgibt.

#### **4.2.14. Risiken aus dem Anlagespektrum**

Unter Beachtung der durch das Gesetz und die Anlagebedingungen vorgegebenen Anlagegrundsätze und -grenzen, die für den Fonds einen sehr weiten Rahmen vorsehen, kann die tatsächliche Anlagepolitik auch darauf ausgerichtet sein, schwerpunktmäßig Vermögensgegenstände z. B. nur weniger Branchen, Märkte oder Regionen/Länder zu erwerben. Diese Konzentration auf wenige spezielle Anlagesektoren kann mit Risiken (z. B. Marktengpass, hohe Schwankungsbreite innerhalb bestimmter Konjunkturzyklen) verbunden sein. Über den Inhalt der Anlagepolitik informiert der Jahresbericht nachträglich für das abgelaufene Berichtsjahr.

#### **4.3. Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds und Risiken im Zusammenhang mit vermehrten Zeichnungen oder Rückgaben (Liquiditätsrisiko)**

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die die Liquidität des Fonds beeinträchtigen können. Dies kann dazu führen, dass der Fonds seinen Zahlungsverpflichtungen vorübergehend oder dauerhaft nicht nachkommen kann bzw. dass die Gesellschaft die Rückgabeverlangen von Anlegern vorübergehend oder dauerhaft nicht erfüllen kann. Der Anleger kann gegebenenfalls die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren und ihm kann das investierte Kapital oder Teile hiervon für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen. Durch die Verwirklichung der Liquiditätsrisiken könnte zudem der Wert des Fondsvermögens und damit der Anteilwert sinken, etwa wenn die Gesellschaft gezwungen ist, soweit gesetzlich zulässig, Vermögensgegenstände für den Fonds unter Verkehrswert zu veräußern. Ist die Gesellschaft nicht in der Lage, die Rückgabeverlangen der Anleger zu erfüllen, kann dies außerdem zur Beschränkung oder Aussetzung der Rücknahme und im Extremfall zur anschließenden Auflösung des Fonds führen.

##### **4.3.1. Risiko aus der Anlage in Vermögensgegenstände**

Für den Fonds dürfen auch Vermögensgegenstände erworben werden, die nicht an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind. Diese Vermögensgegenstände können gegebenenfalls nur mit hohen Preisabschlägen, zeitlicher Verzögerung oder gar nicht weiterveräußert werden. Auch an einer Börse zugelassene Vermögensgegenstände können abhängig von der Marktlage, dem Volumen, dem Zeitrahmen und den geplanten Kosten gegebenenfalls nicht oder nur mit hohen Preisabschlägen veräußert werden. Obwohl für den Fonds nur Vermögensgegenstände erworben werden dürfen, die grundsätzlich jederzeit liquidiert werden können, kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese zeitweise oder dauerhaft nur mit Verlust veräußert werden können.

##### **4.3.2. Risiko durch Kreditaufnahme**

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds Kredite aufnehmen. Kredite mit einer variablen Verzinsung können sich durch steigende Zinssätze negativ auf das Fondsvermögen auswirken. Muss die Gesellschaft einen Kredit zurückzahlen und kann ihn nicht durch eine Anschlussfinanzierung oder im Fonds vorhandene Liquidität ausgleichen, ist sie möglicherweise gezwungen, Vermögensgegenstände vorzeitig oder zu schlechteren Konditionen als geplant zu veräußern.

##### **4.3.3. Konzentrationsrisiko (wenn § 206 Absatz 2 KAGB – öffentliche Aussteller - greift)**

Eine Konzentration auf bestimmte Aussteller kann insbesondere durch die ggf. bestehende Möglichkeit, mehr als 35 Prozent des Sondervermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten von einzelnen bestimmten Ausstellern anzulegen, auftreten. Damit verbunden ist eine Konzentration des Adressenausfallrisikos.

##### **4.3.4. Risiken durch vermehrte Rückgaben oder Zeichnungen**

Durch Kauf- und Verkaufsaufträge von Anlegern fließt dem Fondsvermögen Liquidität zu bzw. aus dem Fondsvermögen Liquidität ab. Die Zu- und Abflüsse können nach Saldierung zu einem Nettozu- oder -abfluss der liquiden Mittel des Fonds führen. Dieser Nettozu- oder -abfluss kann den Fondsmanager veranlassen, Vermögensgegenstände zu kaufen oder zu verkaufen, wodurch Transaktionskosten entstehen. Dies gilt insbesondere, wenn durch die Zu- oder Abflüsse eine von der Gesellschaft für den Fonds vorgesehene Quote liquider Mittel über- bzw. unterschritten wird. Die hierdurch entstehenden Transaktionskosten werden dem Fonds belastet und können die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen. Bei Zuflüssen kann sich eine erhöhte Fondsliquidität belastend auf die Wertentwicklung des Fonds auswirken, wenn die Gesellschaft die Mittel nicht oder nicht zeitnah zu angemessenen Bedingungen anlegen kann.

##### **4.3.5. Risiko bei Feiertagen in bestimmten Regionen/Ländern**

Nach der Anlagestrategie sollen Investitionen für den Fonds insbesondere in bestimmten Regionen/Ländern getätigt werden. Aufgrund lokaler Feiertage in diesen Regionen/Ländern kann es zu Abweichungen zwischen den Handelstagen an Börsen dieser Regionen/Länder und Bewertungstagen des Fonds kommen. Der Fonds kann möglicherweise an einem Tag, der kein Bewertungstag ist, auf Marktentwicklungen in den Regionen/Ländern nicht am selben Tag reagieren oder an einem Bewertungstag, der kein Handelstag in diesen Regionen/Ländern ist, auf dem dortigen Markt nicht

handeln. Hierdurch kann der Fonds gehindert sein, Vermögensgegenstände in der erforderlichen Zeit zu veräußern. Dies kann die Fähigkeit des Fonds nachteilig beeinflussen, Rückgabeverlangen oder sonstigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

#### **4.4. Kontrahentenrisiko inklusive Kredit- und Forderungsrisiko**

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die sich für den Fonds im Rahmen einer Geschäftsbeziehung mit einer anderen Partei (sogenannte Gegenpartei) ergeben können. Dabei besteht das Risiko, dass der Vertragspartner seinen vereinbarten Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Dies kann die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken. Veräußert der Anleger Anteile am Fonds zu einem Zeitpunkt, in dem eine Gegenpartei oder ein zentraler Kontrahent ausgefallen ist und dadurch der Wert des Fondsvermögens beeinträchtigt ist, könnte der Anleger das von ihm in den Fonds investierte Kapital nicht oder nicht vollständig zurückerhalten.

##### **4.4.1. Adressenausfallrisiko / Gegenpartei-Risiken (außer zentrale Kontrahenten)**

Durch den Ausfall eines Ausstellers (nachfolgend „Emittenten“) oder eines Vertragspartners (nachfolgend „Kontrahent“) gegen den der Fonds Ansprüche hat, können für den Fonds Verluste entstehen. Das Emittentenrisiko beschreibt die Auswirkung der besonderen Entwicklungen des jeweiligen Emittenten, die neben den allgemeinen Tendenzen der Kapitalmärkte auf den Kurs eines Wertpapiers einwirken. Auch bei sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste durch Vermögensverfall von Emittenten eintreten. Die Partei eines für Rechnung des Fonds geschlossenen Vertrags kann teilweise oder vollständig ausfallen (Kontrahentenrisiko). Dies gilt für alle Verträge, die für Rechnung des Fonds geschlossen werden.

##### **4.4.2. Risiko durch zentrale Kontrahenten**

Ein zentraler Kontrahent (Central Counterparty – „CCP“) tritt als zwischengeschaltete Institution in bestimmte Geschäfte für den Fonds ein, insbesondere in Geschäfte über derivative Finanzinstrumente. In diesem Fall wird er als Käufer gegenüber dem Verkäufer und als Verkäufer gegenüber dem Käufer tätig. Ein CCP sichert sich gegen das Risiko, dass seine Geschäftspartner die vereinbarten Leistungen nicht erbringen können, durch eine Reihe von Schutzmechanismen ab, die es ihm jederzeit ermöglichen, Verluste aus den eingegangenen Geschäften auszugleichen (z.B. durch Besicherungen). Es kann trotz dieser Schutzmechanismen nicht ausgeschlossen werden, dass ein CCP seinerseits überschuldet wird und ausfällt, wodurch auch Ansprüche der Gesellschaft für den AIFs betroffen sein können. Hierdurch können Verluste für den Fonds entstehen.

#### **4.5. Operationelle und sonstige Risiken des Fonds**

Im Folgenden werden Risiken dargestellt, die sich beispielsweise aus unzureichenden internen Prozessen sowie aus menschlichem oder Systemversagen bei der Gesellschaft oder externen Dritten ergeben können. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

##### **4.5.1. Risiken durch kriminelle Handlungen, Missstände oder Naturkatastrophen**

Der Fonds kann Opfer von Betrug oder anderen kriminellen Handlungen werden. Er kann Verluste durch Fehler von Mitarbeitern der Gesellschaft oder externer Dritter erleiden oder durch äußere Ereignisse wie z.B. Naturkatastrophen oder Pandemien geschädigt werden.

##### **4.5.2. Länder- oder Transferrisiko**

Es besteht das Risiko, dass ein ausländischer Schuldner trotz Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit der Währung, fehlender Transferbereitschaft seines Sitzlandes, oder aus ähnlichen Gründen, Leistungen nicht fristgerecht, überhaupt nicht oder nur in einer anderen Währung erbringen kann. So können z.B. Zahlungen, auf die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds Anspruch hat, ausbleiben, in einer Währung erfolgen, die aufgrund von Devisenbeschränkungen nicht (mehr) konvertierbar ist, oder in einer anderen Währung erfolgen. Zahlt der Schuldner in einer anderen Währung, so unterliegt diese Position dem oben dargestellten Währungsrisiko.

#### 4.5.3. Rechtliche und politische Risiken

Für den Fonds dürfen Investitionen in Rechtsordnungen getätigt werden, in denen deutsches Recht keine Anwendung findet bzw. im Fall von Rechtsstreitigkeiten der Gerichtsstand außerhalb Deutschlands ist. Hieraus resultierende Rechte und Pflichten der Gesellschaft für Rechnung des Fonds können von denen in Deutschland zum Nachteil des Fonds bzw. des Anlegers abweichen. Politische oder rechtliche Entwicklungen einschließlich der Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen in diesen Rechtsordnungen können von der Gesellschaft nicht oder zu spät erkannt werden oder zu Beschränkungen hinsichtlich erwerbbarer oder bereits erworbener Vermögensgegenstände führen. Diese Folgen können auch entstehen, wenn sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gesellschaft und/oder die Verwaltung des Fonds in Deutschland ändern.

#### 4.5.4. Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen, steuerliches Risiko

Die steuerlichen Ausführungen in diesem Verkaufsprospekt gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Die Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen.

Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.

#### 4.5.5. Schlüsselpersonenrisiko

Fällt das Anlageergebnis des Fonds in einem bestimmten Zeitraum sehr positiv aus, hängt dieser Erfolg möglicherweise auch von der Eignung der handelnden Personen und damit den richtigen Entscheidungen des Managements ab. Die personelle Zusammensetzung des Fondsmanagements kann sich jedoch verändern. Neue Entscheidungsträger können dann möglicherweise weniger erfolgreich agieren.

#### 4.5.6. Verwahrnisiko

Mit der Verwahrung von Vermögensgegenständen insbesondere im Ausland ist ein Verlustrisiko verbunden, das aus Insolvenz oder Sorgfaltspflichtverletzungen des Verwahrers bzw. höherer Gewalt resultieren kann.

#### 4.5.7. Risiken aus Handels- und Clearingmechanismen (Abwicklungsrisiko)

Bei der Abwicklung von Wertpapiergeschäften besteht das Risiko, dass eine der Vertragsparteien verzögert oder nicht vereinbarungsgemäß zahlt oder die Wertpapiere nicht fristgerecht liefert. Dieses Abwicklungsrisiko besteht entsprechend auch beim Handel mit anderen Vermögensgegenständen für den Fonds.

#### 4.6. Nachhaltigkeitsrisiken

Die Gesellschaft betrachtet Nachhaltigkeitsrisiken als Faktoren anderer Risikoarten, insbesondere des Marktpreisrisikos, des Adressenausfallrisikos, des Liquiditätsrisikos sowie des operationellen Risikos.

Im Rahmen der Anlageentscheidung wird die ESG-Politik der Gesellschaft angewendet. Dies erfolgt auch dann, wenn die Anlagestrategie eines Fonds nicht ausdrücklich ESG-Kriterien verfolgt. Dadurch kann sich das Anlageuniversum verkleinern, was eine schlechtere Wertentwicklung im Vergleich zum Gesamtmarkt zur Folge haben kann.

ES KANN KEINE ZUSICHERUNG GEGEBEN WERDEN, DASS DIE ZIELE DER ANLAGEPOLITIK TATSÄCHLICH ERREICHT WERDEN.

#### 4.7. Erläuterung des Risikoprofils des Fonds

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---

Dieser Risikoindikator beruht auf historischen Daten; eine Vorhersage künftiger Entwicklungen ist damit nicht möglich. Die Einstufung des Fonds kann sich künftig ändern und stellt keine Garantie dar. Auch ein Sondervermögen, das in Kategorie 1 eingestuft wird, stellt keine völlig risikolose Anlage dar.

Der BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds ist, je nach Anteilklasse in Kategorie 2 bzw. 3 eingestuft, weil sein Anteilpreis typischerweise gering schwankt und deshalb sowohl Verlustrisiken als auch Gewinnchancen entsprechend mittelniedrig sein können. Diese beinhaltet die Möglichkeit eines Kapitalverlustes.

#### **4.8. Erhöhte Volatilität**

Der Fonds kann aufgrund seiner Zusammensetzung eine erhöhte Volatilität aufweisen, d. h. die Anteilwerte können auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.

#### **4.9. Profil des typischen Anlegers**

Der Fonds richtet sich an alle Arten von Anlegern, die das Ziel der Vermögensbildung bzw. Vermögensoptimierung verfolgen. Die Anleger sollten keine Garantie bezüglich des Erhalts ihrer Anlage summe benötigen. Die Anleger sollten Verluste tragen können und keinen Wert auf Kapitalschutz legen.

Der Fonds ist unter Umständen für Anleger nicht geeignet, die ihr Kapital innerhalb eines Zeitraums von 3-5 Jahren aus dem Fonds zurückziehen wollen. Die Einschätzung der Gesellschaft stellt keine Anlageberatung dar, sondern soll dem Anleger einen ersten Anhaltspunkt geben, ob der Fonds seiner Anlageerfahrung, seiner Risikoneigung und seinem Anlagehorizont entspricht.

### **5. ANLAGEZIELE, ANLAGEGRUNDSÄTZE UND -GRENZEN**

#### **5.1. Anlageziel und -strategie**

Der BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds ist ein OGAW-Sondervermögen.

Der Fonds ist in Artikel 6 der Verordnung (EU) 2019 / 2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 („Offenlegungsverordnung“) eingestuft.

Weiterführende Informationen zum Einbezug von Nachhaltigkeitsrisiken bei den Investitionsentscheidungen sind im Abschnitt „Überblick über die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken im Investmentprozess“ näher beschrieben.

Nachhaltigkeitsrisiken werden bei den Investitionsentscheidungen einbezogen, wie im Abschnitt „Überblick über die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken im Investmentprozess“ näher beschrieben.

Der Fonds beabsichtigt, überwiegend in fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere (Bonds) zu investieren. Hierzu werden die Papiere nach den fundamentalen und quantitativen Kriterien des Investmentprozesses ausgewählt. Den Schwerpunkt bilden dabei globale fest- und variabel verzinsliche Anleihen.

Ziel der Anlagepolitik ist eine Erzielung eines Ertrages mit kurz- bis mittelfristigen Papieren.

Die mit dieser Anlagepolitik verbundenen Risiken sind im Abschnitt „Risikohinweise – wesentliche Risiken der Fondsanlage“ erläutert.

Im Rahmen der geltenden Anlagebedingungen kann es zu einer (ggf. zeitweiligen) Konzentration der Anlagepolitik auf einzelne Marktsegmente oder marktenge Werte erfolgen.

Die Basiswährung ist USD.

ES KANN KEINE ZUSICHERUNG GEGEBEN WERDEN, DASS DIE ZIELE DER ANLAGEPOLITIK TATSÄCHLICH ERREICHT WERDEN.

## 5.2. Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft darf gemäß den Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen folgende Vermögensgegenstände für Rechnung des Fonds erwerben:

- Wertpapiere gemäß § 193 KAGB
- Geldmarktinstrumente gemäß § 194 KAGB
- Bankguthaben gemäß § 195 KAGB
- Investmentanteile gemäß § 196 KAGB
- Derivate gemäß § 197 KAGB
- Sogenannte sonstige Anlageinstrumente gemäß § 198 KAGB

Wertpapier-Darlehens- und Pensionsgeschäfte gemäß den §§ 13 und 14 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ werden nicht abgeschlossen.

Die Gesellschaft darf diese Vermögensgegenstände innerhalb der insbesondere in den Abschnitten „Anlagegrenzen für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente auch unter Einsatz von Derivaten sowie Bankguthaben“ sowie „Investmentanteile und deren Anlagegrenzen“ dargestellten Anlagegrenzen erwerben. Einzelheiten zu diesen erwerblichen Vermögensgegenständen und den hierfür geltenden Anlagegrenzen sind nachfolgend dargestellt.

## 5.3. Anlageinstrumente im Einzelnen

### 5.3.1. Wertpapiere

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds Wertpapiere in- und ausländischer Emittenten erwerben,

- a) wenn sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union („EU“) oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR“) zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
- b) wenn sie ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes zugelassen hat.

Wertpapiere aus Neuemissionen dürfen erworben werden, wenn nach ihren Ausgabebedingungen die Zulassung an oder Einbeziehung in eine der unter 1. und 2. genannten Börsen oder organisierten Märkte beantragt werden muss, und die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach Ausgabe erfolgt.

Als Wertpapiere in diesem Sinne gelten auch:

- Anteile an geschlossenen Investmentvermögen in Vertrags- oder Gesellschaftsform, die einer Kontrolle durch die Anteilseigner unterliegen (sog. Unternehmenskontrolle), d.h. die Anteilseigner müssen Stimmrechte in Bezug auf wesentliche Entscheidungen haben, sowie das Recht die Anlagepolitik mittels angemessener Mechanismen zu kontrollieren. Das Investmentvermögen muss zudem von einem Rechtsträger verwaltet werden, der den Vorschriften für den Anlegerschutz unterliegt, es sei denn das Investmentvermögen ist in Gesellschaftsform aufgelegt und die Tätigkeit der Vermögensverwaltung wird nicht von einem anderen Rechtsträger wahrgenommen.
- Finanzinstrumente, die durch andere Vermögenswerte besichert oder an die Entwicklung anderer Vermögenswerte gekoppelt sind. Soweit in solche Finanzinstrumente Komponenten von Derivaten eingebettet sind, gelten weitere Anforderungen, damit die Gesellschaft diese als Wertpapiere erwerben darf.

Die Wertpapiere dürfen nur unter folgenden Voraussetzungen erworben werden:

- Der potenzielle Verlust, der dem Fonds entstehen kann, darf den Kaufpreis des Wertpapiers nicht übersteigen. Eine Nachschusspflicht darf nicht bestehen.
- Eine mangelnde Liquidität des vom Fonds erworbenen Wertpapiers darf nicht dazu führen, dass der Fonds den gesetzlichen Vorgaben über die Rücknahme von Anteilen nicht mehr nachkommen kann. Dies gilt unter Berücksichtigung der gesetzlichen Möglichkeit, in besonderen Fällen die Anteilrücknahme beschränken oder aussetzen zu können (vgl. den Abschnitt „Anteile – Ausgabe und Rücknahme von Anteilen sowie – Beschränkung der Anteilrücknahme bzw. Aussetzung der Anteilrücknahme“).
- Eine verlässliche Bewertung des Wertpapiers durch exakte, verlässliche und gängige Preise muss verfügbar sein; diese müssen entweder Marktpreise sein oder von einem Bewertungssystem gestellt worden sein, das von dem Emittenten des Wertpapiers unabhängig ist.
- Über das Wertpapier müssen angemessene Informationen verfügbar sein, entweder in Form von regelmäßigen, exakten und umfassenden Informationen des Marktes über das Wertpapier oder ein gegebenenfalls dazugehöriges, d.h. in dem Wertpapier verbrieftes Portfolio.
- Das Wertpapier ist handelbar.
- Der Erwerb des Wertpapiers steht im Einklang mit den Anlagezielen bzw. der Anlagestrategie des Fonds.
- Die Risiken des Wertpapiers werden durch das Risikomanagement des Fonds in angemessener Weise erfasst.

Wertpapiere dürfen zudem in folgender Form erworben werden:

- Aktien, die dem Fonds bei einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln zustehen.
- Wertpapiere, die in Ausübung von zum Fonds gehörenden Bezugsrechten erworben werden.

Als Wertpapiere in diesem Sinn dürfen für den Fonds auch Bezugsrechte erworben werden, sofern sich die Wertpapiere, aus denen die Bezugsrechte herrühren, im Fonds befinden können.

### 5.3.2. Geldmarktinstrumente

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds in Geldmarktinstrumente investieren, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden sowie in verzinsliche Wertpapiere, die alternativ

- zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine Laufzeit oder Restlaufzeit von höchstens 397 Tagen haben.
- zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine Laufzeit oder Restlaufzeit haben, die länger als 397 Tage ist, deren Verzinsung aber regelmäßig, mindestens einmal in 397 Tagen, marktgerecht angepasst werden muss.
- deren Risikoprofil dem Risikoprofil von Wertpapieren entspricht, die das Kriterium der Restlaufzeit oder das der Zinsanpassung erfüllen.

Für den Fonds dürfen Geldmarktinstrumente erworben werden,

1. wenn sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
2. ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder dort an einem organisierten Markt zugelassen oder in diesem einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieser Börse oder dieses Marktes zugelassen hat,
3. von der EU, dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat oder einer anderen zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates oder von einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angehört, begeben oder garantiert werden,
4. von einem Unternehmen begeben werden, dessen Wertpapiere auf den unter den Nummern 1 und 2 bezeichneten Märkten gehandelt werden,

5. von einem Kreditinstitut begeben oder garantiert werden das nach dem Recht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Kreditinstitut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind, unterliegt und diese einhält, oder
6. von anderen Emittenten begeben werden und es sich bei dem jeweiligen Emittenten
  - a) um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Millionen Euro handelt, das seinen Jahresabschluss nach der Europäischen Richtlinie über den Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften erstellt und veröffentlicht, oder
  - b) um einen Rechtsträger handelt, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder
  - c) um einen Rechtsträger handelt, der Geldmarktinstrumente emittiert, die durch Verbindlichkeiten unterlegt sind durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie. Dies sind Produkte, bei denen Kreditforderungen von Banken in Wertpapieren verbrieft werden (sogenannte Asset Backed Securities).

Sämtliche genannten Geldmarktinstrumente dürfen nur erworben werden, wenn sie liquide sind und sich ihr Wert jederzeit genau bestimmen lässt. Liquide sind Geldmarktinstrumente, die sich innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußern lassen. Hierbei ist die Verpflichtung der Gesellschaft zu berücksichtigen, Anteile am Fonds auf Verlangen der Anleger zurückzunehmen und hierfür in der Lage zu sein, solche Geldmarktinstrumente entsprechend kurzfristig veräußern zu können. Für die Geldmarktinstrumente muss zudem ein exaktes und verlässliches Bewertungssystem existieren, das die Ermittlung des Nettobestandswerts des Geldmarktinstruments ermöglicht oder auf Marktdaten basiert oder Bewertungsmodellen (einschließlich Systemen, die auf Fortgeführten Anschaffungskosten beruhen). Das Merkmal der Liquidität gilt für Geldmarktinstrumente als erfüllt, wenn diese an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder an einem organisierten Markt außerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieses Marktes zugelassen hat. Dies gilt nicht, wenn der Gesellschaft Hinweise vorliegen, die gegen die hinreichende Liquidität der Geldmarktinstrumente sprechen.

Für Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder an einem geregelten Markt zum Handel zugelassen sind (siehe oben unter Nr. 3 bis 6), muss zudem die Emission oder der Emittent dieser Instrumente Vorschriften über den Einlagen- und Anlegerschutz unterliegen. So müssen für diese Geldmarktinstrumente angemessene Informationen vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit den Instrumenten verbundenen Kreditrisiken ermöglichen und die Geldmarktinstrumente müssen frei übertragbar sein. Die Kreditrisiken können etwa durch eine Kreditwürdigkeitsprüfung einer Rating-Agentur bewertet werden.

Für diese Geldmarktinstrumente gelten weiterhin die folgenden Anforderungen, es sei denn, sie sind von der Europäischen Zentralbank oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates der EU begeben oder garantiert worden:

- Werden sie von folgenden (oben unter Nr. 3 genannten) Einrichtungen begeben oder garantiert:
  - der EU,
  - dem Bund,
  - einem Sondervermögen des Bundes,
  - einem Land,
  - einem anderen Mitgliedstaat,
  - einer anderen zentralstaatlichen Gebietskörperschaft,
  - der Europäischen Investitionsbank,
  - einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates
  - einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört,
- müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm oder über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen.

- Werden sie von einem im EWR beaufsichtigten Kreditinstitut begeben oder garantiert (s.o. unter Nr. 5), so müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm oder über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen, die in regelmäßigen Abständen und bei signifikanten Begebenheiten aktualisiert werden. Zudem müssen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm Daten (z.B. Statistiken) vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit der Anlage verbundenen Kreditrisiken ermöglichen.
- Werden sie von einem Kreditinstitut begeben, das außerhalb des EWR Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Ansicht der BaFin den Anforderungen innerhalb des EWR an ein Kreditinstitut gleichwertig sind, so ist eine der folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:
  - Das Kreditinstitut unterhält einen Sitz in einem zur sogenannten Zehnergruppe (Zusammenschluss der wichtigsten führenden Industrieländer – G10) gehörenden Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (nachfolgend „OECD“).
  - Das Kreditinstitut verfügt mindestens über ein Rating mit einer Benotung, die als sogenanntes „Investment-Grade“ qualifiziert. Als „Investment-Grade“ bezeichnet man eine Benotung mit „BBB“ bzw. „Baa“ oder besser im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch eine Rating-Agentur.
  - Mittels einer eingehenden Analyse des Emittenten kann nachgewiesen werden, dass die für das Kreditinstitut geltenden Aufsichtsbestimmungen mindestens so streng sind wie die des Rechts der EU.
- Für die übrigen Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder einem geregelten Markt zum Handel zugelassen sind (siehe oben unter Nr. 4 und 6 sowie die übrigen unter Nr. 3 genannten), müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm sowie über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen, die in regelmäßigen Abständen und bei signifikanten Begebenheiten aktualisiert und durch qualifizierte, vom Emittenten weisungsunabhängige Dritte, geprüft werden. Zudem müssen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm Daten (z.B. Statistiken) vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit der Anlage verbundenen Kreditrisiken ermöglichen.

### 5.3.3. Bankguthaben

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds nur Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben.

Diese Guthaben sind auf Sperrkonten bei Kreditinstituten mit Sitz einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zu führen. Sie können auch bei Kreditinstituten mit Sitz in einem Drittstaat unterhalten werden, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der BaFin denjenigen des Rechts der EU gleichwertig sind.

### 5.3.4. Sonstige Vermögensgegenstände und deren Anlagegrenzen

Bis zu 10 Prozent des Wertes des Fonds darf die Gesellschaft insgesamt in folgende sonstige Vermögensgegenstände anlegen:

- Wertpapiere, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, jedoch grundsätzlich die Kriterien für Wertpapiere erfüllen. Abweichend von den gehandelten bzw. zugelassenen Wertpapieren muss die verlässliche Bewertung für diese Wertpapiere in Form einer in regelmäßigen Abständen durchgeführten Bewertung verfügbar sein, die aus Informationen des Emittenten oder aus einer kompetenten Finanzanalyse abgeleitet wird. Angemessene Information über das nicht zugelassene bzw. nicht einbezogene Wertpapier oder gegebenenfalls das zugehörige, d.h. in dem Wertpapier verbriefte Portfolio muss in Form einer regelmäßigen und exakten Information für den Fonds verfügbar sein.
- Geldmarktinstrumente von Emittenten, die nicht den oben genannten Anforderungen genügen, wenn sie liquide sind und sich ihr Wert jederzeit genau bestimmen lässt. Liquide sind Geldmarktinstrumente, die sich innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußern lassen. Hierbei ist die Verpflichtung der Gesellschaft zu berücksichtigen, Anteile am Fonds auf Verlangen der Anleger zurückzunehmen und hierfür in der Lage zu sein, solche Geldmarktinstrumente entsprechend kurzfristig veräußern zu können. Für die Geldmarktinstrumente muss zudem ein exaktes und verlässliches Bewertungssystem existieren, das die Ermittlung des Net-

tobestandswerts des Geldmarktinstruments ermöglicht und auf Marktdaten basiert oder auf Bewertungsmodellen (einschließlich Systeme, die auf fortführen Anschaffungskostenberuhen). Das Merkmal der Liquidität gilt für Geldmarktinstrumente erfüllt, wenn diese an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder an einem organisierten Markt außerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieses Marktes zugelassen hat.

- Aktien aus Neuemissionen, wenn nach deren Ausgabebedingungen
  - deren Zulassung an einer Börse in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel oder deren Zulassung an einem organisierten Markt oder deren Einbeziehung in diesen in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zu beantragen ist, oder
  - deren Zulassung an einer Börse zum Handel oder deren Zulassung an einem organisierten Markt oder die Einbeziehung in diesen außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den EWR zu beantragen ist, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der BaFin zugelassen ist, sofern die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach der Ausgabe erfolgt.
- Schuldscheindarlehen, die nach dem Erwerb für den Fonds mindestens zweimal abgetreten werden können und von einer der folgenden Einrichtungen gewährt wurden:
  - dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, der EU oder einem Mitgliedstaat der OECD,
  - einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaats der EU oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den EWR, sofern die Forderung nach der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in derselben Weise behandelt werden kann wie eine Forderung an den Zentralstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Regionalregierung oder die Gebietskörperschaft ansässig ist,
  - sonstigen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR,
  - Unternehmen, die Wertpapiere ausgegeben haben, die an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zum Handel zugelassen sind oder die an einem sonstigen geregelten Markt, der die wesentlichen Anforderungen an geregelte Märkte im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente in der jeweils geltenden Fassung erfüllt, zum Handel zugelassen sind, oder
  - anderen Schuldner, sofern eine der in Buchstabe a) bis c) bezeichneten Stellen die Gewährleistung für die Verzinsung und Rückzahlung übernommen hat.

#### **5.4. Anlagegrenzen für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente auch unter Einsatz von Derivaten sowie Bankguthaben**

##### **5.4.1. Allgemeine Anlagegrenzen**

Die Gesellschaft darf für den Fonds bis zu 100% in Wertpapiere gemäß § 5 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ investieren.

Dabei müssen mindestens 51 Prozent des Wertes des Fonds in festverzinsliche Wertpapiere im Sinne des § 5 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ investiert werden.

Bis zu 49 Prozent des OGAW-Sondervermögens dürfen in Geldmarktinstrumente im Sinne des § 6 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ investiert werden.

Die Gesellschaft darf in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten (Schuldners) bis zu 10 % des Wertes des Fonds anlegen. Dabei darf der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten (Schuldner) 40 % des Fonds nicht übersteigen. Darüber hinaus darf die Gesellschaft lediglich 5 % des Wertes des Fonds [in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten (Schuldners) anlegen. In Pension genommene Wertpapiere werden auf diese Anlagegrenze angerechnet. Die Emittenten von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten sind auch dann im Rahmen der genannten Grenzen zu berücksichtigen, wenn die von diesen emittierten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente mittelbar über andere im Fonds enthaltenen Wertpapiere, die an deren Wertentwicklung gekoppelt sind, erworben werden.

Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 % des Wertes des Fonds in Bankguthaben bei je einem Kreditinstitut anlegen.

#### **5.4.2. Anlagegrenzen für Schuldverschreibungen mit besonderer Deckungsmasse.**

Die Gesellschaft darf jeweils bis zu 25 % des Wertes des Fonds in Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen anlegen, die ein Kreditinstitut mit in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR ausgegeben hat. Voraussetzung ist, dass die mit den Schuldverschreibungen aufgenommenen Mittel so angelegt werden, dass sie die Verbindlichkeiten der Schuldverschreibungen über deren ganze Laufzeit decken und vorrangig für die Rückzahlungen und die Zinsen bestimmt sind, wenn der Emittent der Schuldverschreibungen ausfällt. Sofern in solche Schuldverschreibungen desselben Emittenten mehr als 5 % des Wertes des Fonds angelegt werden, darf der Gesamtwert solcher Schuldverschreibungen 80 % des Wertes des Fonds nicht übersteigen. In Pension genommenen Wertpapiere werden auf diese Anlagegrenze angerechnet. Anlagegrenzen für öffentliche Emittenten.

#### **5.4.3. Anlagegrenzen für öffentliche Emittenten**

In Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Geldmarktinstrumente besonderer nationaler und supranationaler öffentlicher Emittenten darf die Gesellschaft jeweils bis zu 35 Prozent des Wertes des Fonds anlegen. Zu diesen öffentlichen Emittenten zählen der Bund, die Bundesländer, Mitgliedstaaten der EU oder deren Gebietskörperschaften, Drittstaaten sowie supranationale öffentliche Einrichtungen denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört.

Die Gesellschaft kann in Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Geldmarktinstrumente eines oder mehrerer der folgenden Emittenten mehr als 35 Prozent des Wertes des Fonds anlegen:

- **Die Bundesrepublik Deutschland**

- **Die Bundesländer:**

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

- **Europäische Union**

- **Als EU-Mitgliedstaaten:**

- Belgien
- Bulgarien
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
- Republik Irland

- Italien
  - Kroatien
  - Lettland
  - Litauen
  - Malta
  - Polen
  - Luxemburg
  - Niederlande
  - Österreich
  - Portugal
  - Schweden
  - Slowakei
  - Slowenien
  - Spanien
  - Tschechische Republik
  - Ungarn
  - Republik Zypern
  - Rumänien
- **Als Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum:**
    - Island
    - Liechtenstein
    - Norwegen
  - **Als Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die nicht Mitglied des EWR sind:**
    - Australien
    - Japan
    - Kanada
    - Süd-Korea
    - Mexiko
    - Neuseeland
    - Schweiz
    - Türkei
    - Vereinigte Staaten von Amerika
    - Chile
    - Israel
    - Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
  - **Andere internationale Organisationen, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört**
    - EURATOM

Die Wertpapiere/Geldmarktinstrumente dieser Emittenten im Fonds müssen aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei nicht mehr als 30 % des Wertes des Fonds in einer Emission gehalten werden dürfen.

#### **5.4.4. Anlagegrenzen für Bankguthaben**

Bis zu 49 % des Wertes des Fonds dürfen in Bankguthaben angelegt werden, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Diese Guthaben sind auf Sperrkonten bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu unterhalten. Nach Maßgabe der Allgemeinen Anlagebedingungen können sie auch bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat unterhalten werden.

Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 % des Wertes des Fonds in Bankguthaben bei je einem Kreditinstitut anlegen.

#### 5.4.5. Kombination von Anlagegrenzen

Die Gesellschaft darf höchstens 20 % des Wertes des Fonds in eine Kombination der folgenden Vermögensgegenstände anlegen:

- von ein und derselben Einrichtung begebene Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente,
- Einlagen bei dieser Einrichtung, d.h. Bankguthaben,
- Anrechnungsbeträge für das Kontrahentenrisiko der mit dieser Einrichtung eingegangenen Geschäfte in Derivaten, Wertpapier-Darlehen und Pensionsgeschäften.

Bei besonderen öffentlichen Emittenten (siehe Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und –grenzen – Anlagegrenzen für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente auch unter Einsatz von Derivaten sowie Bankguthaben – Anlagegrenzen für öffentliche Emittenten“) darf eine Kombination der vorgenannten Vermögensgegenstände 35 Prozent des Wertes des Fonds nicht übersteigen.

Die jeweiligen Einzelobergrenzen bleiben unberührt.

#### 5.4.6. Anlagegrenzen unter Einsatz von Derivaten

Die Beträge von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten eines Emittenten, die auf die vorstehend genannten Grenzen angerechnet werden, können durch den Einsatz von marktgegenläufigen Derivaten reduziert werden, welche Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente desselben Emittenten zum Basiswert haben. Für Rechnung des Fonds dürfen also über die vorgenannten Grenzen hinaus Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente eines Emittenten erworben werden, wenn das dadurch gesteigerte Emittentenrisiko durch Absicherungsgeschäfte wieder gesenkt wird.

#### 5.5. Investmentanteile und deren Anlagegrenzen

Die Gesellschaft darf bis zu 10 % des Wertes des Fonds in Anteile an Zielfondsanlagen, sofern diese offene in- und ausländische Investmentvermögen sind (Zielfonds). Die Gesellschaft kann für den Fonds Anteile von Investmentvermögen mit Sitz in allen Mitgliedsstaaten der EU sowie in allen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums erwerben.

Die Zielfonds müssen nach ihren Anlagebedingungen höchstens bis zu 10 % in Anteile an anderen offenen Investmentvermögen investieren dürfen.

Für Anteile an nicht-OGAW, sog. Alternativen Investmentvermögen („AIF“) gelten darüber hinaus folgende Anforderungen:

- Der Zielfonds muss nach Rechtsvorschriften zugelassen worden sein, die ihn einer wirksamen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Anleger unterstellen, und es muss eine ausreichende Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen der BaFin und der Aufsichtsbehörde des Zielfonds bestehen.
- Das Schutzniveau der Anleger muss gleichwertig zu dem Schutzniveau eines Anlegers in einem inländischen OGAW sein, insbesondere im Hinblick auf Trennung von Verwaltung und Verwahrung der Vermögensgegenstände, für die Kreditaufnahme und -gewährung sowie für Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten.
- Die Geschäftstätigkeit des Zielfonds muss Gegenstand von Jahres- und Halbjahresberichten sein und den Anlegern erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten sowie die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden.
- Der Zielfonds muss ein Publikumsfonds sein, bei dem die Anzahl der Anteile nicht zahlenmäßig begrenzt ist und die Anleger ein Recht zur Rückgabe der Anteile haben.

In Anteile an einem einzigen Zielfonds dürfen nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Fonds angelegt werden. In AIF dürfen insgesamt nur bis zu 30 Prozent des Wertes des Fonds angelegt werden. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds nicht mehr als 25 Prozent der ausgegebenen Anteile eines Zielfonds erwerben.

Zielfonds können im gesetzlichen Rahmen zeitweise die Rücknahme von Anteilen aussetzen. Dann kann die Gesellschaft die Anteile an dem Zielfonds nicht bei der Verwaltungsgesellschaft oder Verwahrstelle des Zielfonds gegen Auszahlung des Rücknahmepreises zurückgeben (siehe auch den Abschnitt „Risikohinweise – im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile“). Auf der

Homepage der Gesellschaft ist unter <https://www.bayerninvest.de/publikumsfonds/bekanntmachungen/aktuelle-bekanntmachungen/index.html> aufgeführt, ob und in welchem Umfang der Fonds Anteile von Zielfonds hält, die derzeit die Rücknahme von Anteilen ausgesetzt haben.

## 5.6. Derivate

**Einen Überblick über die bestehenden Anteilsklassen sowie eine Erläuterung, ob bei den einzelnen Anteilsklassen Währungssicherungsgeschäften eingesetzt werden, ist dem Abschnitt 26 „Anteilsklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

**Die Gesellschaft darf für den Fonds Geschäfte mit Derivaten zu Absicherungszwecken tätigen sowie als Teil der Anlagestrategie. Letzteres schließt Geschäfte mit Derivaten zur effizienten Portfoliosteuerung und zur Erzielung von Zusatzerträgen, d. h. auch zu spekulativen Zwecken, ein. Dadurch kann sich das Verlustrisiko des Fonds zumindest zeitweise erhöhen. Derzeit setzt die Gesellschaft Derivategeschäfte nur zur Absicherung ein.**

Ein Derivat ist ein Instrument, dessen Preis von den Kursschwankungen oder den Preiserwartungen anderer Vermögensgegenstände („Basiswert“) abhängt. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich sowohl auf Derivate als auch auf Finanzinstrumente mit derivativer Komponente (nachfolgend zusammen „Derivate“).

**Durch den Einsatz von Derivaten darf das Marktrisiko potential des Sondervermögens gesteigert werden. Es darf jedoch nie den maximalen Wert von 20 % des Sondervermögens übersteigen.**

Marktrisiko ist das Verlustrisiko, das aus Schwankungen beim Marktwert von im Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen resultiert, die auf Veränderungen von variablen Preisen bzw. Kursen des Marktes wie Zinssätzen, Wechselkursen, Aktien- und Rohstoffpreisen oder auf Veränderungen bei der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sind. Die Gesellschaft hat die Marktrisikogrenze laufend einzuhalten. Die Auslastung der Marktrisikogrenze hat sie täglich nach gesetzlichen Vorgaben zu ermitteln; diese ergeben sich aus der Verordnung über Risikomanagement und Risikomessung beim Einsatz von Derivaten, Wertpapier-Darlehen und Pensionsgeschäften in Investmentvermögen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (nachfolgend „Derivateverordnung“).

Das Marktrisiko des Fonds wird mit Hilfe eines geeigneten eigenen Risikomodells ermittelt (sog. Value-at-Risk Methode). Die Gesellschaft verwendet hierbei als Modellierungsverfahren die Varianz-Kovarianz-Analyse. Dieses Modellierungsverfahren basiert auf dem Algorithmus von RiskMetrics. Die Gesellschaft erfasst dabei die Marktpreisrisiken aus allen Geschäften. Sie quantifiziert durch das Risikomodell die Wertveränderung der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände im Zeitablauf. Der sogenannte Value-at-Risk gibt dabei eine in Geldeinheiten ausgedrückte Grenze für potenzielle Verluste eines Portfolios zwischen zwei vorgegebenen Zeitpunkten an. Diese Wertveränderung wird von zufälligen Ereignissen bestimmt, nämlich den künftigen Entwicklungen der Marktpreise, und ist daher nicht mit Sicherheit vorhersagbar. Das zu ermittelnde Marktrisiko kann jeweils nur mit einer genügend großen Wahrscheinlichkeit abgeschätzt werden.

**Bei der Ermittlung des Marktrisiko potentials für den Einsatz der Derivate wendet die Gesellschaft den qualifizierten Ansatz im Sinne von des § 7 Absatz 2 Derivateverordnung an. Dabei wird der Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 95% und eine Haltedauer von 10 Tagen betrachtet. Dementsprechend wird die 20%-Grenze auf 10 % angepasst.**

Die mit dem Einsatz von Derivaten verbundenen Risiken werden durch ein Risikomanagement-Verfahren gesteuert, das es erlaubt, das mit der Anlageposition verbundene Risiko sowie den jeweiligen Anteil am Gesamtrisiko profil des Anlageportfolios jederzeit zu überwachen und zu messen. Allerdings schwankt das Marktrisiko potential abhängig von den Marktbedingungen, so dass es trotz der ständigen Überwachung durch die Gesellschaft zu Überschreitungen der angestrebten Marke kommen kann.

Die Gesellschaft darf – vorbehaltlich eines geeigneten Risikomanagementsystems – für Rechnung des Fonds in jegliche Derivate investieren. Voraussetzung ist, dass die Derivate von Vermögensgegenständen abgeleitet sind, die für den Fonds erworben werden dürfen oder von folgenden Basiswerten:

- Zinssätze
- Wechselkurse

- Währungen
- Finanzindices, die hinreichend diversifiziert sind, eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellen, auf den sie sich beziehen, sowie in angemessener Weise veröffentlicht werden.

Hierzu zählen insbesondere Optionen, Finanzterminkontrakte und Swaps sowie Kombinationen hieraus.

#### **5.6.1. Terminkontrakte**

Terminkontrakte sind für beide Vertragspartner unbedingt verpflichtende Vereinbarungen, zu einem bestimmten Zeitpunkt, dem Fälligkeitsdatum, oder innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, eine bestimmte Menge eines bestimmten Basiswerts zu einem im Voraus bestimmten Preis zu kaufen bzw. zu verkaufen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze Terminkontrakte auf für den Fonds erwerbbarer Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen sowie auf Qualifizierte Finanzindices abschließen.

#### **5.6.2. Optionsgeschäfte**

Optionsgeschäfte beinhalten, dass einem Dritten gegen Entgelt (Optionsprämie) das Recht eingeräumt wird, während einer bestimmten Zeit oder am Ende eines bestimmten Zeitraums zu einem von vornherein vereinbarten Preis (Basispreis) die Lieferung oder die Abnahme von Vermögensgegenständen oder die Zahlung eines Differenzbetrags zu verlangen, oder auch entsprechende Optionsrechte zu erwerben.

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze Kaufoptionen und Verkaufsoptionen kaufen und verkaufen sowie mit Optionsscheinen handeln. Die Optionsgeschäfte müssen sich auf Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen sowie auf Finanzindizes beziehen, die hinreichend diversifiziert sind, eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellen, auf den sie sich beziehen, sowie in angemessener Weise veröffentlicht werden. Die Optionen oder Optionsscheine müssen eine Ausübung während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit vorsehen. Zudem muss der Optionswert zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswerts abhängen und null werden, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat.

#### **5.6.3. Swaps**

Swaps sind Tauschverträge, bei denen die dem Geschäft zugrundeliegenden Zahlungsströme oder Risiken zwischen den Vertragspartnern ausgetauscht werden. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze (Zinsswaps, Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Varianzswaps) abschließen.

#### **5.6.4. Swaptions**

Swaptions sind Optionen auf Swaps. Eine Swaption ist das Recht, nicht aber die Verpflichtung, zu einem bestimmten Zeitpunkt oder innerhalb einer bestimmten Frist in einen hinsichtlich der Konditionen genau spezifizierten Swap einzutreten. Im Übrigen gelten die im Zusammenhang mit Optionsgeschäften dargestellten Grundsätze. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds nur solche Swaptions abschließen, die sich aus den oben beschriebenen Optionen und Swaps zusammensetzen.

#### **5.6.5. Credit Default Swaps**

Credit Default Swaps sind Kreditderivate, die es ermöglichen, ein potenzielles Kreditausfallvolumen auf andere zu übertragen. Im Gegenzug zur Übernahme des Kreditausfallrisikos zahlt der Verkäufer des Risikos eine Prämie an seinen Vertragspartner. Im Übrigen gelten die Ausführungen zu Swaps entsprechend.

#### **5.6.6. Total Return Swaps**

Total Return Swaps sind Kreditderivate, bei denen sämtliche Erträge und Wertschwankungen eines Basiswerts gegen eine vereinbarte feste Zinszahlung getauscht werden. Ein Vertragspartner, der Sicherungsnehmer, transferiert damit das gesamte Kredit- und Marktrisiko aus dem Basiswert auf den

anderen Vertragspartner, den Sicherungsgeber. Im Gegenzug zahlt der Sicherungsnehmer eine Prämie an den Sicherungsgeber. Dritte in diesem Sinne sind zugelassene Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR oder in der Schweiz, die über eine angemessene Organisationsstruktur und hinreichende Ressourcen verfügen, die sie für die Erbringung ihrer vertraglichen Pflichten benötigen.

Total Return Swaps (Gesamtrendite-Swaps) können für den Fonds getätigt werden, zu Absicherungszwecken als auch als Teil der Anlagestrategie. Dies schließt Geschäfte mit Total Return Swaps zur effizienten Portfoliosteuerung und zur Erzielung von Zusatzerträgen, d. h. auch zu spekulativen Zwecken, ein. Dadurch kann sich das Verlustrisiko des Fonds zumindest zeitweise erhöhen. Grundsätzlich können alle für den Fonds erwerbbarer Vermögensgegenstände sowie die Basiswerte zulässiger Derivate Gegenstand von Total Return Swaps sein. Die Gesellschaft darf solche Geschäfte in Höhe von bis zu 100 Prozent des Fondsvermögens abschließen. Die Gesellschaft erwartet, dass im Regelfall nicht mehr als 49 Prozent des Fondsvermögens Gegenstand von Total Return Swaps sind. Dies ist jedoch lediglich ein geschätzter Wert, der im Einzelfall überschritten werden kann.

Die Erträge aus sämtlichen solchen Geschäften fließen, nach Abzug der Abwicklungs- und Transaktionskosten, vollständig dem Fonds zu.

Die Vertragspartner werden durch ein Kontrahentenlimitkomitee anhand folgender Kriterien ausgewählt:

- Preis des Finanzinstruments,
- Kosten der Auftragsausführung,
- Geschwindigkeit der Ausführung,
- Wahrscheinlichkeit der Ausführung bzw. Abwicklung,
- Umfang und Art der Order,
- Zeitpunkt der Order,
- Sonstige, die Ausführung der Order beeinflussende Faktoren (u.a. Bonität des Kontrahenten)

Die Kriterien können in Abhängigkeit von der Art des Handelsauftrags unterschiedlich gewichtet werden.

#### **5.6.7. In Wertpapieren verbriefte Finanzinstrumente**

Die Gesellschaft kann für Rechnung des Fonds die vorstehend beschriebenen Finanzinstrumente auch erwerben, wenn diese in Wertpapieren verbrieft sind. Dabei können die Geschäfte, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, auch nur teilweise in Wertpapieren enthalten sein (z. B. Optionsanleihen). Die Aussagen zu Chancen und Risiken gelten für solche verbrieften Finanzinstrumente entsprechend, jedoch mit der Maßgabe, dass das Verlustrisiko bei verbrieften Finanzinstrumenten auf den Wert des Wertpapiers beschränkt ist.

#### **5.6.8. OTC-Derivatgeschäfte**

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds sowohl Derivatgeschäfte tätigen, die an einer Börse zum Handel zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, als auch außerbörsliche Geschäfte, sogenannte over-the-counter (OTC)-Geschäfte. Derivatgeschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, darf die Gesellschaft nur mit geeigneten Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten auf der Basis standardisierter Rahmenverträge tätigen. Bei außerbörslich gehandelten Derivaten wird das Kontrahentenrisiko bezüglich eines Vertragspartners auf 5 Prozent des Wertes des Fonds beschränkt. Ist der Vertragspartner ein Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR oder einem Drittstaat mit vergleichbarem Aufsichts niveau, so darf das Kontrahentenrisiko bis zu 10 Prozent des Wertes des Fonds betragen. Außerbörslich gehandelte Derivatgeschäfte, die mit einer zentralen Clearingstelle einer Börse oder eines anderen organisierten Marktes als Vertragspartner abgeschlossen werden, werden auf die Kontrahentengrenzen nicht angerechnet, wenn die Derivate einer täglichen Bewertung zu Marktkursen mit täglichem Margin-Ausgleich unterliegen. Ansprüche des Fonds gegen einen Zwischenhändler sind jedoch auf die Grenzen anzurechnen, auch wenn das Derivat an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt wird.

### 5.6.9. Währungsgesicherte Anteilklassen

Die Gesellschaft kann für Rechnung des Fonds Derivatgeschäfte zur Währungskurssicherung abschließen, die sich ausschließlich zugunsten der Anteile einer währungsgesicherten Anteilklasse auswirken. Da für den Fonds auch Vermögensgegenstände erworben werden dürfen, die nicht auf die Währung(en) lauten, in der/denen die genannten Anteilklassen denominated sind, können solche Absicherungsgeschäfte bei Währungskurschwankungen Anteilwertverluste in diesen Anteilklassen vermeiden bzw. verringern. Für die nicht währungsgesicherten Anteilklassen haben diese Absicherungsgeschäfte keinen Einfluss auf die Anteilwertentwicklung.

### 5.7. Wertpapier-Darlehensgeschäfte

**Wertpapier-Darlehensgeschäfte gemäß § 13 der Allgemeinen Anlagebedingungen dürfen für diesen Fonds nicht abgeschlossen werden.**

Geld Darlehen darf die Gesellschaft Dritten für Rechnung des Fonds nicht gewähren.

### 5.8. Pensionsgeschäfte

**Pensionsgeschäfte gemäß § 14 der Allgemeinen Anlagebedingungen dürfen für diesen Fonds nicht abgeschlossen werden.**

### 5.9. Sicherheitenstrategie

Im Rahmen von Derivategeschäften nimmt die Gesellschaft für Rechnung des Fonds Sicherheiten entgegen. Die Sicherheiten dienen dazu, das Ausfallrisiko des Vertragspartners dieser Geschäfte ganz oder teilweise zu reduzieren.

#### 5.9.1. Arten der zulässigen Sicherheiten

Die Gesellschaft akzeptiert bei Derivategeschäften als Sicherheiten ausschließlich Barsicherheiten, die in der Regel

- auf einem Sperrkonto hinterlegt
- bzw. im Einklang mit § 27 Abs. 8 DerivateV angelegt werden.

Eine Weiterverwendung von Finanzinstrumenten ist damit ausgeschlossen. Die Sicherheiten werden nach denselben Methoden bewertet, wie die im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände, vgl. hierzu Abschnitt „Bewertung“.

Die von einem Vertragspartner gestellten Sicherheiten müssen u.a. in Bezug auf Emittenten angemessen risikodiversifiziert sein. Stellen mehrere Vertragspartner Sicherheiten desselben Emittenten, sind diese zu aggregieren. Übersteigt der Wert der von einem oder mehreren Vertragspartnern gestellten Sicherheiten desselben Emittenten nicht 20 Prozent des Wertes des Fonds, gilt die Diversifizierung als angemessen.

Die im Wege der Wertpapierfinanzierungsgeschäfte auf einen Dritten übertragenen Vermögensgegenstände werden wie folgt verwahrt:

Die Art und Weise der Verwahrung der verliehenen Vermögensgegenstände steht im Ermessen des Vertragspartners.

Als Sicherheit erhaltene Vermögensgegenstände werden von der Verwahrstelle des Fonds oder einem anderen zulässigen Kreditinstitut verwahrt.

#### 5.9.2. Umfang der Besicherung

Wertpapier-Darlehensgeschäfte werden in vollem Umfang besichert. Der Kurswert der als Darlehen übertragenen Wertpapiere bildet dabei zusammen mit den zugehörigen Erträgen den Sicherungswert. Die Leistung der Sicherheiten durch den Darlehensnehmer darf den Sicherungswert zuzüglich eines marktüblichen Aufschlags nicht unterschreiten.

Im Übrigen müssen Derivate-, Wertpapier-Darlehens- und Pensionsgeschäfte in einem Umfang besichert sein, der sicherstellt, dass der Anrechnungsbetrag für das Ausfallrisiko des jeweiligen Vertragspartners fünf Prozent des Wertes des Fonds nicht überschreitet. Ist der Vertragspartner ein Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR oder in einem Drittstaat, in dem gleichwertige Aufsichtsbestimmungen gelten, so darf der Anrechnungsbetrag für das Ausfallrisiko zehn Prozent des Wertes des Fonds betragen.

### 5.9.3. Sicherheitenbewertung und Strategie für Abschläge der Bewertung (Haircut-Strategie)

Eine Haircut-Strategie ist bei Cash als einzige zulässige Sicherheit nicht erforderlich. Ein Anrechnungsbetrag für das Marktrisiko ist hier nicht erforderlich, da Cash keinem Marktwert und keinen Marktschwankungen unterliegt. Darüber hinaus fällt hier das Konvertierungsrisiko bei Umwandlung einer Sicherheit in Geld weg.

### 5.9.4. Anlage von Barsicherheiten

Barsicherheiten in Form von Bankguthaben dürfen auf Sperrkonten bei der Verwahrstelle des Fonds oder mit ihrer Zustimmung bei einem anderen Kreditinstitut gehalten werden. Die Wiederanlage darf nur in Staatsanleihen von hoher Qualität oder in Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur erfolgen. Zudem können Barsicherheiten im Wege eines umgekehrten Pensionsgeschäfts mit einem Kreditinstitut angelegt werden, wenn die Rückforderung des aufgelaufenen Guthabens jederzeit gewährleistet ist.

### 5.10. Kreditaufnahme

Die Aufnahme von kurzfristigen Krediten für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger ist bis zu 10 % des Wertes des Fonds zulässig, sofern die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Verwahrstelle der Kreditaufnahme zustimmt.

### 5.11. Hebelwirkung (Leverage)

Leverage bezeichnet jede Methode, mit der die Gesellschaft den Investitionsgrad des Fonds erhöht (Hebelwirkung). Solche Methoden sind insbesondere Kreditaufnahmen, der Abschluss von Wertpapier-Darlehen oder Pensionsgeschäften sowie der Erwerb von Derivaten mit eingebetteter Hebelfinanzierung. Die Gesellschaft kann solche Methoden für den Fonds in dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Umfang nutzen. Die Möglichkeit der Nutzung von Derivaten und des Abschlusses von Wertpapier-Darlehensgeschäften sowie Pensionsgeschäften wird im Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Vermögensgegenstände – Derivate bzw. – Wertpapier-Darlehensgeschäfte und - Pensionsgeschäfte“ dargestellt. Die Möglichkeit zur Kreditaufnahme ist im Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Kreditaufnahme“ erläutert.

**Durch den Einsatz von Derivaten darf das Marktrisikopotential des Sondervermögens gesteigert werden. Es darf jedoch nie den maximalen Wert von 20 % des Sondervermögens übersteigen** (vgl. Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Vermögensgegenstände – Derivate“).

Der Leverage des Fonds wird aus dem Verhältnis zwischen dem Risiko des Fonds und seinem Nettoinventarwert ermittelt. Die Berechnung des Nettoinventarwerts wird im Abschnitt „Anteile“, Unterabschnitt „Ausgabe- und Rücknahmepreis“ erläutert. Das Risiko des Fonds wird nach der Bruttomethode berechnet.

Es bezeichnet die Summe der absoluten Werte aller Positionen des Fonds mit Ausnahme von Bankguthaben, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben bewertet werden. Dabei ist es nicht zulässig, einzelne Derivatgeschäfte oder Wertpapierpositionen miteinander zu verrechnen (d. h. keine Berücksichtigung sogenannter Netting- und Hedging-Vereinbarungen). Etwaige Effekte aus der Wiederanlage von Sicherheiten bei Wertpapier-Darlehens- und Pensionsgeschäften werden mitberücksichtigt. Die Gesellschaft erwartet, dass das nach der Bruttomethode berechnete Risiko des Fonds seinen Nettoinventarwert höchstens um das 8-fache übersteigt.

**Abhängig von den Marktbedingungen kann die Hebelwirkung jedoch schwanken, so dass es trotz der ständigen Überwachung durch die Gesellschaft zu Überschreitungen der angestrebten Marke kommen kann.**

## **6. BEWERTUNG**

### **6.1. Allgemeine Regeln für die Vermögensbewertung**

#### **6.1.1. An einer Börse zugelassene/an einem organisierten Markt gehandelte Vermögensgegenstände**

Vermögensgegenstände, die zum Handel an einer Börse zugelassen sind oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind sowie Bezugsrechte für den Fonds werden zum letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet, bewertet, sofern im nachfolgenden Abschnitt „Besondere Bewertungsregeln für einzelne Vermögensgegenstände“ nicht anders angegeben ist.

#### **6.1.2. Nicht an Börsen notierte oder an organisierten Märkten gehandelte Vermögensgegenstände oder Vermögensgegenstände ohne handelbaren Kurs**

Vermögensgegenstände, die weder zum Handel an Börsen zugelassen sind noch in einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, werden zu dem aktuellen Verkehrswert bewertet, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, sofern im nachfolgenden Abschnitt „Besondere Bewertungsregeln für einzelne Vermögensgegenstände“ nichts anderes angegeben ist.

### **6.2. Besondere Bewertungsregeln für einzelne Vermögensgegenstände**

#### **6.2.1. Nichtnotierte Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen**

Für die Bewertung von Schuldverschreibungen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind (z. B. nicht notierte Anleihen, Commercial Papers und Einlagenzertifikate), und für die Bewertung von Schuldscheindarlehen werden die für vergleichbare Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen vereinbarten Preise und gegebenenfalls die Kurswerte von Anleihen vergleichbarer Emittenten mit entsprechender Laufzeit und Verzinsung herangezogen, erforderlichenfalls mit einem Abschlag zum Ausgleich der geringeren Veräußerbarkeit.

#### **6.2.2. Optionsrechte und Terminkontrakte**

Die zu dem Fonds gehörenden Optionsrechte und Verbindlichkeiten aus einem Dritten eingeräumten Optionsrechten, die zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, werden zu den jeweils letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet, bewertet.

Das gleiche gilt für Forderungen und Verbindlichkeiten aus für Rechnung des Fonds verkauften Terminkontrakten. Die zu Lasten des Fonds geleisteten Einschüsse werden unter Einbeziehung der am Börsentag festgestellten Bewertungsgewinne und Bewertungsverluste zum Wert des Fonds hinzugerechnet.

#### **6.2.3. Bankguthaben, Festgelder, Anteile an Investmentvermögen und Darlehen**

Bankguthaben werden grundsätzlich zu ihrem Nennwert zuzüglich zugeflossener Zinsen bewertet.

Festgelder werden zum Verkehrswert bewertet, sofern das Festgeld jederzeit kündbar ist und die Rückzahlung bei der Kündigung nicht zum Nennwert zuzüglich Zinsen erfolgt.

Anteile an Investmentvermögen werden grundsätzlich mit ihrem letzten festgestellten Rücknahmepreis angesetzt oder zum letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet. Stehen diese Werte nicht zur Verfügung, werden Anteile an Investmentvermögen zu dem aktuellen Verkehrswert bewertet, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist.

Für Rückerstattungsansprüche aus Darlehensgeschäften ist der jeweilige Kurswert der als Darlehen übertragenen Vermögensgegenstände maßgebend.

#### **6.2.4. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände**

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände werden unter Zugrundelegung des Abend-Fixings von Thomson Reuters (Markets) Deutschland GmbH um 17.00 Uhr der Währung des Vortages in Euro umgerechnet.

### **7. TEILINVESTMENTVERMÖGEN**

Der BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds ist nicht Teilinvestmentvermögen einer Umbrella-Konstruktion.

### **8. ANTEILE**

Die Rechte der Anleger werden in Anteilscheinen verbrieft oder als elektronische Anteilscheine begeben. Verbrieftete Anteilscheine werden ausschließlich in Sammelurkunden verbrieft. Diese Sammelurkunden werden bei einer Wertpapier-Sammelbank verwahrt. Ein Anspruch des Anlegers auf Auslieferung einzelner Anteilscheine besteht nicht. Der Erwerb von Anteilen ist nur bei Depotverwahrung möglich. Die Anteile lauten auf den Inhaber.

#### **8.1. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und Orderannahmeschluss**

##### **8.1.1. Ausgabe von Anteilen**

Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Anteile können bei der Gesellschaft und der Verwahrstelle erworben werden. Sie werden von der Verwahrstelle zum Ausgabepreis ausgegeben, der dem Nettoinventarwert pro Anteil („Anteilswert“) ggf. zuzüglich eines Ausgabeaufschlags entspricht. Daneben ist der Erwerb über die Vermittlung Dritter möglich, hierbei können zusätzliche Kosten entstehen. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder dauerhaft teilweise oder vollständig einzustellen.

**Für die einzelnen Anteilklassen kann die jeweils geltende Mindestanlagesumme dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ entnommen werden.**

##### **8.1.2. Rücknahme von Anteilen**

Die Anleger können unabhängig von der Mindestanlagesumme bewertungstäglich die Rücknahme ihrer Anteile verlangen, sofern die Gesellschaft die Anteilrücknahme nicht beschränkt (siehe Abschnitt „Beschränkung der Rücknahme“) oder vorübergehend ausgesetzt hat (siehe Abschnitt „Aussetzung der Rücknahme“). Rücknahmeaufträge sind bei der Verwahrstelle oder gegenüber einem vermittelnden Dritten (z.B. depotführende Stelle) selbst oder der Gesellschaft selbst zu stellen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zu dem jeweils geltenden Rücknahmepreis zurückzunehmen, der dem an diesem Tag ermittelten Anteilwert entspricht. Die Rücknahme kann auch durch die Vermittlung Dritter erfolgen, hierbei können zusätzliche Kosten entstehen.

##### **Beschränkung der Rücknahme**

Die Gesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen für insgesamt bis zu 15 aufeinanderfolgende Arbeitstage beschränken, wenn die Rücknahmeverlangen der Anleger an einem Abrechnungstichtag mindestens 10 Prozent des Nettoinventarwertes erreichen (Schwellenwert). Wird der Schwellenwert erreicht oder überschritten, entscheidet die Gesellschaft im pflichtgemäßen Ermessen, ob sie an diesem Abrechnungstichtag die Rücknahme beschränkt. Entschließt sie sich zur Rücknahmebeschränkung, kann sie diese auf Grundlage einer täglichen Ermessensentscheidung für bis zu 14 aufeinanderfolgende Arbeitstage fortsetzen. Die Entscheidung zur Beschränkung der Rücknahme kann getroffen werden, wenn die Rücknahmeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation des Fonds nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anleger ausgeführt werden können. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn sich die Liquidität der Vermögenswerte des Fonds aufgrund politischer, ökonomischer oder sonstiger Ereignisse an den Märkten verschlechtert und damit nicht mehr ausreicht, um die Rücknahmeverlangen an dem Abrechnungstichtag vollständig zu bedienen. Die Rücknahmebeschränkung ist in diesem Fall im Vergleich zur Aussetzung der Rücknahme als milderes Mittel anzusehen.

Hat die Gesellschaft entschieden, die Rücknahme zu beschränken, wird sie Anteile zu dem am Abrechnungstichtag geltenden Rücknahmepreis lediglich anteilig zurückzunehmen. Im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Dies bedeutet, dass jede Rücknahmeorder nur anteilig auf Basis einer, von der Gesellschaft zu ermittelnden, Quote ausgeführt wird. Die Gesellschaft legt die Quote im

Interesse der Anleger auf Basis der verfügbaren Liquidität und des Gesamtordervolumens für den jeweiligen Abrechnungstichtag fest. Der Umfang der verfügbaren Liquidität hängt wesentlich vom aktuellen Marktumfeld ab. Die Quote legt fest, zu welchem prozentualen Anteil die Rücknahmeverlangen an dem Abrechnungstichtag ausgezahlt werden. Der nicht ausgeführte Teil der Order (Restorder) wird von der Gesellschaft auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt (Pro-Rata-Ansatz mit Verfall der Restorder).

Die Gesellschaft entscheidet börsentäglich, ob und auf Basis welcher Quote sie die Rücknahme beschränkt. Die Gesellschaften kann maximal an 15 aufeinander folgenden Arbeitstagen die Rücknahme beschränken. Die Möglichkeit zur Aussetzung der Rücknahme bleibt unberührt.

Die Gesellschaft veröffentlicht Informationen über die Beschränkung der Rücknahme der Anteile sowie deren Aufhebung unverzüglich auf ihrer Internetseite.

Der Rücknahmepreis entspricht dem an diesem Tag ermittelten Anteilwert – gegebenenfalls abzüglich eines Rücknahmeabschlags. Die Rücknahme kann auch durch die Vermittlung Dritter (z.B. die depotführende Stelle) erfolgen, hierbei können dem Anleger zusätzliche Kosten entstehen.

### **8.1.3. Orderannahmeschluss, Abrechnung bei Anteilausgabe und Rücknahme**

Der Orderannahmeschluss für diesen Fonds ist auf der Homepage der Gesellschaft unter <https://www.bayerninvest.de/> veröffentlicht. Er kann von der Gesellschaft jederzeit geändert werden. Maßgeblich ist der Eingang des Auftrages.

Die Gesellschaft trägt dem Grundsatz der Anlegergleichbehandlung Rechnung, indem sie sicherstellt, dass sich kein Anleger durch den Kauf oder Verkauf von Anteilen zu bereits bekannten Anteilwerten Vorteile verschaffen kann. Sie setzt deshalb einen täglichen Orderannahmeschluss fest. Die Abrechnung von Ausgabe- und Rückgabeorders, die bis zum Orderannahmeschluss bei der Verwahrstelle oder der Gesellschaft eingehen, erfolgt spätestens an dem auf den Eingang der Order folgenden Wertermittlungstag (=Abrechnungstag) zu dem dann ermittelten Anteilwert. Orders, die nach dem Annahmeschluss bei der Verwahrstelle oder bei der Gesellschaft eingehen, werden spätestens am übernächsten Wertermittlungstag (=Abrechnungstag) zu dem dann ermittelten Anteilwert abgerechnet.

Der Orderannahmeschluss für diesen Fonds ist auf der Homepage der Gesellschaft unter <https://www.bayerninvest.de/> veröffentlicht. Er kann von der Gesellschaft jederzeit geändert werden.

Darüber hinaus können Dritte die Anteilausgabe bzw. -rücknahme vermitteln, z. B. die depotführende Stelle des Anlegers. Dabei kann es zu längeren Abrechnungszeiten kommen. Auf die unterschiedlichen Abrechnungsmodalitäten der depotführenden Stellen hat die Gesellschaft keinen Einfluss.

### **8.1.4. Aussetzung der Anteilrücknahme**

Die Gesellschaft kann die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Solche außergewöhnlichen Umstände liegen etwa vor, wenn eine Börse, an der ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird, außerplanmäßig geschlossen ist, oder wenn die Vermögensgegenstände des Sondervermögens nicht bewertet werden können. Daneben kann die BaFin anordnen, dass die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile auszusetzen hat, wenn dies im Interesse der Anleger oder der Öffentlichkeit erforderlich ist.

Der Gesellschaft bleibt es vorbehalten, die Anteile erst dann zu dem dann gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen oder umzutauschen, wenn sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anleger, Vermögensgegenstände des Fonds veräußert hat. Einer vorübergehenden Aussetzung kann ohne erneute Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile direkt eine Auflösung des Sondervermögens folgen (siehe hierzu den Abschnitt „Auflösung und Verschmelzung des Fonds“).

Die Gesellschaft unterrichtet die Anleger durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus auf der Website <https://www.bayerninvest.de/publikumsfonds/bekanntmachungen/aktuelle-bekanntmachungen/index.html> über die Aussetzung und die Wiederaufnahme der Rücknahme der

Anteile. Außerdem werden die Anleger über ihre depotführenden Stellen per dauerhaftem Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form informiert.

## 9. LIQUIDITÄTSMANAGEMENT

Die Gesellschaft hat für den Fonds schriftliche Grundsätze und Verfahren festgelegt, die es ihr ermöglichen, die Liquiditätsrisiken des Fonds zu überwachen und zu gewährleisten, dass sich das Liquiditätsprofil der Anlagen des Fonds mit den zugrundeliegenden Verbindlichkeiten des Fonds deckt. Im Rahmen dessen, hat die Gesellschaft unter Berücksichtigung der unter Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen“ dargelegten Anlagestrategie eine Liquiditäts-Soll- sowie eine Liquiditäts-Ist-Quote festlegt (Liquiditätsprofil). Die Liquiditäts-Soll-Quote wird von der Gesellschaft auf ihre Einhaltung hin überwacht. Für die Ermittlung der Liquiditäts-Ist-Quote können für einzelne Assetklassen spezifische Liquiditätsabschläge festgesetzt werden.

Die Grundsätze und Verfahren umfassen:

- Die Gesellschaft überwacht die Liquiditätsrisiken, die sich auf Ebene des Fonds oder der Vermögensgegenstände ergeben können. Sie nimmt dabei eine Einschätzung der Liquidität der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände in Relation zum Fondsvermögen vor und legt hierfür eine Liquiditätsquote fest. Die Beurteilung der Liquidität beinhaltet beispielsweise eine Analyse des Handelsvolumens, der Komplexität des Vermögensgegenstandes, die Anzahl der Handelstage, die zur Veräußerung des jeweiligen Vermögensgegenstandes benötigt werden, ohne Einfluss auf den Marktpreis zu nehmen.
- Die Gesellschaft überwacht hierbei auch die Anlagen in Zielfonds und deren Rücknahmegrundsätze und daraus resultierende etwaige Auswirkungen auf die Liquidität des Fonds.
- Die Gesellschaft überwacht die Liquiditätsrisiken, die sich durch erhöhtes Verlangen der Anleger auf Anteilrücknahme ergeben können. Hierbei bildet sie sich Erwartungen über Nettomittelveränderungen unter Berücksichtigung von verfügbaren Informationen über die Anlegerstruktur und Erfahrungswerten aus historischen Nettomittelveränderungen. Sie berücksichtigt die Auswirkungen von Großabruftrisiken und anderen Risiken (z. B. Reputationsrisiken).
- Die Gesellschaft hat für den Fonds adäquate Limits für die Liquiditätsrisiken festgelegt. Sie überwacht die Einhaltung dieser Limits und hat Verfahren bei einer Überschreitung oder möglichen Überschreitung der Limits festgelegt.
- Die von der Gesellschaft eingerichteten Verfahren gewährleisten eine Konsistenz zwischen Liquiditätsquote, den Liquiditätsrisikolimits und den zu erwarteten Nettomittelveränderungen.

Die Gesellschaft überprüft diese Grundsätze regelmäßig und aktualisiert sie entsprechend.

Die Gesellschaft führt regelmäßig, mindestens wöchentlich auf Basis der aktuellen Bewertung Stresstests durch, mit denen sie die Liquiditätsrisiken des Fonds bewerten kann. Die Gesellschaft führt die Stresstests auf der Grundlage zuverlässiger und aktueller quantitativer oder, falls dies nicht angemessen ist, qualitativer Informationen durch. Hierbei werden Anlagestrategie, Rücknahmefristen, Zahlungsverpflichtungen und Fristen, innerhalb derer die Vermögensgegenstände veräußert werden können, sowie Informationen in Bezug auf, Marktentwicklungen einbezogen. Die Stresstests simulieren gegebenenfalls mangelnde Liquidität der Vermögenswerte im Fonds sowie in Anzahl und Umfang atypische Verlangen auf Anteilrücknahmen. Sie decken Marktrisiken und deren Auswirkungen ab, einschließlich Nachschussforderungen, Anforderungen der Besicherung oder Kreditlinien. Sie tragen Bewertungssensitivitäten unter Stressbedingungen Rechnung. Sie werden unter Berücksichtigung der Anlagestrategie, des Liquiditätsprofils, der Anlegerart und der Rücknahmegrundsätze des Fonds in einer der Art des Fonds angemessenen Häufigkeit durchgeführt.

Die Rückgaberechte unter normalen und außergewöhnlichen Umständen sowie die Beschränkung oder Aussetzung der Rücknahme sind im Abschnitt „Anteile – Ausgabe und Rücknahme von Anteilen – Beschränkung der Anteilrücknahme bzw. Aussetzung der Anteilrücknahme“ dargestellt. Die hiermit verbundenen Risiken sind unter „Risikohinweise – Risiko der Fondsanlage – Aussetzung der Anteilrücknahme“ sowie „– Risiko der eingeschränkten Liquidität des Fonds (Liquiditätsrisiko)“ erläutert.

## 10. BÖRSE UND MÄRKTE

Die Gesellschaft kann die Anteile des Fonds an einer Börse oder in organisierten Märkten zulassen. Die Notierung der Anteile des Fonds oder der Handel mit diesen an Börsen oder sonstigen Märkten ist von der Gesellschaft jedoch derzeit nicht vorgesehen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Anteile ohne Zustimmung der Gesellschaft an Märkten gehandelt werden. Ein Dritter kann ohne Zustimmung der Gesellschaft veranlassen, dass die Anteile in den Freiverkehr oder einen anderen außerbörslichen Handel einbezogen werden.

Der dem Börsenhandel oder Handel an sonstigen Märkten zugrundeliegende Marktpreis wird nicht ausschließlich durch den Wert der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände, sondern auch durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Daher kann dieser Marktpreis von dem ermittelten Anteilwert abweichen.

## **11. FAIRE BEHANDLUNG DER ANLEGER UND ANTEILKLASSEN**

Die Gesellschaft hat die Anleger des Fonds fair zu behandeln. Sie darf im Rahmen der Steuerung des Liquiditätsrisikos und der Rücknahme von Anteilen die Interessen eines Anlegers oder einer Gruppe von Anlegern nicht über die Interessen eines anderen Anlegers oder einer anderen Anlegergruppe stellen.

Zu den Verfahren, mit denen die Gesellschaft die faire Behandlung der Anleger sicherstellt, siehe Abschnitt „Abrechnung bei Anteilausgabe und –rücknahme“ sowie „Liquiditätsmanagement“.

Der Fonds kann aus verschiedenen Anteilklassen bestehen, d.h. die ausgegebenen Anteile verbrieften unterschiedliche Rechte, je nachdem zu welcher Klasse sie gehören.

Die Anteilklassen können sich hinsichtlich des Ausgabeaufschlages, der Verwaltungs- und Beratervergütung, der Mindestanlagesumme, Ertragsverwendung, der Währung des Anteilwerts einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften bzw. einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Sofern Anteilklassen gebildet werden ist eine Beschreibung der unterschiedlichen Ausgestaltungen in diesem Prospekt in dem/den Abschnitt(en) „Derivate“, „Ausgabe von Anteilen“, „Ausgabeaufschlag“, „Rücknahmeabschlag“, „Verwaltungs- und sonstige Kosten“, „Regeln für die Ermittlung und Verwendung der Erträge“ enthalten.

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung kann das wirtschaftliche Ergebnis, das der Anleger mit seinem Investment in das Sondervermögen erzielt, variieren, je nachdem, zu welcher Anteilklasse die von ihm erworbenen Anteile gehören. Das gilt sowohl für die Rendite, die der Anleger vor Steuern erzielt, als auch für die Rendite nach Steuern.

Der Erwerb von Vermögensgegenständen ist nur einheitlich für den ganzen Fonds zulässig, er kann nicht für einzelne Anteilklassen oder Gruppen von Anteilklassen erfolgen. Eine Ausnahme bilden Währungskurssicherungsgeschäfte, deren Ergebnis bestimmten Anteilklassen zugeordnet wird, und die für die anderen Anteilklassen keine Auswirkungen auf die Anteilwertentwicklung haben.

**Sobald eine Ausgabe von Anteilen mit unterschiedlichen Anteilklassen erfolgt, werden die einzelnen Anteilklassen sowie deren Merkmale im Verkaufsprospekt näher beschrieben.**

**Mit den Kosten, die anlässlich der Einführung einer neuen Anteilklasse anfallen, dürfen ausschließlich die Anleger dieser neuen Anteilklasse belastet werden.**

**Einen Überblick über die bestehenden Anteilklassen dieses Fonds und den Zeitpunkt der Ausgabe der einzelnen Anteilklassen sowie weiterer Informationen der jeweiligen Anteilklasse ist Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

## **12. AUSGABE- UND RÜCKNAHMEPREISE**

Zur Errechnung des Ausgabepreises und des Rücknahmepreises für die Anteile ermittelt die Gesellschaft unter Kontrolle der Verwahrstelle bewertungstäglich einen Nettoinventarwert. Dabei wendet sie für alle Anteilsausgaben und Anteilsrücknahmen des Bewertungstages teilweises Swing Pricing an.

Swing Pricing ist eine Methode zur Berechnung des Anteilpreises, bei der die durch Rücknahmen oder Ausgaben von Anteilen veranlassten Transaktionskosten verursachergerecht verteilt werden. Dazu wird der Nettoinventarwert zunächst durch den Wert der zum Fonds gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten ermittelt. Die Teilung des so ermittelten Nettoinventarwerts durch die Anzahl der ausgegebenen Anteile ergibt den Anteilwert, der zusätzlich um einen

Auf- oder Abschlag (Swingfaktor) modifiziert wird. Beim teilweisen Swing Pricing findet dieser Mechanismus nur dann Anwendung, wenn die Überschüsse der Anteilrücknahmen und Anteilausgaben an dem jeweiligen Bewertungstag einen von der Gesellschaft festgelegten Schwellenwert überschreiten. Die Gesellschaft ermittelt den Schwellenwert als prozentualen Betrag anhand mehrerer Kriterien wie z.B. Marktbedingungen, Marktliquidität, Risikoanalysen.

Der Swingfaktor berücksichtigt die Transaktionskosten, die durch einen Überschuss an Rücknahme- oder Ausgabeverlangen verursacht werden. Den Swingfaktor ermittelt die Gesellschaft in Abhängigkeit von verschiedenen Parametern (z. B. unter Berücksichtigung der Transaktionskosten, Geld-/Briefspannen, Auswirkungen auf den Marktpreis). Der Swingfaktor wird 3 Prozent des Nettoinventarwertes nicht übersteigen. Die Gesellschaft veröffentlicht auf ihrer Internetseite den jeweils aktuellen Swingfaktor.

Der maximale Swingfaktor von 3 % kann in einem außergewöhnlichen Marktumfeld zur Anwendung kommen. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn Vermögensgegenstände des Fonds nicht bewertet werden können oder aufgrund politischer, ökonomischer oder sonstiger Ereignisse der Handel von Finanzinstrumenten an den Märkten erheblich beeinträchtigt ist.

Liegt an einem Abrechnungstag bei Überschreiten des Schwellenwertes ein Überschuss an Rücknahmen vor, vermindert sich der Nettoinventarwert je Anteil oder Aktie um den Swingfaktor. Liegt an einem Abrechnungstag bei Überschreiten des Schwellenwertes ein Überschuss an Ausgaben vor, erhöht sich der Nettoinventarwert je Anteil oder Aktie um den Swingfaktor.“

Soweit für das Sondervermögen verschiedene Anteilklassen ausgegeben sind, wird der Anteilwert für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen gegebenenfalls abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und gegebenenfalls die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, gegebenenfalls einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.

Der Wert für die Anteile, des Fonds wird für alle Börsentage ermittelt. An gesetzlichen Feiertagen im Geltungsbereich des KAGB, die Börsentage sind, können die Gesellschaft und die Verwahrstelle von einer Ermittlung des Wertes absehen. Von einer Ermittlung des Anteilwerts wird derzeit an Neujahr (01.01.), Heilige Drei Könige (06.01.), Karfreitag, Ostern (Ostersonntag sowie Ostermontag), Maifeiertag (01.05.), Christi Himmelfahrt, Pfingsten (Pfingstsonntag sowie Pfingstmontag), Fronleichnam, Maria Himmelfahrt (15.08.), Tag der Deutschen Einheit (03.10.), Allerheiligen (01.11.), Heilig Abend (24.12.), 1. und 2. Weihnachtsfeiertag (25. und 26.12.) und Silvester (31.12.) abgesehen.

### **12.1. Aussetzung der Errechnung des Ausgabe- / Rücknahmepreises**

Die Gesellschaft kann die Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises zeitweilig unter denselben Voraussetzungen wie die Anteilrücknahme aussetzen. Diese sind im Abschnitt „Anteile - Aussetzung der Anteilrücknahme“ näher erläutert

### **12.2. Ausgabeaufschlag**

Bei Festsetzung des Ausgabepreises wird dem Anteilwert ein Ausgabeaufschlag hinzugerechnet. Der Ausgabeaufschlag beträgt bis zu 5 Prozent, derzeit 5 Prozent, des Nettoinventarwerts des Anteils. Bei Wiederanlage ausgeschütteter Erträge beträgt der Ausgabeaufschlag 5 Prozent des Prozent des Nettoinventarwerts des Anteils. Der Ausgabeaufschlag kann insbesondere bei kurzer Anlagedauer die Wertentwicklung des Fonds reduzieren oder sogar ganz aufzehren. Der Ausgabeaufschlag stellt im Wesentlichen eine Vergütung für den Vertrieb der Anteile des Fonds dar. Die Gesellschaft kann den Ausgabeaufschlag zur Abgeltung von Vertriebsleistungen an etwaige vermittelnde Stellen weitergeben. Es steht der Gesellschaft frei, für eine oder mehrere Anteilklassen einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlages abzusehen.

**Der derzeit aktuelle Ausgabeaufschlag der einzelnen Anteilklassen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

### **12.3. Rücknahmeabschlag**

Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.

**Der derzeit aktuelle Rücknahmeabschlag der einzelnen Anteilklassen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

#### **12.4. Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise**

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie ggf. der Nettoinventarwert je Anteil werden bei jeder Ausgabe und Rücknahme auf der Website der Gesellschaft <https://www.bayerninvest.de/publikumsfonds/daten-und-fakten/fondspreise/index.html> veröffentlicht.

### **13. KOSTEN**

Die Gesellschaft darf dem Fonds nur nachstehend benannte Vergütung belasten (Höchstbetrag der Vergütung). Eine Belastung des Fonds mit Gebühren und Kosten (dem Grunde oder der Höhe nach), die nicht benannt werden, ist unzulässig. Die Höhe der laufenden Vergütung und Kosten werden von der Gesellschaft im Jahresbericht des Fonds ausgewiesen.

#### **13.1. Kosten bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen**

Die Ausgabe und Rücknahme der Anteile durch die Gesellschaft bzw. durch die Verwahrstelle erfolgt zum Ausgabepreis (Anteilwert ggf. zuzüglich Ausgabeaufschlag) bzw. Rücknahmepreis (Anteilwert ggf. abzüglich Rücknahmeabschlag) ohne Berechnung zusätzlicher Kosten.

Erwirbt der Anleger Anteile durch Vermittlung Dritter, können diese höhere Kosten als den Ausgabeaufschlag berechnen. Gibt der Anleger Anteile über Dritte zurück, so können diese bei der Rücknahme der Anteile eigene Kosten berechnen.

#### **13.2. Verwaltungs- und sonstige Kosten**

##### **1. Vergütungen, die an die Gesellschaft zu zahlen sind**

Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,5 Prozent des am Ende eines jeden Monats berechneten Durchschnittswertes auf Basis der bewertungstäglich ermittelten Nettoinventarwerte des OGAW-Sondervermögens.

Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.

Für einzelne Anteilklassen kann eine niedrigere Verwaltungsvergütung erhoben werden. Als Berechnungsgrundlage für die Verwaltungsvergütung einer Anteilklasse wird der am Ende eines jeden Monats berechnete anteilige Durchschnittswert auf Basis der bewertungstäglich ermittelten Nettoinventarwerte der betreffenden Anteilklasse herangezogen.

**Einen Überblick über die den einzelnen Anteilklassen aktuell berechnete Verwaltungsvergütungen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

Die Gesellschaft kann darüber hinaus nach ihrem freien Ermessen mit unmittelbar oder mittelbar beteiligten Anlegern die teilweise Rückzahlung von vereinnahmter Verwaltungsvergütung an diese Anleger vereinbaren. Dies kommt insbesondere dann in Betracht, wenn diese Anleger unmittelbar oder mittelbar Großbeträge nachhaltig investieren.

##### **2. Vergütungen, die an Dritte zu zahlen sind**

Die Gesellschaft zahlt für das ausgelagerte Portfoliomanagement des OGAW-Sondervermögens an den ausgelagerten Portfoliomanager eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 1,0 Prozent, derzeit 0,35 Prozent p.a., des am Ende eines jeden Monats berechneten Durchschnittswertes auf Basis der bewertungstäglich ermittelten Nettoinventarwerten des OGAW-Sondervermögens. Die Vergütung wird von der Verwaltungsvergütung gem. Ziffer 1. nicht abgedeckt und somit dem Sondervermögen zusätzlich belastet. Die Gesellschaft ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.

##### **3. Verwahrstellenvergütung:**

Die monatliche Vergütung für die Verwahrstelle beträgt 1/12 von höchstens 0,2 Prozent p. a. des Wertes des OGAW-Sondervermögens, errechnet aus dem jeweiligen Monatsendwert. Die Verwahrstelle erhält jedoch mindestens eine jährliche Vergütung in Höhe von 25.000,- EUR.

#### 4. Zulässiger jährlicher Höchstbetrag gem. Ziffern 1., 2., 3.

Der Betrag, der jährlich aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffer 1., 2. und 3. als Vergütung entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,7 Prozent des am Ende eines jeden Monats berechneten Durchschnittswertes auf Basis der bewertungstäglich ermittelten Nettoinventarwerte des OGAW-Sondervermögens betragen werden.

**Einen Überblick über die den einzelnen Anteilklassen aktuell berechnete Vergütung ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

#### 5. Aufwendungen

Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zulasten des OGAW-Sondervermögens:

- a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, gegebenenfalls einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, Basisinformationsblatt);
- c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und gegebenenfalls der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
- d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Falle der Informationen über Verschmelzungen von Investmentvermögen und außer im Falle der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- e) Kosten für die Prüfung des OGAW-Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des OGAW-Sondervermögens;
- f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
- g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
- h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das OGAW-Sondervermögen erhoben werden;
- i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das OGAW-Sondervermögen;
- j) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
- k) Kosten für die Analyse des Anlageerfolgs des OGAW-Sondervermögens durch Dritte; Zur Analyse des Anlageerfolgs hat die Gesellschaft alpha portfolio advisors GmbH beauftragt. Diese erbringt insbesondere folgende Dienstleistungen:
  - Kritische Beobachtung der Performance des Fonds auf monatlicher Basis;
  - Regelmäßiger Vergleich der Performance des Fonds gegenüber dem Wettbewerb (Peer-group - Analysen);
  - Überwachung der personellen, strukturellen und sonstigen potenziell performancerelevanten Veränderungen auf der Seite der Asset Managers;
  - Übermittlung einer Review-Unterlage auf quartalsweiser Basis mit den strategischen Erfolgsfaktoren für die Gesellschaft
- l) Steuer, die anfallen im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen, im Zusammenhang mit den vorstehend genannten Aufwendungen und im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung.

#### 6. Transaktionskosten:

Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem OGAW-Sondervermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet.

#### 7. Erwerb von Investmentanteilen:

Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem OGAW-Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 196 KAGB berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem OGAW-Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft, oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, als Verwaltungsvergütung für die im OGAW-Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

#### 13.3. Besonderheiten bei dem Erwerb von Investmentanteilen

Neben der Vergütung zur Verwaltung des Fonds BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds wird eine Verwaltungsvergütung für die im Fonds gehaltenen anderen Anteile an Zielfonds berechnet.

Die laufenden Kosten für die im Fonds gehaltenen Zielfondsanteile werden bei der Berechnung der Gesamtkostenquote (siehe Abschnitt „Kosten – Gesamtkostenquote“) berücksichtigt. Im Zusammenhang mit dem Erwerb von Zielfondsanteilen sind sämtliche Kosten des Zielfonds mittelbar oder unmittelbar von dem Fonds zu tragen. Es handelt sich hierbei insbesondere um Gebühren (z.B. der Behörden), Kosten (Verwaltungsvergütung, Vergütung der Verwahrstelle, etc.), Steuern, Provisionen Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge und sonstigen Aufwendungen des Zielfonds mittelbar von dem Fonds zu tragen.

Im Jahres- und Halbjahresbericht werden die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offengelegt, die dem Fonds im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen an Zielfonds berechnet worden sind. Ferner wird die Vergütung offengelegt, die dem Fonds von einer in- oder ausländischen Gesellschaft oder einer Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, als Verwaltungsvergütung für die im Fonds gehaltenen Zielfondsanteile berechnet wurde.

#### 13.4. Angabe einer Gesamtkostenquote

Im Jahresbericht werden die im Geschäftsjahr zu Lasten des Fonds angefallenen Verwaltungskosten offengelegt und als Quote des durchschnittlichen Fondsvolumens ausgewiesen (Gesamtkostenquote). Die Verwaltungskosten setzen sich zusammen aus der Vergütung für die Verwaltung des Fonds, (ggf. einschließlich der erfolgsabhängigen Vergütung) der Vergütung der Verwahrstelle sowie den Aufwendungen, die dem Fonds zusätzlich belastet werden können (siehe Abschnitt „Kosten – Verwaltungs- und sonstige Kosten“ sowie „-Besonderheiten beim Erwerb von Investmentanteilen“).

Die Gesamtkostenquote beinhaltet keine Nebenkosten und Kosten, die beim Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen (Transaktionskosten).

#### 13.5. Abweichender Kostenausweis durch Vertriebsstellen

Wird der Anleger beim Erwerb von Anteilen durch Dritte beraten oder vermitteln diese den Kauf, weisen sie ihm gegebenenfalls Kosten oder Kostenquoten aus, die nicht mit den Kostenangaben in diesem Prospekt und im Basisinformationsblatt deckungsgleich sind und die hier beschriebene Gesamtkostenquote übersteigen können. Grund dafür kann insbesondere sein, dass der Dritte die Kosten seiner eigenen Tätigkeit (z.B. Vermittlung, Beratung oder Depotführung) zusätzlich berücksichtigt. Darüber hinaus berücksichtigt er ggf. auch einmalige Kosten wie Ausgabeaufschläge und benutzt in der Regel andere Berechnungsmethoden oder auch Schätzungen für die auf Fondsebene anfallenden Kosten, die insbesondere die Transaktionskosten des Fonds mit umfassen.

Abweichungen im Kostenausweis können sich sowohl bei Informationen vor Vertragsschluss ergeben als auch bei regelmäßigen Kosteninformationen über die bestehende Fondsanlage im Rahmen einer dauerhaften Kundenbeziehung.

#### **14. VERGÜTUNGSPOLITIK**

Die BayernInvest ist als Kapitalverwaltungsgesellschaft dazu verpflichtet, Vergütungsgrundsätze nach § 37 KAGB festzulegen. Dabei bestimmen sich die Anforderungen an das Vergütungssystem näher nach Anhang II der Richtlinie 2011/61/EU (AIFMD) sowie nach Artikel 14a Absatz 2 und Artikel 14b Absatz 1, 3 und 4 der Richtlinie 2009/65/EG (OGAW-RL). Darüber hinaus findet die Verordnung (EU) 2019/2088 hinsichtlich der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken im Rahmen der Vergütungspolitik sowie die ESMA Guidelines zur Vergütung Anwendung.

Die Vergütungspolitik der BayernInvest steht mit der Geschäftsstrategie, den Zielen und den Werten sowie den Interessen der Gesellschaft, der von ihr verwalteten Investmentvermögen und der Anleger solcher Investmentvermögen im Einklang und umfasst auch Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Sowohl die Organisation als auch das Dienstleistungsangebot der BayernInvest sind nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, Transparenz und Solidarität ausgerichtet und sollen langfristige Unternehmensstabilität sichern. Fehlanreize durch Eingehung übermäßiger Risiken (einschließlich von Nachhaltigkeitsrisiken) sollen hierbei verhindert werden.

Die Vergütung ist mit einem beständigen und wirksamen Risikomanagement vereinbar und diesem förderlich und ermutigt nicht zur Übernahme von Risiken, die unvereinbar sind mit den Risikoprofilen, Vertragsbedingungen und Satzungen der verwalteten AIF und OGAW. Hierbei werden auch die Nachhaltigkeitsaspekte Soziales, Umwelt und Governance (kurz ESG) berücksichtigt.

Die Gesamtvergütung umfasst fixe und variable Vergütungselemente sowie Nebenleistungen. Die BayernInvest ist nicht tarifgebunden. Die fixe und variable Vergütung steht in einem angemessenen Verhältnis, so dass keine signifikante Abhängigkeit von der variablen Vergütung besteht.

Das Vergütungssystem wird jährlich auf Wirksamkeit, Angemessenheit und Übereinstimmung mit den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben überprüft und bei Bedarf angepasst.

Weitere Einzelheiten zur aktuellen Vergütungspolitik der Gesellschaft sind im Internet unter <https://www.bayerninvest.de/die-bayerninvest/verantwortung/corporate-governance/index.html> veröffentlicht. Hierzu zählen eine Beschreibung der Berechnungsmethoden für Vergütungen und Zuwendungen an bestimmte Mitarbeitergruppen, sowie die Identität für Zuteilung von Vergütung und Zuwendungen zuständiger Personen, einschließlich der Zusammensetzung des Vergütungsausschusses. Auf Verlangen werden die Informationen von der Gesellschaft kostenlos in Papierform zur Verfügung gestellt.

#### **15. WERTENTWICKLUNG, ERMITTLUNG UND VERWENDEUNG DER ERTRÄGE, GESCHÄFTSJAHR**

##### **15.1. Wertentwicklung**

**Die Wertentwicklung der einzelnen Anteilklassen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

##### **15.2. Annualisierte Wertentwicklung über 3, 5 und 10 Jahre**

**Die annualisierte Wertentwicklung der einzelnen Anteilklassen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

Die Wertentwicklung des Fonds kann in den erscheinenden Halb-/ Jahresberichten entnommen werden, die auf der Website der Gesellschaft <https://www.bayerninvest.de/publikumsfonds/download-center/jahres-und-halbjahresberichte/index.html> veröffentlicht werden.

### 15.3. Ermittlung der Erträge, Ertragsausgleichsverfahren

Der Fonds erzielt Erträge in Form der während des Geschäftsjahres angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträgen aus Investmentanteilen. Hinzu kommen Entgelte aus Darlehens- und Pensionsgeschäften. Weitere Erträge können aus der Veräußerung von für Rechnung des Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen resultieren.

Die Gesellschaft wendet für den Fonds ein sog. Ertragsausgleichsverfahren an. Das verhindert, dass der Anteil der ausschüttungsfähigen Erträge am Anteilpreis infolge Mittelzu- und -abflüssen schwankt. Anderenfalls würde jeder Mittelzufluss in den Fonds während des Geschäftsjahres dazu führen, dass an den Ausschüttungsterminen pro Anteil weniger Erträge zur Ausschüttung zur Verfügung stehen, als dies bei einer konstanten Anzahl umlaufender Anteile der Fall wäre. Mittelabflüsse hingegen würden dazu führen, dass pro Anteil mehr Erträge zur Ausschüttung zur Verfügung stünden, als dies bei einer konstanten Anzahl umlaufender Anteile der Fall wäre.

Um das zu verhindern, werden während des Geschäftsjahres die ausschüttungsfähigen Erträge, die der Anteilnehmer als Teil des Ausgabepreises bezahlen muss und der Verkäufer von Anteilen als Teil des Rücknahmepreises vergütet erhält, fortlaufend und als ausschüttungsfähige Position in der Ertragsrechnung eingestellt. Dabei wird in Kauf genommen, dass Anleger, die beispielsweise kurz vor dem Ausschüttungstermin Anteile erwerben, den auf Erträge entfallenden Teil des Ausgabepreises in Form einer Ausschüttung zurückerhalten, obwohl ihr eingezahltes Kapital an dem Entstehen der Erträge nicht mitgewirkt hat.

### 15.4. Ertragsverwendung und Geschäftsjahr

Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Fonds angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträge aus Investmentanteilen sowie Entgelte aus Darlehens- und Pensionsgeschäften – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – jedes Jahr innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres an die Anleger aus. Veräußerungsgewinne und sonstige Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden. Soweit die Anteile in einem Depot bei der Verwahrstelle verwahrt werden, schreiben deren Geschäftsstellen die Ausschüttungen kostenfrei gut. Soweit das Depot bei anderen Banken oder Sparkassen geführt wird, können zusätzliche Kosten entstehen.

**Die Ausschüttungsmechanik der bestehenden Anteilklassen ist dem Abschnitt 26 „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

Das Geschäftsjahr des Fonds endet am 30. November eines jeden Jahres.

## 16. AUFLÖSUNG, ÜBERTRAGUNG UND VERSCHMELZUNG DES FONDS

### 16.1. Voraussetzungen für die Auflösung des Fonds

Die Anleger sind nicht berechtigt, die Auflösung des Fonds zu verlangen. Die Gesellschaft kann ihr Recht zur Verwaltung des Fonds kündigen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten durch Bekanntgabe im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht. Über die Kündigung werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen per dauerhaften Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form informiert. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, den Fonds zu verwalten.

Des Weiteren endet das Verwaltungsrecht der Gesellschaft, wenn das Insolvenzverfahren über ihr Vermögen eröffnet wird oder mit der Rechtskraft des Gerichtsbeschlusses, durch den der Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wird.

Mit Erlöschen des Verwaltungsrechts der Gesellschaft geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Verwahrstelle über, die den Fonds abwickelt und den Erlös an die Anleger verteilt, oder mit Genehmigung der BaFin einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft die Verwaltung überträgt.

### 16.2. Verfahren bei Auflösung des Fonds

Mit dem Übergang des Vergütungsrechts über den Fonds auf die Verwahrstelle wird die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen eingestellt und der Fonds abgewickelt.

Der Erlös aus der Veräußerung der Vermögenswerte des Fonds abzüglich der noch durch den Fonds zu tragenden Kosten und der durch die Auflösung verursachten Kosten wird an die Anleger verteilt,

wobei diese in Höhe ihrer jeweiligen Anteile am Fonds Ansprüche auf Auszahlung des Liquidationserlöses haben.

Die Gesellschaft erstellt auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht erlischt, einen Auflösungsbericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Spätestens drei Monate nach dem Stichtag der Auflösung des Fonds wird der Auflösungsbericht im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Während die Verwahrstelle den Fonds abwickelt, erstellt sie jährlich sowie auf den Tag, an dem die Abwicklung beendet ist, einen Bericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Diese Berichte sind ebenfalls spätestens drei Monate nach dem Stichtag im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

### **16.3. Übertragung des Fonds**

Die Gesellschaft kann das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Sondervermögen auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Die Übertragung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die BaFin. Die genehmigte Übertragung wird im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht des Fonds sowie den in diesem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. Der Zeitpunkt, zu dem die Übertragung wirksam wird, bestimmt sich nach den vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und der aufnehmenden Kapitalverwaltungsgesellschaft. Die Übertragung darf jedoch frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger wirksam werden. Sämtliche Rechte und Pflichten der Gesellschaft in Bezug auf den Fonds gehen dann auf die aufnehmende Kapitalverwaltungsgesellschaft über.

### **16.4. Voraussetzungen für die Verschmelzung des Fonds**

Alle Vermögensgegenstände dieses Fonds dürfen mit Genehmigung der BaFin auf ein anderes bestehendes oder ein durch die Verschmelzung neu gegründetes Investmentvermögen übertragen werden, welches die Anforderungen an einen OGAW erfüllen muss, der in Deutschland oder in einem anderen EU- oder EWR-Staat aufgelegt wurde. Die Übertragung wird zum Geschäftsjahresende des übertragenden Investmentvermögens (Übertragungstichtag) wirksam, soweit kein anderer Übertragungstichtag bestimmt wird.

### **16.5. Rechte der Anleger bei der Verschmelzung des Fonds**

Die Anleger haben bis fünf Arbeitstage vor dem geplanten Übertragungstichtag entweder die Möglichkeit, ihre Anteile ohne Rücknahmeabschlag und ohne weitere Kosten zurückzugeben, mit Ausnahme der Kosten zur Deckung der Auflösung des Fonds oder ihre Anteile gegen Anteile eines anderen offenen Publikums-Investmentvermögens umzutauschen, das ebenfalls von der Gesellschaft oder einem Unternehmen desselben Konzerns verwaltet wird dessen Anlagegrundsätze mit denen des Fonds vergleichbar sind.

Die Gesellschaft hat die Anleger des Fonds vor dem geplanten Übertragungstichtag per dauerhaftem Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form über die Gründe für die Verschmelzung, die potentiellen Auswirkungen für die Anleger, deren Rechte in Zusammenhang mit der Verschmelzung sowie über maßgebliche Verfahrensaspekte zu informieren. Den Anlegern ist zudem das Basisinformationsblatt für das Investmentvermögen zu übermitteln, auf das die Vermögensgegenstände des Fonds übertragen werden. Der Anleger muss die vorgenannten Informationen mindestens 30 Tage vor Ablauf der Frist zur Rückgabe oder Umtausch seiner Anteile erhalten.

Am Übertragungstichtag werden die Nettoinventarwerte des Fonds und des übernehmenden Investmentvermögens berechnet, das Umtauschverhältnis wird festgelegt und der gesamte Umtauschvorgang wird vom Abschlussprüfer geprüft. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte je Anteil des übertragenden Fonds und des übernehmenden Investmentvermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Anleger erhält die Anzahl von Anteilen an dem übernehmenden Investmentvermögen, die dem Wert seiner Anteile an dem Fonds entspricht. Sofern die Anleger von ihrem Rückgabe- oder Umtauschrecht keinen Gebrauch machen, werden sie am Übertragungstichtag Anleger des übernehmenden Investmentvermögens. Die Gesellschaft kann gegebenenfalls auch mit der Kapitalverwaltungsgesellschaft des übernehmenden Investmentvermögens festlegen, dass den Anlegern des Fonds bis zu 10 Prozent des Wertes ihrer Anteile in bar ausgezahlt werden. Mit der Übertragung aller Vermögenswerte erlischt der Fonds. Findet die Übertragung während des laufenden Geschäftsjahres des Fonds statt, muss die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Bericht erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht.

Die Gesellschaft macht im Bundesanzeiger und darüber hinaus in den in diesem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien ([www.bayerninvest.de](http://www.bayerninvest.de)) bekannt, wenn der Fonds auf einen anderen von der Gesellschaft verwaltete Investmentvermögen verschmolzen wurde und die Verschmelzung wirksam geworden ist. Sollte der Fonds auf ein anderes Investmentvermögen verschmolzen werden, das nicht von der Gesellschaft verwaltet wird, so übernimmt die Gesellschaft die Bekanntmachung des Wirksamwerdens, die das übernehmende oder neu gegründete Investmentvermögen verwaltet.

## 17. AUSLAGERUNG

Die Gesellschaft hat die folgenden Tätigkeiten ausgelagert:

- Die Innenrevision der Gesellschaft an Deloitte GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München
- Das Portfoliomanagement für den Fonds an Arena Capital Advisors, LLC.
- DATAGROUP Financial IT Services GmbH, Düsseldorf, im Rahmen des Betriebs und der Pflege der IT-Infrastruktur sowie für Rechenzentrumsdienstleistungen.

Interessenkonflikte sind der BayernInvest nicht bekannt.

## 18. INTERESSENSKONFLIKTE

Bei der Gesellschaft können folgende Interessenskonflikte entstehen:

Die Interessen des Anlegers können mit folgenden Interessen kollidieren:

- Interessen der Gesellschaft und der mit dieser verbundenen Unternehmen,
- Interessen der Mitarbeiter der Gesellschaft oder
- Interessen anderer Anleger in diesem oder anderen Fonds.

Umstände oder Beziehungen, die Interessenskonflikte begründen können, umfassen insbesondere:

- Anreizsysteme für Mitarbeiter der Gesellschaft,
- Mitarbeitergeschäfte,
- Zuwendungen an Mitarbeiter der Gesellschaft,
- Umschichtungen im Fonds,
- Stichtagsbezogene Aufbesserung der Fondsperformance („window dressing“),
- Geschäfte zwischen der Gesellschaft und den von ihr verwalteten Investmentvermögen oder Individualportfolios bzw.
- Geschäfte zwischen von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen und/oder Individualportfolios,
- Zusammenfassung mehrerer Orders („block trades“),
- Beauftragung von verbundenen Unternehmen und Personen,
- Einzelanlagen von erheblichem Umfang,
- Wenn nach einer Überzeichnung im Rahmen einer Aktienemission die Gesellschaft die Papiere für mehrere Investmentvermögen oder Individualportfolios gezeichnet hat („IPO-Zuteilungen“),
- Transaktionen nach Handelsschluss zum bereits bekannten Schlusskurs des laufenden Tages, sogenanntes Late Trading.

Der Gesellschaft können im Zusammenhang mit Geschäften für Rechnung des Fonds geldwerte Vorteile (Broker Research, Finanzanalysen, Markt- und Kursinformationssysteme) entstehen, die im Interesse der Anleger bei den Anlageentscheidungen verwendet werden.

Der Gesellschaft fließen keine Rückvergütungen der aus dem Fonds an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwandserstattungen zu.

Die Gesellschaft gewährt an Vermittler, z. B. Kreditinstitute, wiederkehrend - meist jährlich - Vermittlungsentgelte als so genannte „Vermittlungsfolgeprovisionen“.

Zum Umgang mit Interessenskonflikten setzt die Gesellschaft folgende organisatorische Maßnahmen ein, um Interessenskonflikte zu ermitteln, ihnen vorzubeugen, sie zu steuern, zu beobachten und sie offenzulegen:

- Bestehen einer Compliance-Abteilung, die die Einhaltung von Gesetzen und Regeln überwacht und an die Interessenskonflikte gemeldet werden müssen.
- Pflichten zur Offenlegung
- Organisatorische Maßnahmen wie
  - die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen für einzelne Abteilungen, um dem Missbrauch von vertraulichen Informationen vorzubeugen
  - Zuordnung von Zuständigkeiten, um unsachgemäße Einflussnahme zu verhindern
  - die Trennung von Eigenhandel und Kundenhandel
- Verhaltensregeln für Mitarbeiter in Bezug auf Mitarbeitergeschäfte, Verpflichtungen zur Einhaltung des Insiderrechts
- Einrichtung von geeigneten Vergütungssystemen
- Grundsätze zur Berücksichtigung von Kundeninteressen und zur anleger- und anlagegerechten Beratung bzw. Beachtung der vereinbarten Anlagerichtlinien
- Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung beim Erwerb bzw. Veräußerung von Finanzinstrumenten
- Bestehen einer Conflict of Interest-Policy
- Grundsätze zur Aufteilung von Teilausführungen
- Einrichten von Orderannahmezeiten (Cut-off Zeiten)

## 19. KURZANGABEN ÜBER STEUERRECHTLICHE VORSCHRIFTEN

Die Aussagen zu den steuerlichen Vorschriften gelten nur für Anleger, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind. Dem ausländischen Anleger empfehlen wir, sich vor Erwerb von Anteilen an dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Fonds mit seinem Steuerberater in Verbindung zu setzen und mögliche steuerliche Konsequenzen aus dem Anteilserwerb in seinem Heimatland individuell zu klären. Ausländische Anleger sind Anleger, die nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind. Diese werden nachfolgend auch als Steuerausländer bezeichnet.

Der Fonds ist als Zweckvermögen grundsätzlich von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Er ist jedoch partiell körperschaftsteuerpflichtig mit seinen (aus deutscher steuerrechtlicher Sicht) inländischen Beteiligungseinnahmen und sonstigen inländischen Einkünften im Sinne der beschränkten Einkommensteuerpflicht, wobei Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften grundsätzlich ausgenommen sind; Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an in- oder ausländischen Kapitalgesellschaften, deren Anteilswert unmittelbar oder mittelbar zu mehr als 50 Prozent auf inländischem unbeweglichen Vermögen beruht, können unter gewissen Voraussetzungen auf Ebene des Fonds körperschaftsteuerpflichtig sein. Der Steuersatz beträgt 15%. Soweit die steuerpflichtigen Einkünfte im Wege des Kapitalertragssteuerabzugs erhoben werden, umfasst der Steuersatz von 15% bereits den Solidaritätszuschlag.

Die Investmenterträge werden jedoch beim Privatanleger als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterworfen, soweit diese zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag<sup>1</sup> übersteigen.

Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen grundsätzlich einem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer). Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören auch die Erträge aus Investmentfonds (Investmenterträge), d.h. die Ausschüttungen des Fonds, die Vorabpauschalen und die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile. Unter bestimmten Voraussetzungen können die Anleger einen pauschalen Teil dieser Investmenterträge steuerfrei erhalten (sog. Teilfreistellung).

Der Steuerabzug hat für den Privatanleger grundsätzlich Abgeltungswirkung (sog. Abgeltungssteuer), so dass die Einkünfte aus Kapitalvermögen regelmäßig nicht in der Einkommensteuererklärung anzugeben sind. Bei der Vornahme des Steuerabzugs werden durch die depotführende Stelle

---

<sup>1</sup> Der Sparer-Pauschbetrag beträgt seit dem Jahr 2009 bei Einzelveranlagung 801,- Euro und bei Zusammenveranlagung 1.602,- Euro.

grundsätzlich bereits Verlustverrechnungen vorgenommen und aus der Direktanlage stammende ausländische Quellensteuern angerechnet.

Der Steuerabzug hat u.a. aber dann keine Abgeltungswirkung, wenn der persönliche Steuersatz geringer ist als der Abgeltungssatz von 25 Prozent. In diesem Fall können die Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Das Finanzamt setzt dann den niedrigeren persönlichen Steuersatz an und rechnet auf die persönliche Steuerschuld den vorgenommenen Steuerabzug an (sog. Günstigerprüfung).

Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen keinem Steuerabzug unterlegen haben (weil z.B. ein Gewinn aus der Veräußerung von Fondsanteilen in einem ausländischen Depot erzielt wird), sind diese in der Steuererklärung anzugeben. Im Rahmen der Veranlagung unterliegen die Einkünfte aus Kapitalvermögen dann ebenfalls dem Abgeltungssatz von 25 Prozent oder dem niedrigeren persönlichen Steuersatz.

Sofern sich die Anteile im Betriebsvermögen befinden, werden die Erträge als Betriebseinnahmen steuerlich erfasst.

### **19.1.1. Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)**

#### **19.1.1.1. Ausschüttungen**

Ausschüttungen des Fonds sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Die steuerpflichtigen Ausschüttungen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag<sup>2</sup> nicht überschreiten.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem festgelegten Ausschüttungstermin ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall erhält der Anleger die gesamte Ausschüttung ungekürzt gutgeschrieben.

#### **19.1.1.2. Vorabpauschalen**

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 Prozent des Basiszinses, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Die steuerpflichtigen Vorabpauschalen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

---

<sup>2</sup> Der Sparer-Pauschbetrag beträgt ab dem Jahr 2023 bei Einzelveranlagung 1000,- Euro und bei Zusammenveranlagung 2000,- Euro.

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag<sup>3</sup> nicht überschreiten.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem Zuflusszeitpunkt ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall wird keine Steuer abgeführt. Andernfalls hat der Anleger der inländischen depotführenden Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck darf die depotführende Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer von einem bei ihr unterhaltenen und auf den Namen des Anlegers lautenden Kontos ohne Einwilligung des Anlegers einziehen. Soweit der Anleger nicht vor Zufluss der Vorabpauschale widerspricht, darf die depotführende Stelle auch insoweit den Betrag der abzuführenden Steuer von einem auf den Namen des Anlegers lautenden Konto einziehen, wie ein mit dem Anleger vereinbarter Kontokorrentkredit für dieses Konto nicht in Anspruch genommen wurde. Soweit der Anleger seiner Verpflichtung, den Betrag der abzuführenden Steuer der inländischen depotführenden Stelle zur Verfügung zu stellen, nicht nachkommt, hat die depotführende Stelle dies dem für sie zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Der Anleger muss in diesem Fall die Vorabpauschale insoweit in seiner Einkommensteuererklärung angeben.

#### **19.1.1.3. Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene**

Werden Anteile an dem Fonds veräußert, ist ein Veräußerungsgewinn grundsätzlich steuerpflichtig. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden, nimmt die depotführende Stelle den Steuerabzug unter Berücksichtigung etwaiger Teilfreistellungen vor. Der Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer) kann durch die Vorlage eines ausreichenden Freistellungsauftrags bzw. einer NV-Bescheinigung vermieden werden. Werden solche Anteile von einem Privatanleger mit Verlust veräußert, dann ist der Verlust ggf. reduziert aufgrund einer Teilfreistellung - mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden und bei derselben depotführenden Stelle im selben Kalenderjahr positive Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt wurden, nimmt die depotführende Stelle die Verlustverrechnung vor.

Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn, um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen, zu mindern.

#### **19.1.2. Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer)**

##### **19.1.2.1. Erstattung der Körperschaftsteuer des Fonds**

Die auf Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer kann dem Fonds zur Weiterleitung an einen Anleger erstattet werden, soweit dieser Anleger eine inländische Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse ist, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dient oder eine Stiftung des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dient, oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist, die ausschließlich und unmittelbar kirchlichen Zwecken dient; dies gilt nicht, wenn die Anteile in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehalten werden. Dasselbe gilt für vergleichbare ausländische Anleger mit Sitz und Geschäftsleitung in einem Amts- und Beitreibungshilfe leistenden ausländischen Staat.

---

<sup>3</sup> Der Sparer-Pauschbetrag beträgt ab dem 2023 bei Einzelveranlagung 1000,- Euro und bei Zusammenveranlagung 2000,- Euro.

Voraussetzung hierfür ist, dass ein solcher Anleger einen entsprechenden Antrag stellt und die angefallene Körperschaftsteuer anteilig auf seine Besitzzeit entfällt. Zudem muss der Anleger seit mindestens drei Monaten vor dem Zufluss der körperschaftsteuerpflichtigen Erträge des Fonds zivilrechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der Anteile sein, ohne dass eine Verpflichtung zur Übertragung der Anteile auf eine andere Person besteht. Des Weiteren darf kein Nießbrauch an den Investmenterträgen eingeräumt worden sein und keine sonstige Verpflichtung bestanden haben, die Investmenterträge ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar anderen Personen zu vergüten. Ferner setzt die Erstattung im Hinblick auf die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer auf deutsche Dividenden und Erträge aus deutschen eigenkapitalähnlichen Genussrechten im Wesentlichen voraus, dass deutsche Aktien und deutsche eigenkapitalähnliche Genussrechte vom Fonds als wirtschaftlichem Eigentümer ununterbrochen 45 Tage innerhalb von 45 Tagen vor und nach dem Fälligkeitszeitpunkt der Kapitalerträge gehalten wurden und in diesen 45 Tagen ununterbrochen Mindestwertänderungsrisiken i.H.v. 70 Prozent bestanden (sog. 45-Tage-Regelung).

Dem Antrag sind Nachweise über die Steuerbefreiung und ein von der depotführenden Stelle ausgestellter Investmentanteil-Bestandsnachweis beizufügen. Der Investmentanteil-Bestandsnachweis ist eine nach amtlichen Muster erstellte Bescheinigung über den Umfang der durchgehend während des Kalenderjahres vom Anleger gehaltenen Anteile sowie den Zeitpunkt und Umfang des Erwerbs und der Veräußerung von Anteilen während des Kalenderjahres.

Die auf Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer kann dem Fonds ebenfalls zur Weiterleitung an einen Anleger erstattet werden, soweit die Anteile an dem Fonds im Rahmen von Altersvorsorge- oder Basisrentenverträgen gehalten werden, die nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz zertifiziert wurden. Dies setzt voraus, dass der Anbieter eines Altersvorsorge- oder Basisrentenvertrags dem Fonds innerhalb eines Monats nach dessen Geschäftsjahresende mitteilt, zu welchen Zeitpunkten und in welchem Umfang Anteile erworben oder veräußert wurden. Zudem ist die o.g. 45-Tage-Regelung zu berücksichtigen.

Eine Verpflichtung des Fonds bzw. der Gesellschaft, sich die entsprechende Körperschaftsteuer zur Weiterleitung an den Anleger erstatten zu lassen, besteht nicht.

Aufgrund der hohen Komplexität der Regelung erscheint die Hinzuziehung eines steuerlichen Beraters sinnvoll.

#### **19.1.2.2. Ausschüttungen**

Ausschüttungen des Fonds sind grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbesteuerpflichtig.

Die Ausschüttungen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

#### **19.1.2.3. Vorabpauschalen**

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 Prozent des Basiszinses, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbesteuerpflichtig.

Die Vorabpauschalen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

#### **19.1.2.4. Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene**

Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen grundsätzlich der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern.

Die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen i.d.R. keinem Kapitalertragssteuerabzug.

#### **19.1.2.5. Negative steuerliche Erträge**

Eine Zurechnung negativer steuerlicher Erträge auf den Anleger ist nicht möglich.

#### **19.1.2.6. Abwicklungsbesteuerung**

Während der Abwicklung des Fonds gelten Ausschüttungen eines Kalenderjahres insoweit als steuerfreie Kapitalrückzahlung, wie der letzte in diesem Kalenderjahr festgesetzte Rücknahmepreis die fortgeführten Anschaffungskosten unterschreitet. Dies gilt höchstens für einen Zeitraum von zehn Kalenderjahren nach dem Kalenderjahr, in dem die Abwicklung beginnt.

In **Anlage 2** dieses Verkaufsprospekts ist eine Zusammenfassende Übersicht für übliche betriebliche Anlegergruppen abgebildet.

#### **Wegzugsbesteuerung**

Die Fondsanteile gelten steuerlich als veräußert, sofern die unbeschränkte Steuerpflicht eines Anlegers durch Aufgabe des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts endet oder die Anteile unentgeltlich auf eine nicht unbeschränkt steuerpflichtige Person übertragen werden oder es aus anderen Gründen zum Ausschluss oder zur Beschränkung des Besteuerungsrechts der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Gewinns aus der Veräußerung der Fondsanteile kommt. In diesen Fällen kommt es zu einer Besteuerung des bis dahin angefallenen Wertzuwachses. Die sogenannte Wegzugsbesteuerung ist nur dann anzuwenden, wenn der Anleger in den letzten fünf Jahren vor der fiktiven Veräußerung unmittelbar oder mittelbar mindestens 1 Prozent der ausgegebenen Anteile des jeweiligen Fonds gehalten hat oder wenn der Anleger im Zeitpunkt der fiktiven Veräußerung unmittelbar oder mittelbar Fondsanteile hält, deren Anschaffungskosten mindestens 500.000 EUR betragen haben, wobei die Beteiligungen an verschiedenen Investmentfonds jeweils getrennt zu betrachten und hinsichtlich der Anschaffungskosten nicht zusammenzurechnen sind, und die Summe der steuerpflichtigen Gewinne aus allen Fondsanteilen insgesamt positiv ist. Die Besteuerung hat in der Veranlagung zu erfolgen.

#### **19.1.3. Steuerausländer**

Verwahrt ein Steuerausländer die Fondsanteile im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle, wird vom Steuerabzug auf Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Gewinne aus der Veräußerung der Anteile Abstand genommen, sofern er seine steuerliche Ausländereigenschaft nachweist. Sofern die Ausländereigenschaft der depotführenden Stelle nicht bekannt bzw. nicht rechtzeitig nachgewiesen wird, ist der ausländische Anleger gezwungen, die Erstattung des Steuerabzugs entsprechend der Abgabenordnung zu beantragen. Zuständig ist das für die depotführende Stelle zuständige Finanzamt.

#### **19.1.4. Solidaritätszuschlag**

Auf den auf Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen abzuführenden Steuerabzug ist ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent zu erheben.

#### **19.1.5. Kirchensteuer**

Soweit die Einkommensteuer bereits von einer inländischen depotführenden Stelle (Abzugsverpflichteter) durch den Steuerabzug erhoben wird, wird die darauf entfallende Kirchensteuer nach dem Kirchensteuersatz der Religionsgemeinschaft, der der Kirchensteuerpflichtige angehört, regelmäßig als Zuschlag zum Steuerabzug erhoben. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe wird bereits beim Steuerabzug mindernd berücksichtigt.

#### **19.1.6. Ausländische Quellensteuer**

Auf die ausländischen Erträge des Fonds wird teilweise in den Herkunftsländern Quellensteuer einbehalten. Diese Quellensteuer kann bei den Anlegern nicht steuermindernd berücksichtigt werden.

#### **19.1.7. Folgen der Verschmelzung von Sondervermögen**

In den Fällen der Verschmelzung eines inländischen Investmentfonds auf einen anderen inländischen Investmentfonds, bei denen derselbe Teilfreistellungssatz zur Anwendung kommt, kommt es weder auf der Ebene der Anleger noch auf der Ebene der beteiligten Investmentfonds zu einer Aufdeckung von stillen Reserven, d.h. dieser Vorgang ist steuerneutral. Erhalten die Anleger des übertragenden Investmentfonds eine im Verschmelzungsplan vorgesehene Barzahlung, ist diese wie eine Ausschüttung zu behandeln.

Weicht der anzuwendende Teilfreistellungssatz des übertragenden von demjenigen des übernehmenden Investmentfonds ab, dann gilt der Investmentanteil des übertragenden Investmentfonds als veräußert und der Investmentanteil des übernehmenden Investmentfonds als angeschafft. Der Gewinn aus der fiktiven Veräußerung gilt erst als zugeflossen, sobald der Investmentanteil des übernehmenden Investmentfonds tatsächlich veräußert wird.

#### **19.1.8. Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen**

Die Bedeutung des automatischen Austauschs von Informationen zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Steuerbetrug und grenzüberschreitender Steuerhinterziehung hat auf internationaler Ebene in den letzten Jahren stark zugenommen. Die OECD hat hierfür unter anderem einen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen veröffentlicht (Common Reporting Standard, im Folgenden "CRS"). Der CRS wurde Ende 2014 mit der Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 in die Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung integriert. Die teilnehmenden Staaten (alle Mitgliedstaaten der EU sowie etliche Drittstaaten) wenden den CRS mittlerweile an. Deutschland hat den CRS mit dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz vom 21. Dezember 2015 in deutsches Recht.

Mit dem CRS werden meldende Finanzinstitute (im Wesentlichen Kreditinstitute) dazu verpflichtet, bestimmte Informationen über ihre Kunden einzuholen. Handelt es sich bei den Kunden (natürliche Personen oder Rechtsträger) um in anderen teilnehmenden Staaten ansässige meldepflichtige Personen (dazu zählen nicht z.B. börsennotierte Kapitalgesellschaften oder Finanzinstitute), werden deren Konten und Depots als meldepflichtige Konten eingestuft. Die meldenden Finanzinstitute werden dann für jedes meldepflichtige Konto bestimmte Informationen an ihre Heimatsteuerbehörde übermitteln. Diese übermitteln die Informationen dann an die Heimatsteuerbehörde des Kunden.

Bei den zu übermittelnden Informationen handelt es sich im Wesentlichen um die persönlichen Daten des meldepflichtigen Kunden (Name; Anschrift; Steueridentifikationsnummer; Geburtsdatum und Geburtsort (bei natürlichen Personen); Ansässigkeitsstaat) sowie um Informationen zu den Konten und Depots (z.B. Kontonummer; Kontosaldo oder Kontowert; Gesamtbruttobetrag der Erträge wie Zinsen, Dividenden oder Ausschüttungen von Investmentfonds); Gesamtbruttoerlöse aus der Veräußerung oder Rückgabe von Finanzvermögen (einschließlich Fondsanteilen)).

Konkret betroffen sind folglich meldepflichtige Anleger, die ein Konto und/oder Depot bei einem Kreditinstitut unterhalten, das in einem teilnehmenden Staat ansässig ist. Daher werden deutsche Kreditinstitute Informationen über Anleger, die in anderen teilnehmenden Staaten ansässig sind, an das Bundeszentralamt für Steuern melden, das die Informationen an die jeweiligen Steuerbehörden der Ansässigkeitsstaaten der Anleger weiterleitet. Entsprechend werden Kreditinstitute in anderen teilnehmenden Staaten Informationen über Anleger, die in Deutschland ansässig sind, an ihre jeweilige Heimatsteuerbehörde melden, die die Informationen an das Bundeszentralamt für Steuern weiterleitet. Zuletzt ist es denkbar, dass in anderen teilnehmenden Staaten ansässige Kreditinstitute Informationen über Anleger, die wiederum in anderen teilnehmenden Staaten ansässig sind, an ihre jeweilige Heimatsteuerbehörde melden, die die Informationen an die jeweiligen Steuerbehörden der Ansässigkeitsstaaten der Anleger weiterleitet.

#### **Allgemeiner Hinweis:**

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Sie richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen. Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.

## 20. WIRTSCHAFTSPRÜFER

Mit der Prüfung des Fonds und des Jahresberichts ist die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Ganghoferstraße 29  
80339

München beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer prüft den Jahresbericht des Fonds. Das Ergebnis der Prüfung hat der Wirtschaftsprüfer in einem besonderen Vermerk zusammenzufassen; der Vermerk ist in vollem Wortlaut im Jahresbericht wiederzugeben. Bei der Prüfung hat der Wirtschaftsprüfer auch festzustellen, ob bei der Verwaltung des Fonds die Vorschriften des KAGB sowie die Bestimmungen der Anlagebedingungen beachtet worden sind. Der Wirtschaftsprüfer hat den Bericht über die Prüfung des Fonds bei der BaFin einzureichen.

## 21. DIENSTLEISTER

Unternehmen, die von der Gesellschaft ausgelagerte Funktionen übernehmen, sind unter Gliederungspunkt „Auslagerung“ dargestellt.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft folgende Dienstleister beauftragt:

- Value & Risk AG, Frankfurt am Main für die Bewertung einzelner Finanzinstrumente
- alpha portfolio advisors GmbH, Kronberg für die Analyse des Anlageerfolgs des Fonds

## 22. ZAHLUNGEN AN DIE ANLEGER/ VERBREITUNG DER BERICHTE UND SONSTIGEN INFORMATIONEN

Durch die Beauftragung der Verwahrstelle ist sichergestellt, dass die Anleger die Ausschüttungen erhalten und dass Anteile zurückgenommen werden. Die in diesem Verkaufsprospekt erwähnten Anlegerinformationen können auf dem im Abschnitt „Grundlagen - Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen“ angegebenen Wege bezogen werden. Darüber hinaus sind diese Unterlagen auch bei der Verwahrstelle zu erhalten:

## 23. WEITERE VON DER GESELLSCHAFT VERWALTETE INVESTMENTVERMÖGEN

Von der Gesellschaft werden neben dem BayernInvest Alpha Select Bond-Fonds noch folgende Publikums-Investmentvermögen verwaltet, die nicht Inhalt dieses Verkaufsprospekts sind:

Investmentvermögen gemäß der OGAW-Richtlinie:

- BayernInvest ESG Subordinated Bond-Fonds
- BayernInvest Renten Europa-Fonds
- BayernInvest Emerging Markets Select Bond-Fonds
- BayernInvest Emerging Markets Select Corporate Bond IG-Fonds
- BayernInvest ESG Corporate Bond Klimaschutz
- BayernInvest ESG Global Bond Opportunities

Hinzu kommen per 01.01.2023 144 Spezial-Investmentvermögen (Spezial-AIF).

## 24. RECHT DES KÄUFERS ZUM WIEDERUF

### Widerrufsbelehrung

#### Widerrufsrecht

Sofern es sich bei dem Anleger um einen Verbraucher im Sinne des § 13 BGB handelt, gilt für ihn das folgende Widerrufsrecht:

- (1) Ist der Anleger als Käufer oder Verkäufer von Anteilen oder Aktien eines offenen Investmentvermögens durch mündliche Verhandlungen außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen, der die Anteile oder Aktien verkauft bzw. kauft oder den Verkauf bzw. Kauf vermittelt hat, dazu bestimmt worden, eine auf den Kauf bzw. Verkauf gerichtete Willenserklärung abzugeben, so ist der Anleger an diese Erklärung nur gebunden, wenn er sie nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen bei der Verwaltungsgesellschaft (Gesellschaft) in Textform widerruft; dies gilt auch dann, wenn derjenige, der die Anteile oder Aktien gegenüber dem Anleger verkauft bzw. kauft oder den Verkauf bzw. Kauf vermittelt, keine ständigen Geschäftsräume hat.
- (2) Gemäß § 305 Absatz 1 Satz 2 KAGB gilt bei Fernabsatzgeschäften § 312g Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend.
- (3) Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung.

Der Widerruf ist zu richten an

BayernInvest  
Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH  
Karlstrasse 35  
80333 München  
Telefax +49 89 54 850-444  
Mail: [kundenbetreuung@bayerninvest.de](mailto:kundenbetreuung@bayerninvest.de)

- (4) Die Widerrufsfrist beginnt erst zu laufen, wenn dem Anleger als Käufer bzw. Verkäufer die Durchschrift des Antrags auf Vertragsabschluss ausgehändigt oder eine Kaufabrechnung übersandt worden ist und in der Durchschrift oder der Kaufabrechnung eine Belehrung über das Widerrufsrecht enthalten ist, die den Anforderungen des Artikels 246 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) genügt. Ist der Fristbeginn nach Satz 2 streitig, trifft die Beweislast die Gesellschaft
- (5) Das Recht zum Widerruf besteht nicht, wenn die Gesellschaft nachweist, dass
  1. der Anleger kein Verbraucher im Sinne des § 13 des Bürgerlichen Gesetzbuch ist oder
  2. der den Anleger zu den Verhandlungen, die zum Verkauf bzw. Kauf der Anteile oder Aktien geführt haben, auf Grund vorhergehender Bestellung gemäß § 55 Absatz 1 der Gewerbeordnung aufgesucht hat.
- (6) Auf das Recht zum Widerruf kann nicht verzichtet werden.

#### Widerrufsfolgen:

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurück zu gewähren.

Ist der Widerruf erfolgt und hat der Anleger bereits Zahlungen geleistet, so ist die Gesellschaft verpflichtet, dem Anleger, gegebenenfalls Zug um Zug gegen Rückübertragung der erworbenen Anteile oder Aktien, die bezahlten Kosten und einen Betrag auszuführen, der dem Wert der bezahlten Anteile oder Aktien am Tag nach dem Eingang der Widerrufserklärung entspricht.

Die oben genannten Widerrufsfolgen sind auf den Verkauf von Anteilen oder Aktien durch den Anleger entsprechend anwendbar, gemäß § 305 Absatz 6 KAGB.

Ende der Widerrufsbelehrung

Handelt es sich bei dem Anleger um keinen Verbraucher **gilt für ihn kein Widerrufsrecht.**

## 25. ANLAGE ÜBERBLICK ÜBER DIE BERÜCKSICHTIGUNG VON NACH-HALTIGKEITSRISIKEN IM INVEST-MENTPROZESSUND DIE WICHTIGSTEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN AUF NACHHALTIGKEITSAKTOREN

Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Verordnung (EU) 2019 / 2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (auch als Environment, Social, Governance bzw. ESG bezeichnet), deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert der Investition des Fonds oder auf die Nachhaltigkeitsziele des Anlegers haben können. Diese Effekte können sich auf die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage des Fonds sowie auf die Reputation der Gesellschaft auswirken. Nachhaltigkeitsrisiken können auf alle bekannten Risikoarten einwirken und als Faktor zur Wesentlichkeit dieser Risikoarten beitragen. Beispielhaft sind die Risikoarten Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Kontrahentenrisiko und operationelles Risiko zu nennen. Konkrete Ereignisse, die zum Eintreten eines Nachhaltigkeitsrisikos führen können sind beispielsweise

- eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Unternehmen, die vom Fonds gehalten werden
- fehlende oder mangelhafte Maßnahmen zum Klimaschutz sowie potenzielle Gefährdungen durch die Folgen des Klimawandels
- Bußgeldzahlungen für Unternehmen in Folge hinterzogener Steuern oder zu Unrecht erhaltener Erstattung
- Schadensersatzklagen gegen Hersteller gesundheitsschädlicher Produkte wie Zigaretten.

Nachhaltigkeitsrisiken werden bei den Investitionsentscheidungen einbezogen. Die Gesellschaft betrachtet Nachhaltigkeitsrisiken als Faktoren anderer Risikoarten, insbesondere des Marktpreisrisikos, des Adressenausfallrisikos, des Liquiditätsrisikos sowie des operationellen Risikos. Für alle genannten Risikoarten sind mehrstufige interne Kontrollprozesse im Sinne des „Three Lines of Defense Modells“ integriert. Diese sehen vor, dass der zuständige Portfoliomanager bei der Anlageentscheidung alle relevanten Risiken, inkl. Nachhaltigkeitsrisiken berücksichtigt. Die Überwachung dieser

Entscheidungen ist mittels Durchführung von Kontrollprozessen in unabhängigen Einheiten innerhalb der Gesellschaft sichergestellt. Die Gestaltung der Prozesse sowie deren Funktionalität werden regelmäßig durch Auditoren geprüft.

Anlageziel ist es unter Geringhaltung der wirtschaftlichen Risiken eine nachhaltige Rendite aus Ertrag und Wachstum der Anlagen in Wertpapieren zu erzielen. Nachhaltigkeitsrisiken können dieses Anlageziel beeinflussen und sich damit auch nachteilig auf die Rendite auswirken.

In diesem Fonds werden die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren im Sinne der Verordnung EU 2019 / 2088 sowie den zugehörigen delegierten Verordnungen nicht berücksichtigt.

Die BayernInvest berücksichtigt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren (kurz: PAI) als Gesellschaft sowohl für Staaten als auch für Unternehmen. In ihren Engagement- und Votingsaktivitäten berücksichtigt und adressiert die BayernInvest die PAIs für Investitionen in Unternehmen. Das betrifft auch die Investitionen in Unternehmen, die dieser Fonds tätigt.

Die durch diesen Fonds beworbenen ökonomischen und sozialen Merkmale werden anhand individuell vorgegebener Indikatoren erhoben und eruiert.

Die Anlagestrategie des Fonds sieht dabei keine verbindliche Berücksichtigung der in der Verordnung EU 2019/2088 und ergänzenden Rechtsakten definierten PAIs vor, da der Fonds

keine nachhaltige Anlagestrategie bzw. Anlagestrategie mit Nachhaltigkeitsmerkmalen verfolgt. Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Weitere Informationen über die ökologischen und/oder sozialen Merkmale des Fonds können dem Anhang des vorliegenden Dokuments entnommen werden.

## 26. ANTEILKLASSEN IM ÜBERBLICK

### Wertpapier-Kennnummer / ISIN:

Anteilklasse A EUR-Hedged	A2H9AR / DE000A2H9AR0
Anteilklasse B EUR-Hedged	A2QMKK / DE000A2QMKK3
Anteilklasse C EUR-Hedged	A3C71X / DE000A3C71X3
Anteilklasse D USD	A3C71Y / DE000A3C71Y1

Die Ausgabe der Anteilscheine der Anteilklasse EUR-Hedged wurde am 21.06.2019 eingestellt. Die Anteilsklasse EUR-Hedged wurde auf Grund der Einstellung der Anteilscheinausgabe zum 30.11.2021 auf die Anteilklasse A EUR-Hedged verschmolzen.

### Erstausgabedatum:

Anteilklasse EUR-Hedged	16.12.2014 (zum 30.11.2021 auf Anteilklasse A EUR-Hedged verschmolzen)
Anteilklasse A EUR-Hedged	21.06.2019
Anteilklasse B EUR-Hedged	15.12.2021
Anteilklasse C EUR-Hedged	22.08.2022
Anteilklasse D USD	22.08.2022

### Währung:

Anteilklasse A EUR-Hedged	EUR
Anteilklasse B EUR-Hedged	EUR
Anteilklasse C EUR-Hedged	EUR
Anteilklasse D USD	USD

Bei der Anteilklasse A EUR-Hedged, Anteilklasse B EUR-Hedged, Anteilklasse C EUR-Hedged und Anteilklasse D USD werden durch die Gesellschaft Währungssicherungsgeschäfte eingesetzt. Für diese Währungsanteilklassen werden Derivate mit dem Ziel eingesetzt, Anteilwertverluste durch wechselkursbedingte Verluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklassen lautenden Vermögensgegenständen des Fonds zu vermeiden. Der auf eine wechselkursgesicherte Anteilklasse entfallende Wert der einem Wechselkursrisiko unterliegenden und hiergegen nicht abgesicherten Vermögensgegenstände des Fonds darf insgesamt nicht mehr als 20 Prozent des Wertes der Anteilklasse betragen. Dabei ist zu beachten, dass Vermögensgegenstände in der Anteilklasse A EUR-Hedged und Anteilklasse B EUR-Hedged die auf Euro lauten, nicht in diese 20 Prozent-Grenze hineinfallen und dass diese nicht abgesichert werden müssen.

### Mindestanlagesumme:

Anteilklasse A EUR-Hedged	500.000,- EUR
Anteilklasse B EUR-Hedged	Keine

Anteilklasse C EUR-Hedged	10.000,- EUR
Anteilklasse D USD	10.000,- USD

**Ausgabeaufschlag:**

Anteilklasse A EUR-Hedged	bis zur Höhe von 5,00%, derzeit 5,00%
Anteilklasse B EUR-Hedged	bis zur Höhe von 5,00%, derzeit 3,00%
Anteilklasse C EUR-Hedged	bis zur Höhe von 5,00%, derzeit 0,00 %
Anteilklasse D USD	bis zur Höhe von 5,00%, derzeit 0,00 %

Es steht der Gesellschaft frei, von der Berechnung eines Ausgabeaufschlages abzusehen.

**Rücknahmeabschlag:**

Ein Rücknahmeaufschlag wird derzeit nicht erhoben.

**Verwaltungsvergütung:**

Vergütung der Gesellschaft:

Anteilklasse A EUR-Hedged	bis zu 0,5% p.a. gegenwärtig 0,13 % p.a.
Anteilklasse B EUR-Hedged	bis zu 0,5% p.a. gegenwärtig 0,43 % p.a.
Anteilklasse C EUR-Hedged	bis zu 0,5% p.a. gegenwärtig 0,13 % p.a.
Anteilklasse D USD	bis zu 0,5% p.a. gegenwärtig 0,13 % p.a.

**Vergütung des Portfoliomanagers:**

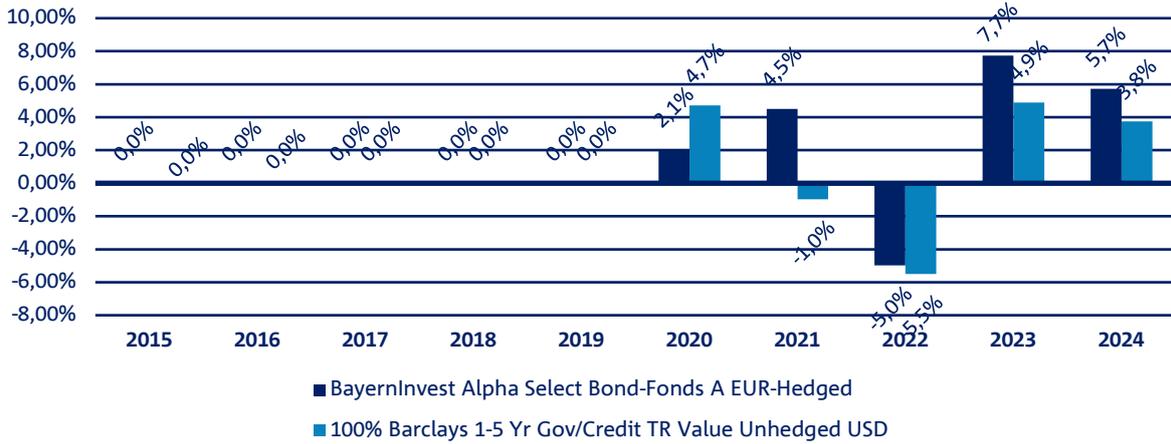
Anteilklasse A EUR-Hedged	bis zu 1,0% p.a. gegenwärtig 0,35% p.a.
Anteilklasse B EUR-Hedged	bis zu 1,0% p.a. gegenwärtig 0,35% p.a.
Anteilklasse C EUR-Hedged	bis zu 1,0% p.a. gegenwärtig 0,5 % p.a.
Anteilklasse D USD	bis zu 1,0% p.a. gegenwärtig 0,5 % p.a.

**Kosten für die Analyse des Anlageerfolgs durch alpha portfolio advisors GmbH:**

Anteilklasse A EUR-Hedged	0,15%, zzgl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer
Anteilklasse B EUR-Hedged	0,15%, zzgl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer
Anteilklasse C EUR-Hedged	0,15%, zzgl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer
Anteilklasse D USD	0,15%, zzgl. ggf. anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer

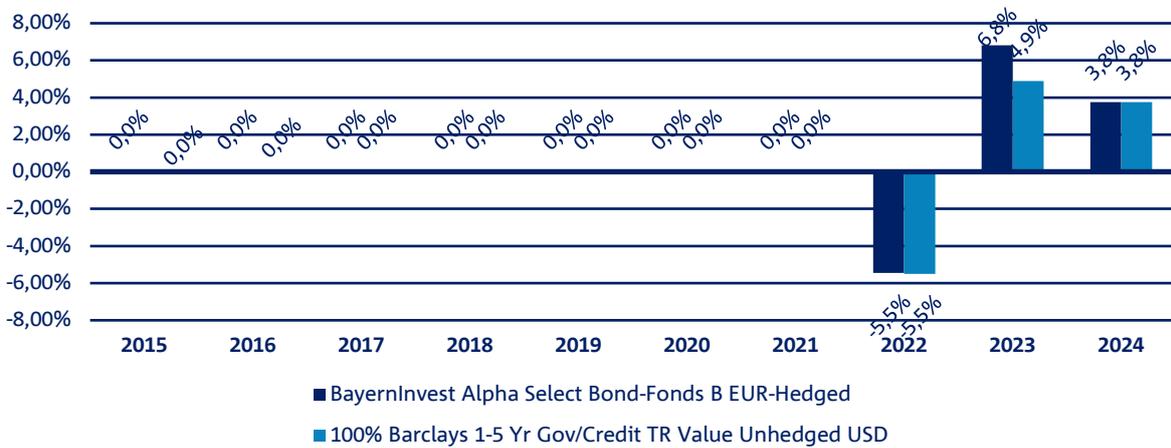
**Wertentwicklung:**

Anteilklasse A EUR-Hedged



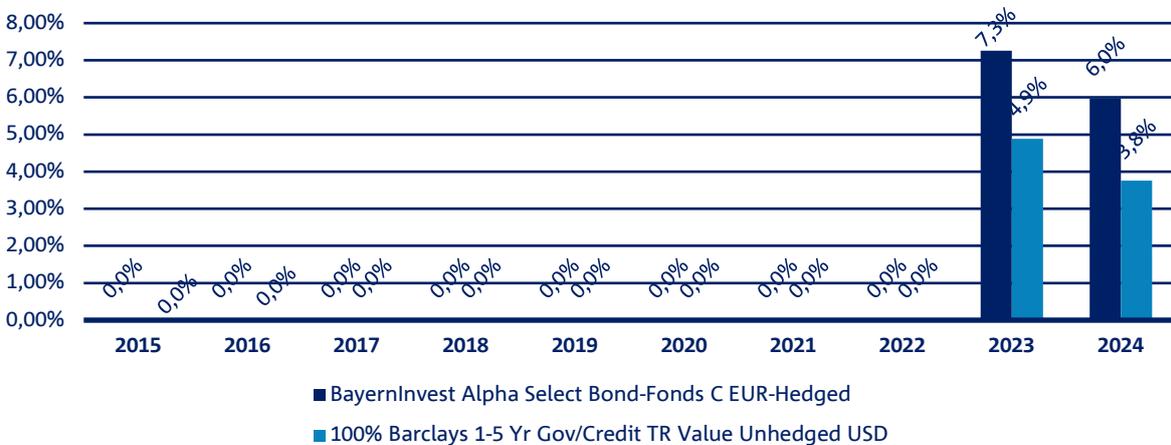
Stand Mai 2025

Anteilklasse B EUR-Hedged



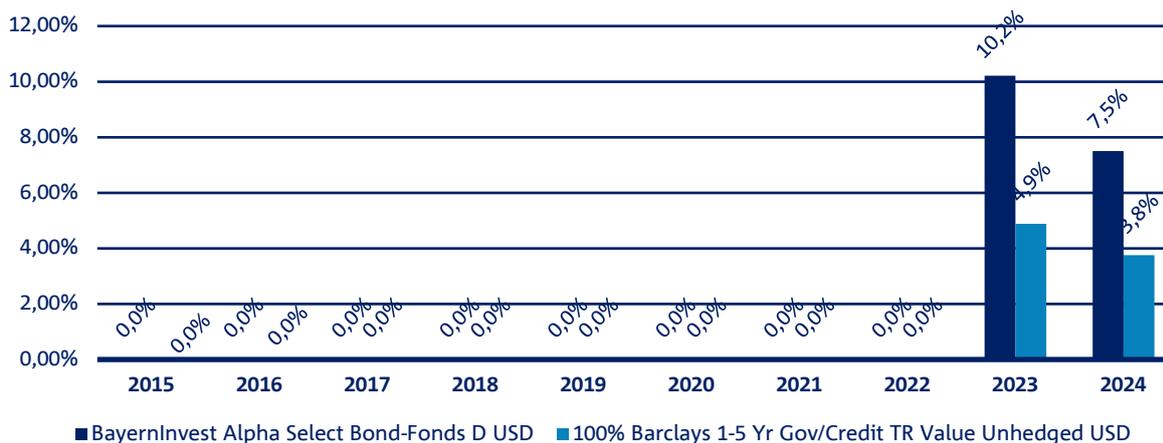
Stand Mai 2025

Anteilklasse C EUR-Hedged



Stand Mai 2025

Anteilklasse D USD



Die Wertentwicklung des Fonds kann in den erscheinenden Halb-/ Jahresberichten sowie auf der Website der Gesellschaft entnommen werden.

**Die historische Wertentwicklung des Fonds ermöglicht keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung.**

**Annualisierte Wertentwicklung über 3, 5 und 10 Jahre:**

Bisherige Wertentwicklung der Anteilklasse EUR-Hedged (zum 30.11.2021 auf Anteilklasse A EUR-Hedged verschmolzen):

p.a.	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
Fonds	2,43%	3,59%	-

Stand Mai 2025

Anteilklasse A EUR-Hedged

p.a.	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
Fonds	2,67%	2,91%	-

Stand Mai 2025

Anteilklasse B EUR-Hedged

p.a.	3 Jahre	5 Jahre	10 Jahre
Fonds	1,57%	-	-

Die Wertentwicklung des Fonds kann in den erscheinenden Halb-/ Jahresberichten sowie auf der Website der Gesellschaft entnommen werden.

**Die historische Wertentwicklung des Fonds ermöglicht keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung.**

**Ertragsverwendung:**

Anteilklasse A EUR-Hedged	Ausschüttend
---------------------------	--------------

Anteilklasse B EUR-Hedged	Ausschüttend
Anteilklasse C EUR-Hedged	Ausschüttend
Anteilklasse D USD	Ausschüttend

Stand: Mai 2025

**ANLAGE 1****UNTERVERWAHRUNG****Zu Ziffer 3.3 Unterverwahrung:**

Die folgenden Informationen hat die Gesellschaft von der Verwahrstelle mitgeteilt bekommen. Die Gesellschaft hat die Informationen auf Plausibilität geprüft. Sie ist jedoch auf Zulieferung der Information durch die Verwahrstelle angewiesen und kann die Richtigkeit und Vollständigkeit im Einzelnen nicht überprüfen.

**A. Übertragung von Verwahrungsaufgaben**

Die Verwahrstelle hat folgende Verwahrungsaufgaben übertragen:

Market	Subcustodian	Depository
<b>Albania</b>	<b>Raiffeisen Bank sh.a.</b> Tish Daija Kompleksi Kika 2 Tirana, Albania LEI: 529900XTU9H3KES1B287	<b>Bank of Albania</b> Sheshi "Skënderbej", No. 1 Tirana, Albania
<b>Argentina</b>	<b>Citibank, N.A.</b> Bartolome Mitre 530 1036 Buenos Aires, Argentina LEI: E57ODZWZ7FF32TWEFA76	<b>Caja de Valores S.A.</b> 25 de Mayo 362 – C1002ABH Buenos Aires, Argentina
<b>Australia</b>	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> HSBC Securities Services Level 3, 10 Smith St., Parramatta, NSW 2150, Australia LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	<b>Austraclear Limited</b> Ground Floor 20 Bridge Street Sydney NSW 2000, Australia
<b>Austria</b>	<b>UniCredit Bank Austria AG</b> Global Securities Services Austria Rothschildplatz 1 A-1020 Vienna, Austria LEI: D1HEB8VEU6D9M8ZUXG17	<b>OeKB Central Securities Depository GmbH</b> Strauchgasse 3 1011 Vienna, Austria
<b>Bahrain</b>	<b>HSBC Bank Middle East Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) 1 <sup>st</sup> Floor, Bldg. #2505 Road # 2832, Al Seef 428 Kingdom of Bahrain LEI: 549300F99IL9YJDWH369	<b>Bahrain Clear Company</b> Bahrain Financial Harbour Harbour Gate (4th Floor) Manama, Kingdom of Bahrain
<b>Bangladesh</b>	<b>Standard Chartered Bank</b> Silver Tower, Level 7 52 South Gulshan Commercial Area Gulshan 1, Dhaka 1212, Bangladesh LEI: RILFO74KP1CM8P6PCT96	<b>Bangladesh Bank</b> Motijheel, Dhaka-1000 Bangladesh <b>Central Depository Bangladesh Limited</b> DSE Tower (Level-5) House #46, Road #21 Nikunja-2 Dhaka, Bangladesh
<b>Belgium</b>	<b>BNP Paribas Securities Services, S.C.A.</b> (operating through its Paris branch with support from its Brussels branch) 9, rue du Débarcadère 93500 Pantin, France LEI: 549300WCGB70D06XZS54	<b>Euroclear Belgium</b> Boulevard du Roi Albert II, 1 1210 Brussels, Belgium <b>National Bank of Belgium</b> Boulevard de Berlaimont 14 B-1000 Brussels, Belgium

Market	Subcustodian	Depository
Benin	via <b>Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan 17 Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2NO5NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan 01 Ivory Coast
		<b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA 3108 Dakar, Senegal
Bermuda	<b>HSBC Bank Bermuda Limited</b> 6 Front Street Hamilton, <b>HM06</b> , Bermuda LEI: 0W1U67PTV5WY3WYWKD79	<b>Bermuda Securities Depository</b> 3/F Washington Mall Church Street Hamilton, <b>HMFx</b> Bermuda
<b>Federation of Bosnia and Herzegovina</b>	<b>UniCredit Bank d.d.</b> Zelenih beretki 24 <b>71 000</b> Sarajevo Federation of Bosnia and Herzegovina LEI: 549300RGT0JMDJZKVG34	<b>Registar vrijednosnih papira u Federaciji Bosne i Hercegovine, d.d.</b> Maršala Tita 62/II <b>71</b> Sarajevo Federation of Bosnia and Herzegovina
Botswana	<b>Standard Chartered Bank Botswana Limited</b> 4th Floor, Standard Chartered House Queens Road The Mall Gaborone, Botswana LEI: 5493007VY27WWF8FF542	<b>Bank of Botswana</b> 17938, Khama Crescent Gaborone, Botswana
		<b>Central Securities Depository Company of Botswana Ltd.</b> 4th Floor Fairscape Precinct (BDC building) Plot 70667, Fairgrounds Office Park Gaborone, Botswana
Brazil	<b>Citibank, N.A.</b> AV Paulista 1111 São Paulo, <b>SP 01311-920</b> Brazil LEI: E570DZWZ7FF32TWEFA76	<b>Brasil, Bolsa, Balcão S.A. (B3)</b> Rua XV de Novembro, 275 São Paulo/SP - <b>01013-001</b> , Brazil
		<b>Sistema Especial de Liquidação e de Custódia (SELIC)</b> Departamento de Operações de Mercado Aberto – BACEN Av. Av. Pres. Vargas 730 - 40 andar Rio de Janeiro - RJ <b>20071-001</b> Brazil
Bulgaria	<b>Citibank Europe plc, Bulgaria Branch</b> Serdika Offices, 10th floor 48 Sitnyakovo Blvd. <b>1505</b> Sofia, Bulgaria LEI: N1FBEDJ5J41VKZLO2475	<b>Bulgarian National Bank</b> 1, Knyaz Alexander I Sq. <b>1000</b> Sofia, Bulgaria
	<b>UniCredit Bulbank AD</b> 7 Sveta Nedelya Square <b>1000</b> Sofia, Bulgaria LEI: 549300Z7V2WOFIMUEK50	<b>Central Depository AD</b> 6 Tri Ushi Street, 4th floor <b>1000</b> Sofia, Bulgaria
Burkina Faso	via <b>Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan 17 Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2NO5NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan 01 Ivory Coast
		<b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b>

Market	Subcustodian	Depository
		Avenue Abdoulaye FADIGA 3108 Dakar, Senegal
Canada	<b>State Street Trust Company Canada</b> 30 Adelaide Street East, Suite 800 Toronto, ON Canada M5C 3G6 LEI: 549300L71XG2CTQ2V827	<b>The Canadian Depository for Securities Limited</b> 85 Richmond Street West Toronto, Ontario M5H 2C9, Canada
Chile	<b>Banco de Chile</b> Ahumada 251 Santiago, Chile LEI: 8B4EZF8IHJC44TT2K84	<b>Depósito Central de Valores S.A.</b> Huérfanos N° 770, Piso 17 Santiago, Chile
People's Republic of China	<b>HSBC Bank (China) Company Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) 33 <sup>rd</sup> Floor, HSBC Building, Shanghai IFC 8 Century Avenue Pudong, Shanghai, People's Republic of People's Republic of China (200120) LEI: 2CZOJRADNIXBLT55G526	<b>China Securities Depository and Clearing Corporation Limited, Shanghai Branch</b> 3 <sup>rd</sup> Floor, China Insurance Building 166 East Lujiazui Road New Pudong District Shanghai 200120 People's Republic of China
	<b>China Construction Bank Corporation</b> No.1 Naoshikou Street Chang An Xing Rong Plaza Beijing 100032-33, People's Republic of China LEI: 5493001KQW6DM7KEDR62	<b>China Securities Depository and Clearing Corporation Limited, Shenzhen Branch</b> 22-28/F, Shenzhen Stock Exchange Building 2012 Shennan Blvd, Futian District Shenzhen People's Republic of China
		<b>China Central Depository and Clearing Co., Ltd.</b> No.10, Finance Street Xicheng District Beijing 100033 People's Republic of China
		<b>Shanghai Clearing House</b> 2 East Beijing Road Shanghai 200002 People's Republic of China
China Connect	<b>Citibank N.A.</b> 39/F., Champion Tower 3 Garden Road Central, Hong Kong LEI: E57ODZWZ7FF32TWEFA76	See depositories listed under People's Republic of China and Hong Kong.
	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> Level 30, HSBC Main Building 1 Queen's Road Central, Hong Kong LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	
	<b>Standard Chartered Bank (Hong Kong) Limited</b> 15 <sup>th</sup> Floor Standard Chartered Tower 388 Kwun Tong Road Kwun Tong, Hong Kong LEI: X5AV1MBDXGRPX5UGMX13	

Market	Subcustodian	Depository
Colombia	<b>Cititrust Colombia S.A. Sociedad Fiduciaria</b> Carrera 9A, No. 99-02 Bogotá DC, Colombia LEI: SSER700CV66FF0PRYK94	<b>Depósito Central de Valores</b> Carrera 7 No. 14-78 Second Floor Bogotá, Colombia
		<b>Depósito Centralizado de Valores de Colombia S.A. (DECEVAL)</b> Calle 24A # 59 - 42 Torre 3 Oficina 501 Bogotá, Colombia
Costa Rica	<b>Banco BCT S.A.</b> 160 Calle Central Edificio BCT San José, Costa Rica LEI: 25490061PVFNGN0YMO97	<b>Interclear Central de Valores S.A.</b> Parque Empresarial Forum Autopista Próspero Fernández Edificio Bolsa Nacional de Valores Santa Ana, Costa Rica
Croatia	<b>Privredna Banka Zagreb d.d.</b> Custody Department Radnička cesta 50 10000 Zagreb, Croatia LEI: 549300ZHFZ4CSK7VS460	<b>Središnje klirinško depozitarno društvo d.d.</b> Heinzelova 62/a 10000 Zagreb, Croatia
	<b>Zagrebacka Banka d.d.</b> Savska 60 10000 Zagreb, Croatia LEI: PRNXTNXHBI0TSY1V8P17	
Cyprus	<b>BNP Paribas Securities Services, S.C.A., Greece</b> (operating through its Athens branch) 2 Lampsakou Str. 115 28 Athens, Greece LEI: 549300WCGB70D06XZ554	<b>Central Depository and Central Registry</b> Kambou Street, 2nd floor Strovolos, PO Box 25427 1309 Nicosia, Cyprus
Czech Republic	<b>Československá obchodní banka, a.s.</b> Radlická 333/150 150 57 Prague 5, Czech Republic LEI: Q5BP2UEQ48R75BOTCB92	<b>Centrální depozitář cenných papírů, a.s.</b> Rybná 14 110 05 Prague 1, Czech Republic
	<b>UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s.</b> BB Centrum – FILADELFIE Želetavská 1525/1 140 92 Praha 4 - Michle, Czech Republic LEI: KR6LSKV3BTSJRD41F75	<b>Česká národní banka</b> Na Příkopě 28 115 03 Praha 1, Czech Republic
Denmark	<b>Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Sweden</b> (operating through its Copenhagen branch) Bernstorffsgade 50 1577 Copenhagen, Denmark LEI: F3JS33DEI6XQ4ZBPTN86	<b>VP Securities A/S</b> Weidekampsgade 14 P.O. Box 4040 DK-2300 Copenhagen S, Denmark
Egypt	<b>Citibank, N.A.</b> Boomerang Building – Plot 48 – AlSalam Axis Street First District – 5th Settlement 11835 Cairo, Egypt LEI: E57ODZWZ7FF32TWEFA76	<b>Misr for Central Clearing, Depository and Registry S.A.E.</b> 70 El Gamhouria Street Cairo, Egypt
		<b>Central Bank of Egypt</b> 54 Elgomhoreya Street 11511 Cairo, Egypt
Estonia	<b>AS SEB Pank</b> Tornimäe 2 15010 Tallinn, Estonia LEI: 549300ND1MQ8SNNYMJ22	<b>Nasdaq CSD SE</b> Tartu mnt 2 10145 Tallinn, Estonia

Market	Subcustodian	Depository
<b>Eswatini</b>	<b>Standard Bank Eswatini Limited</b> Standard House, Swazi Plaza Mbabane, Eswatini <b>H101</b> LEI: 2549000IV408A4RRND84	<b>Central Bank of Eswatini</b> Umntsholi Building Mahlokohla Street Mbabane, Eswatini <b>H100</b>
<b>Finland</b>	<b>Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Sweden</b> (operating through its Helsinki branch) Securities Services Box 630 <b>SF-00101</b> Helsinki, Finland LEI: F3JS33DEI6XQ4ZBPTN86	<b>Euroclear Finland Ltd.</b> Urho Kekkosen katu 5C <b>00100</b> Helsinki, Finland
<b>France</b>	<b>BNP Paribas Securities Services, S.C.A.</b> 9, rue du Débarcadère <b>93500</b> Pantin, France LEI: 549300WCGB70D06XZS54	<b>Euroclear France</b> 66 Rue de la Victoire <b>F-75009</b> Paris France
<b>Republic of Georgia</b>	<b>JSC Bank of Georgia</b> 29a Gagarini Str. Tbilisi <b>0160</b> , Georgia LEI: 549300RPLD8RXL49Z691	<b>Georgian Central Securities Depository</b> 74a Chavchavadze Avenue Tbilisi <b>0162</b> , Georgia
		<b>National Bank of Georgia</b> Sanapiro Street N2, 0114 Tbilisi <b>0105</b> , Georgia
<b>Germany</b>	<b>State Street Bank International GmbH</b> Brienner Strasse 59 <b>80333</b> Munich, Germany LEI: ZMHGNT7ZPKZ3UFZ8EO46	<b>Clearstream Banking AG, Frankfurt</b> Neue Boersenstrasse 1 <b>D-60485</b> Frankfurt am Main, Germany
	<b>Deutsche Bank AG</b> Alfred-Herrhausen-Allee 16-24 <b>D-65760</b> Eschborn, Germany LEI: 7LTWFZYICNSX8D621K86	
<b>Ghana</b>	<b>Standard Chartered Bank Ghana Plc</b> P. O. Box 768 1st Floor High Street Building Accra, Ghana LEI: 549300WFGKTC3MGDCX95	<b>Central Securities Depository (Ghana) Limited</b> Fourth Floor Cedi House PMB CT 465 Cantonments, Accra, Ghana
<b>Greece</b>	<b>BNP Paribas Securities Services, S.C.A.</b> 2 Lampsakou Str. <b>115 28</b> Athens, Greece LEI: 549300WCGB70D06XZS54	<b>Bank of Greece, System for Monitoring Transactions in Securities in Book-Entry Form</b> 21E. Venizelou Avenue <b>102 50</b> Athens, Greece
		<b>Hellenic Central Securities Depository</b> 110 Athinon Ave. <b>104 42</b> Athens, Greece
<b>Guinea-Bissau</b>	<b>via Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan <b>17</b> Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2N05NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan <b>01</b> Ivory Coast
		<b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA <b>3108</b> Dakar, Senegal

Market	Subcustodian	Depository
Hong Kong	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> Level 30, HSBC Main Building 1 Queen's Road Central, Hong Kong LEI: 2H13YI5320L3RW6NJ957	<b>Central Moneymarkets Unit</b> 55th floor, Two International Finance Center 8 Finance Street, Central Hong Kong
		<b>Hong Kong Securities Clearing Company Limited</b> 12 <sup>th</sup> floor, One International Finance Center 1 Harbor View Street, Central Hong Kong
Hungary	<b>Citibank Europe plc Magyarországi Fióktelepe</b> 7 Szabadság tér, Bank Center Budapest, H-1051 Hungary LEI: N1FBEDJ5J41VKZLO2475	<b>KELER Központi Értéktár Zrt.</b> R70 Office Complex Floors IV-V Rákóczi út 70-72 1074 Budapest, Hungary
	<b>UniCredit Bank Hungary Zrt.</b> 6th Floor Szabadság tér 5-6 H-1054 Budapest, Hungary LEI: Y28RT6GGYJ696PMW8T44	
Iceland	<b>Landsbankinn hf.</b> Austurstræti 11 155 Reykjavik, Iceland LEI: 549300TLZPT6JELDWM92	<b>Nasdaq CSD SE, útibú á Íslandi</b> Laugavegur 182 105 Reykjavik, Iceland
India	<b>Deutsche Bank AG</b> Block B1, 4th Floor, Nirlon Knowledge Park Off Western Express Highway Goregaon (E) Mumbai 400 063, India LEI: 7LTWFZYICNSX8D621K86	<b>Central Depository Services (India) Limited</b> Phiroze Jeejeebhoy Towers 28 floor Dalal Street Mumbai 400 023, India  <b>National Securities Depository Limited</b> Trade World 4th floor Kamala City, Senapati Bapat Marg Lower Parel Mumbai 400 013, India  <b>Reserve Bank of India</b> Central Office Building, 18th Floor Shahid Bhagat Singh Road Mumbai 400 001, India
	<b>Citibank, N.A.</b> FIFC, 11th Floor C-54/55, G Block, Bandra Kurla Complex, Bandra (East), Mumbai 400 098, India LEI: E57ODZWZ7FF32TWEFA76	
	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> 11F, Building 3, NESCO - IT Park, NESCO Complex, Western Express Highway Goregaon (East), Mumbai 400 063, India LEI: 2H13YI5320L3RW6NJ957	
Indonesia	<b>Standard Chartered Bank</b> Menara Standard Chartered 5th floor Jl. Prof. Dr. Satrio No. 164, Jakarta 12930, Indonesia LEI: RILFO74KP1CM8P6PCT96	<b>Bank Indonesia</b> JL MH Thamrin 2 Jakarta 10110, Indonesia
		<b>PT Kustodian Sentral Efek Indonesia</b> 5th Floor, Jakarta Stock Exchange Building Tower 1 Jln. Jenderal Sudirman Kav. 52-53 Jakarta 12190, Indonesia

Market	Subcustodian	Depository
Israel	<b>Bank Hapoalim B.M.</b> 50 Rothschild Boulevard Tel Aviv, Israel <b>61000</b> LEI: B6ARUI4946ST4S7WOU88	<b>Tel Aviv Stock Exchange Clearing House Ltd. (TASE Clearing House)</b> 2 Ahuzat Bayit St. Tel Aviv <b>6525216</b> Israel
Italy	<b>Intesa Sanpaolo S.p.A.</b> Financial Institutions – Transactions Services Piazza della Scala, 6 <b>20121</b> Milan, Italy LEI: 2W8N8UU78PMDQKZENC08	<b>Monte Titoli S.p.A.</b> Piazza degli Affari 6 <b>20123</b> Milan, Italy
Ivory Coast	<b>Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A.</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan <b>17</b> Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2NO5NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan <b>01</b> Ivory Coast
		<b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA <b>3108</b> Dakar, Senegal
Japan	<b>Mizuho Bank, Limited</b> Shinagawa Intercity Tower A 2-15-1, Konan, Minato-ku Tokyo <b>108-6009</b> , Japan LEI: RB0PEZSDGCO3JS6CEU02	<b>Bank of Japan – Financial Network System</b> 2-1-1 Hongoku-cho Nihombashi Chuo-ku Tokyo <b>103-8660</b> , Japan  <b>Japan Securities Depository Center (JASDEC) Incorporated</b> 5 <sup>th</sup> Floor Daini Shoken Kaikan Bld. 2-1-1 Nihombashi Kayaba-Cho Chuo-ku Tokyo <b>103-0025</b> Japan
	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> HSBC Building 11-1 Nihonbashi 3-chome, Chuo-ku Tokyo <b>1030027</b> , Japan LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	
Jordan	<b>Standard Chartered Bank</b> Shmeissani Branch Al-Thaqafa Street, Building # 2 P.O. Box 926190 Amman <b>11110</b> , Jordan LEI: RILFO74KP1CM8P6PCT96	<b>Central Bank of Jordan</b> Al-Salt Street P.O. Box (37) Amman <b>11118</b> , Jordan  <b>Securities Depository Center</b> Capital Market Building Al - Mansour Bin Abi Amer Street PO Box 212465 Amman <b>11121</b> , Jordan
Kazakhstan	<b>JSC Citibank Kazakhstan</b> Park Palace, Building A, 41 Kazibek Bi street, Almaty <b>A25T0A1</b> , Kazakhstan LEI: 95XXGORQK31JZP82OG22	<b>Central Securities Depository</b> 28, microdistrict Samal-1 Almaty, <b>050051</b> , Kazakhstan
Kenya	<b>Standard Chartered Bank Kenya Limited Custody Services</b> <b>Standard Chartered @ Chiromo, Level 5</b> <b>48 Westlands Road</b> <b>P.O. Box 40984 – 00100 GPO</b> <b>Nairobi, Kenya</b> LEI: 549300RBHWW5EJIRG629	<b>Central Bank of Kenya</b> <b>Haile Selassie Avenue</b> <b>P.O. Box 60000</b> <b>00200 Nairobi, Kenya</b>
		<b>Central Depository and Settlement Corporation Limited</b> 10th Floor Nation Centre, Kimathi St. P.O. Box 3464 <b>00100 GPO</b> Nairobi, Kenya

Market	Subcustodian	Depository
Republic of Korea	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> 8F HSBC Building #37 Chilpae-ro Jung-gu, Seoul <b>04511</b> , Korea LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	<b>Korea Securities Depository</b> BIFC, 40. Munhyeongeumyung-ro, Nam-gu, Busan <b>48400</b> , Korea
Kuwait	<b>HSBC Bank Middle East Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) Kuwait City, Sharq Area Abdulaziz Al Sager Street Al Hamra Tower, 37F P. O. Box 1683, Safat <b>13017</b> , Kuwait LEI: 549300F99IL9YJDWH369	<b>Kuwait Clearing Company KSC</b> Kuwait Stock Exchange Building, Mubarak Al Kabeer St P.O. Box 22077 Safat, <b>13081</b> Kuwait
Latvia	<b>AS SEB banka</b> Unicentrs, Valdlauči <b>LV-1076</b> Kekavas pag., Rigas raj., Latvia LEI: 549300YW95G1VBBGGV07	<b>Nasdaq CSD SE</b> Valnu iela 1 Riga <b>LV 1050</b> , Latvia
Lithuania	<b>AB SEB bankas</b> Konstitucijos Ave. 24 <b>LT 08105</b> Vilnius, Lithuania LEI: 549300SBPFE9JX7N8J82	<b>Nasdaq CSD SE</b> Konstitucijos avenue 29 <b>08105</b> Vilnius, Lithuania
Malawi	<b>Standard Bank PLC</b> Kaomba Centre Cnr. Victoria Avenue & Sir Glyn Jones Road Blantyre, Malawi LEI: 2549004FJV2K9P9UCU04	<b>Reserve Bank of Malawi</b> Convention Drive City Centre Lilongwe 3, Malawi
Malaysia	<b>Standard Chartered Bank Malaysia Berhad</b> Menara Standard Chartered 30 Jalan Sultan Ismail <b>50250</b> Kuala Lumpur, Malaysia LEI: 549300JTJBG2QBI8KD48	<b>Bank Negara Malaysia</b> Jalan Dato' Onn Kuala Lumpur <b>50480</b> , Malaysia  <b>Bursa Malaysia Depository Sdn. Bhd</b> 10 <sup>th</sup> Floor, Exchange Square Bukit Kewangan Kuala Lumpur <b>50200</b> , Malaysia
Mali	<b>via Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan <b>17</b> Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2NO5NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan <b>01</b> Ivory Coast  <b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA <b>3108</b> Dakar, Senegal

Market	Subcustodian	Depository
<b>Mauritius</b>	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> 6F HSBC Centre 18 CyberCity Ebene, Mauritius LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	<b>Bank of Mauritius</b> Sir William Newton Street P.O. Box 29 Port Louis, Mauritius  <b>Central Depository and Settlement Co. Limited</b> 4 <sup>th</sup> Floor One Cathedral Square Bld. 16 Jules Koenig Street Port Louis, Mauritius
<b>Mexico</b>	<b>Banco Nacional de México, S.A.</b> 3er piso, Torre Norte Act. Roberto Medellín No. 800 Col. Santa Fe Mexico, DF <b>01219</b> LEI: 2SFFM4FUIE05S37WFU55	<b>S.D. Indeval, S.A. de C.V.</b> Paseo de la Reforma 255 Floors 2-3 Cuauhtemoc Mexico, DF <b>06500</b>
<b>Morocco</b>	<b>Citibank Maghreb S.A.</b> Zénith Millénium Immeuble1 Sidi Maârouf – B.P. 40 Casablanca <b>20190</b> , Morocco LEI: 5493003FVWLMBFTISI11	<b>Maroclear</b> Route d'El Jadida 18 Cité Laïa <b>20 200</b> Casablanca, Morocco
<b>Namibia</b>	<b>Standard Bank Namibia Limited</b> Standard Bank Center Cnr. Werner List St. and Post St. Mall 2nd Floor Windhoek, Namibia LEI: 254900K6TJFDYKSQWV49	<b>Bank of Namibia</b> 71 Robert Mugabe Avenue Windhoek, Namibia
<b>Netherlands</b>	<b>BNP Paribas Securities Services, S.C.A.</b> (operating through its Paris branch with support from its Amsterdam branch) 9, rue du Débarcadère <b>93500</b> Pantin, France LEI: 549300WCGB70D06XZS54	<b>Euroclear Nederland</b> Herengracht 436-438 <b>1017 BZ</b> Amsterdam, Netherlands
<b>New Zealand</b>	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> Level 21, HSBC Tower 188 Quay St. Auckland <b>1010</b> , New Zealand LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	<b>New Zealand Central Securities Depository Limited</b> c/o Reserve Bank of New Zealand 2 The Terrace P.O. Box 2498 Wellington, New Zealand
<b>Niger</b>	<b>via Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan <b>17</b> Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2NO5NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan <b>01</b> Ivory Coast  <b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA <b>3108</b> Dakar, Senegal

Market	Subcustodian	Depository
<b>Nigeria</b>	<b>Stanbic IBTC Bank Plc.</b> Plot 1712 Idejo St Victoria Island, Lagos <b>101007</b> , Nigeria LEI: 549300NIVXF92ZIOVW61	<b>Central Bank of Nigeria</b> Plot 33, Abubakar Tafawa Balewa Way Central Business District Cadastral Zone Abuja, Federal Capital Territory, Nigeria  <b>Central Securities Clearing System Limited</b> 2/4 Customs Street, Stock Exchange House, (14 <sup>th</sup> Floor) P.O. Box 3168 Marina, Lagos, Nigeria
<b>Norway</b>	<b>Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Sweden</b> (operating through its Oslo branch) P.O. Box 1843 Vika Filipstad Brygge 1 <b>N-0123</b> Oslo, Norway LEI: F3JS33DEI6XQ4ZBPTN86	<b>Verdipapirsentralen ASA</b> Fred. Olsens gate 1 <b>0152</b> Oslo, Norway
<b>Oman</b>	<b>HSBC Bank Oman S.A.O.G.</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) 2 <sup>nd</sup> Floor Al Khuwair PO Box 1727 <b>PC 111</b> Seeb, Oman LEI: 213800YRPSOSH9OA2V29	<b>Muscat Clearing &amp; Depository Company S.A.O.G.</b> P.O. Box 952 Ruwi, Oman
<b>Pakistan</b>	<b>Deutsche Bank AG</b> Unicentre – Unitowers I.I. Chundrigar Road P.O. Box 4925 Karachi - <b>74000</b> , Pakistan LEI: 7LTFWZYICNSX8D621K86	<b>Central Depository Company of Pakistan Limited</b> CDC House, 99-B, Shahra-e-Faisal Karach <b>74400</b> , Pakistan  <b>State Bank of Pakistan Central Directorate</b> I.I. Chundrigar Road Karachi <b>74000</b> , Pakistan
<b>Panama</b>	<b>Citibank, N.A.</b> Boulevard Punta Pacifica Torre de las Americas Apartado Panama City, Panama <b>0834-00555</b> LEI: E57ODZWZ7FF32TWEFA76	<b>Central Latinoamericana de Valores, S.A. (LatinClear)</b> Federico Boyd Avenue and 49th Street Bolsa de Valores de Panamá Building Lower Level Panama City, Panama
<b>Peru</b>	<b>Citibank del Perú, S.A.</b> Canaval y Moreyra 480 3 <sup>rd</sup> Floor, San Isidro, Lima <b>27</b> , Peru LEI: MYTK5NHHP1G8TVFGT193	<b>CAVALI S.A. Institución de Compensación y Liquidación de Valores</b> Avenida Santo Toribio 143 Oficina 501 San Isidro, Lima <b>27</b> , Peru

Market	Subcustodian	Depository
<b>Philippines</b>	<b>Standard Chartered Bank</b> 8th Floor, Skyplaza Building 6788 Ayala Avenue Makati City, Philippines LEI: RILFO74KP1CM8P6PCT96	<b>Philippine Depository &amp; Trust Corporation</b> Ground Floor Makati Stock Exchange Building 6766 Ayala Avenue Makati City 1226, Philippines  <b>National Registry of Scripless Securities (nROSS) of the Bureau of the Treasury</b> Bureau of Treasury Ayuntamiento Building Cabildo Street Corner A. Soriano Avenue Intramuros Manila 1002, Philippines
<b>Poland</b>	<b>Bank Handlowy w Warszawie S.A.</b> ul. Senatorska 16 00-293 Warsaw, Poland LEI: XLEZHWWOI4HFQDGL4793	<b>Rejestr Papierów Wartościowych</b> Swietokrzyska 11-21 Warsaw 00950, Poland  <b>Krajowy Depozyt Papierów Wartościowych, S.A.</b> 4 Książęca Street 00-498 Warsaw, Poland
<b>Portugal</b>	<b>Citibank Europe plc, Dublin, Ireland</b> 1 North Wall Quay Dublin 1, Ireland LEI: N1FBEDJ5J41VKZLO2475	<b>INTERBOLSA - Sociedad Gestora de Sistemas de Liquidación e de Sistemas Centralizados de Valores Mobiliários, S.A.</b> Avenida de Boavista #3433 4100 – 138 Porto, Portugal
<b>Qatar</b>	<b>HSBC Bank Middle East Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) 2 Fl Ali Bin Ali Tower Building no.: 150 Airport Road Doha, Qatar LEI: 549300F99IL9YJDWH369	<b>Qatar Central Securities Depository</b> Al-Emadi Building C Ring Road Doha, Qatar
<b>Romania</b>	<b>Citibank Europe plc, Dublin – Romania Branch</b> 8, Iancu de Hunedoara Boulevard 712042, Bucharest Sector 1, Romania LEI: N1FBEDJ5J41VKZLO2475	<b>National Bank of Romania</b> 25 Lipsicani Street Bucharest 3, 030031 Romania  <b>S.C. Depozitarul Central S.A.</b> 34-36 Carol I Boulevard Floors 3, 8 and 9 020922, Bucharest 2, Romania
<b>Russia</b>	<b>AO Citibank</b> 8-10 Gashka Street, Building 1 125047 Moscow, Russia LEI: CHSQDSVI1UI96Y2SW097	<b>National Settlement Depository</b> Building 8, 1/13 Sredny Kislovsky Pereulok Moscow 125009, Russia

Market	Subcustodian	Depository
<b>Saudi Arabia</b>	<p><b>HSBC Saudi Arabia</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) HSBC Head Office 7267 Olaya - Al Murooj Riyadh <b>12283-2255</b> Kingdom of Saudi Arabia LEI: 558600MV09XWUB38H245</p> <p><b>Saudi British Bank</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) Prince Abdulaziz Bin Mossaad Bin Jalawi Street (Dabaab) Riyadh <b>11413</b> Kingdom of Saudi Arabia LEI: 558600TQS0WENZUC5190</p>	<p><b>Securities Depository Center Company</b> 6897 King Fahd Road Al Ulaya, Unit Number: 11, Riyadh <b>12211 - 3388</b>, Saudi Arabia</p>
<b>Senegal</b>	<p><b>via Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan <b>17</b> Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2NO5NB47</p>	<p><b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan <b>01</b> Ivory Coast</p> <p><b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA <b>3108</b> Dakar, Senegal</p>
<b>Serbia</b>	<p><b>UniCredit Bank Serbia JSC</b> Jurija Gagarina 12 <b>11070</b> Belgrade, Serbia LEI: 52990001O0THU00TYK59</p>	<p><b>Central Securities Depository and Clearinghouse</b> Trg Republike 5 <b>11000</b> Belgrade, Serbia</p>
<b>Singapore</b>	<p><b>Citibank N.A.</b> 3 Changi Business Park Crescent #07-00, Singapore <b>486026</b> LEI: E57ODZWZ7FF32TWEFA76</p>	<p><b>Monetary Authority of Singapore</b> Financial Sector Promotion 10 Shenton Way MAS Building Singapore <b>079117</b></p> <p><b>The Central Depository (Pte.) Limited</b> 9 North Buona Vista Drive #01-19/20 The Metropolis Singapore <b>138588</b></p>
<b>Slovak Republic</b>	<p><b>UniCredit Bank Czech Republic and Slovakia, a.s.</b> Šancová 1/A <b>813 33</b> Bratislava, Slovak Republic LEI: KR6LSKV3BTSJRD41F75</p>	<p><b>Centrálny depozitár cenných papierov SR, a.s.</b> ul. 29 augusta 1/A <b>814 80</b> Bratislava, Slovak Republic</p>
<b>Slovenia</b>	<p><b>UniCredit Banka Slovenija d.d.</b> Ameriška ulica 2 <b>SI-1000</b> Ljubljana, Slovenia LEI: 549300O2UN9JLME31F08</p>	<p><b>KDD – Centralna klirinško depotna družba d.d.</b> Tivolska cesta 48 <b>1000</b> Ljubljana, Slovenia</p>
<b>South Africa</b>	<p><b>FirstRand Bank Limited</b> Mezzanine Floor 3 First Place Bank City Corner Simmonds &amp; Jeppe Sts. Johannesburg <b>2001</b> Republic of South Africa LEI: ZAYQDKTCATIXF9OQY690</p>	<p><b>Strate (Pty) Ltd.</b> One Exchange Square 2 Gwen Lane Sandon <b>2196</b> Republic of South Africa</p>

Market	Subcustodian	Depository
	<b>Standard Chartered Bank</b> 115 West Street, 2nd Floor Sandton, Johannesburg <b>2196</b> Republic of South Africa LEI: RILFO74KP1CM8P6PCT96	
<b>Spain</b>	<b>Citibank Europe plc, Dublin, Ireland</b> 1 North Wall Quay Dublin <b>1</b> , Ireland LEI: N1FBEDJ5J41VKZLO2475	<b>IBERCLEAR</b> Plaza de la Lealtad, 1 <b>28014</b> Madrid, Spain
<b>Sri Lanka</b>	<b>The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited</b> 24, Sir Baron Jayatilake Mawatha Colombo <b>01</b> , Sri Lanka LEI: 2HI3YI5320L3RW6NJ957	<b>Central Bank of Sri Lanka</b> P.O. Box 590 30, Janadhipathi Mawatha Colombo <b>01</b> , Sri Lanka  <b>Central Depository System (Pvt) Limited</b> 04-01 West Block World Trade Centre Echelon Square Colombo <b>01</b> , Sri Lanka
<b>Republic of Srpska</b>	<b>UniCredit Bank d.d.</b> Zelenih beretki 24 <b>71 000</b> Sarajevo Federation of Bosnia and Herzegovina LEI: 549300RGT0JMDJZKVG34	<b>Central Registry of Securities in the Republic of Srpska JSC</b> Bana Milosavljevića 6 <b>78</b> Banja Luka, Republic of Srpska
<b>Sweden</b>	<b>Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ)</b> A S12 <b>SE-106 40</b> Stockholm, Sweden LEI: F3JS33DEI6XQ4ZBPTN86	<b>Euroclear Sweden AB</b> Klarabergsviadukten 63 <b>111 64</b> Stockholm, Sweden
<b>Switzerland</b>	<b>Credit Suisse (Switzerland) Limited</b> Uetlibergstrasse 231 <b>8070</b> Zurich, Switzerland LEI: 549300CWR0W0BCS9Q144 <b>UBS Switzerland AG</b> Max-Högger-Strasse 80-82 <b>CH-8048</b> Zurich-Alstetten, Switzerland LEI: 549300WOIFUSNYH0FL22	<b>SIX SIS AG</b> Pfingstweidstrasse 110 <b>CH-8005</b> Zurich, Switzerland
<b>Taiwan - R.O.C.</b>	<b>Standard Chartered Bank (Taiwan) Limited</b> 168 Tun Hwa North Road Taipei <b>105</b> , Taiwan, Republic of China LEI: 549300QJEO1B92LSHZ06	<b>Central Bank of the Republic of China (Taiwan)</b> 2, Roosevelt Road, Section 1 Taipei, <b>10066</b> Taiwan, Republic of China  <b>Taiwan Depository and Clearing Corporation</b> 11F, 363 Fushin N. Rd Taipei, Taiwan, Republic of China
<b>Tanzania</b>	<b>Standard Chartered Bank (Tanzania) Limited</b> 1 Floor, International House Corner Shaaban Robert St and Garden Ave PO Box 9011 Dar es Salaam, Tanzania LEI: 549300RLNUU3GJS6MK84	<b>CSD &amp; Registry Company Limited</b> 14th floor Golden Jubilee towers Ohio Street Dar es Salaam, Tanzania

Market	Subcustodian	Depository
<b>Thailand</b>	<b>Standard Chartered Bank (Thai) Public Company Limited</b> Sathorn Nakorn Tower 14 <sup>th</sup> Floor, Zone B 90 North Sathorn Road Silom, Bangkok 10500, Thailand LEI: 54930001LQYCCQ7G1IM57	<b>Thailand Securities Depository Company Limited</b> 93 Ratchadaphisek Road, Din-daeng, Bangkok, 10400 Thailand
<b>Togo</b>	<b>via Standard Chartered Bank Côte d'Ivoire S.A., Abidjan, Ivory Coast</b> 23, Bld de la République 17 BP 1141 Abidjan 17 Côte d'Ivoire LEI: 54930016MQBB2N05NB47	<b>Dépositaire Central – Banque de Règlement</b> 18 Rue Joseph Anoma 01 BP 3802 Abidjan 01 Ivory Coast  <b>Banque Centrale des Etats d'Afrique de l'Ouest</b> Avenue Abdoulaye FADIGA 3108 Dakar, Senegal
<b>Tunisia</b>	<b>Union Internationale de Banques</b> 65 Avenue Bourguiba 1000 Tunis, Tunisia LEI: 549300WKCW12LEPUMV07	<b>Tunisie Clearing</b> Les Jardins du Lac II 1053 Les Berges du Lac Tunis Tunisia
<b>Turkey</b>	<b>Citibank, A.Ş.</b> Tekfen Tower Eski Buyukdere Caddesi 209 Kat 3 Levent 34394 Istanbul, Turkey LEI: CWZ8NZDH5SKY12Q4US31	<b>Central Bank of Turkey</b> Anafartalar Mah. istiklal Cad. No: 10 06050 Ulus Altındağ Ankara Turkey  <b>Central Registry Agency</b> Resitpasa Mahallesi Tuncay Artun Caddesi Emirgan, Sarıyer 34467 Istanbul, Turkey
<b>Uganda</b>	<b>Standard Chartered Bank Uganda Limited</b> 5 Speke Road P.O. Box 7111 Kampala, Uganda LEI: 549300W7CNYGJ68XGD27	<b>Bank of Uganda</b> P.O. Box 7120 Plot 37/45 Kampala Road Kampala, Uganda  <b>Securities Central Depository</b> Plot 1, Pilkington Road Worker's House, 2nd floor North Wing P.O. Box 23552 Kampala, Uganda
<b>Ukraine</b>	<b>JSC Citibank</b> 16-g Dilova St. Kyiv 03150, Ukraine LEI: 549300E0ROT17ACBZH02	<b>National Depository of Ukraine</b> 17/8, Nyzhniy Val Str. Kyiv, Ukraine, 04071  <b>National Bank of Ukraine</b> 9 Instytutska St. Kyiv, Ukraine, 01601

Market	Subcustodian	Depository
<b>United Arab Emirates Dubai Financial Market</b>	<b>HSBC Bank Middle East Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) HSBC Securities Services HSBC Tower Downtown Dubai, Level 16 P O Box 66 Dubai, United Arab Emirates LEI: 549300F99IL9YJDWH369	<b>Dubai Central Securities Depository LLC</b> World Trade Centre (Rashid Tower) Sheikh Zayed Road P.O. Box 9700 Dubai, United Arab Emirates
<b>United Arab Emirates Dubai International Financial Center</b>	<b>HSBC Bank Middle East Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) HSBC Securities Services HSBC Tower Downtown Dubai, Level 16 P O Box 66 Dubai, United Arab Emirates LEI: 549300F99IL9YJDWH369	<b>Central Securities Depository, owned and operated by NASDAQ Dubai Limited</b> Level 7, The Exchange Building Gate District Dubai International Financial Centre P.O. Box 53536 Dubai, United Arab Emirates
<b>United Arab Emirates Abu Dhabi</b>	<b>HSBC Bank Middle East Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) HSBC Securities Services HSBC Tower Downtown Dubai, Level 16 P O Box 66 Dubai, United Arab Emirates LEI: 549300F99IL9YJDWH369	<b>Clearing, Settlement, Depository and Registry department of the Abu Dhabi Securities Exchange</b> Al Ghaith Tower Hamdan Bin Mohammed Street Abu Dhabi, United Arab Emirates
<b>United Kingdom</b>	<b>State Street Bank and Trust Company, United Kingdom branch</b> Quartermile 3 10 Nightingale Way Edinburgh EH3 9EG, Scotland LEI: 213800YAZLPV26WFM449	<b>Euroclear UK &amp; International Limited</b> 33 Cannon St London EC4M 5SB, England
<b>United States</b>	<b>State Street Bank and Trust Company</b> One Lincoln Street Boston, MA 02111 United States LEI: 571474TGEMMWANRLN572	<b>Depository Trust &amp; Clearing Corporation</b> 55 Water Street New York, NY 10041 United States  <b>Federal Reserve Bank</b> 20 <sup>th</sup> Street and Constitution Avenue, NW Washington, DC 20551 United States
<b>Uruguay</b>	<b>Banco Itaú Uruguay S.A.</b> Zabala 1463 11000 Montevideo, Uruguay LEI: 549300HU8OQS1VTVXN55	<b>Banco Central del Uruguay</b> Diagonal Fabini 777 Montevideo, Uruguay
<b>Vietnam</b>	<b>HSBC Bank (Vietnam) Limited</b> (as delegate of The Hongkong and Shanghai Banking Corporation Limited) Floor 2, The Metropolitan, 235 Dong Khoi, District 1 Ho Chi Minh City, Vietnam LEI: 213800H95OG9OVRT4Y78	<b>Vietnam Securities Depository</b> 15 Doan Tran Nghiep Street Le Dai Hanh Ward, Hai Ba Trung District Ha Noi, Vietnam

Market	Subcustodian	Depository
Zambia	<b>Standard Chartered Bank Zambia Plc.</b> Standard Chartered House Stand No. 4642 corner of Mwaimwena Road and Addis Ababa Drive, 4 <sup>th</sup> floor <b>10101</b> , Lusaka, Zambia LEI: 549300247QDZHDI30A83	<b>Bank of Zambia</b> Bank Square Cairo Road P.O. Box 30080 Lusaka <b>10101</b> , Zambia
		<b>LuSE Central Shares Depository Limited</b> Farmers House 3 <sup>rd</sup> Floor Central Park P.O. Box 34523 Lusaka <b>10101</b> , Zambia
Zimbabwe	<b>Stanbic Bank Zimbabwe Limited</b> (as delegate of Standard Bank of South Africa Limited) 3rd Floor Stanbic Centre 59 Samora Machel Avenue Harare, Zimbabwe LEI: 5493001KJTIIGC8Y1R12	<b>Chengetedzai Depository Company Limited</b> No. 1 Armagh Avenue, Eastlea Harare, Zimbabwe
		<b>Reserve Bank of Zimbabwe</b> 80 Samora Machel Avenue Harare, Zimbabwe
Transnational Depositories		<b>Euroclear Bank S.A./N.V.</b> 1 Boulevard du Roi Albert II B-1210 Brussels, Belgium LEI: 549300OZ46BRLZ8Y6F65
		<b>Clearstream Banking, S.A.</b> 42 Avenue J.F. Kennedy L-1855 Luxembourg LEI: 549300OL514RA0SXJJ44

Diese Aufstellung gibt den von der Verwahrstelle letztmitgeteilten Stand wieder. Der Umfang der übertragenden Verwahraufgaben kann sich jederzeit ändern. Auf Anfrage übersendet die Gesellschaft dem Anleger eine aktualisierte Aufstellung der übertragenen Verwahraufgaben.

## B. Interessenkonflikte

Interessenkonflikte sind nicht bekannt.

Die Verwahrstelle geht nach eigenen Angaben mit den Interessenkonflikten wie folgt um:

Zusammenfassend stellen sich die organisatorischen Vorkehrungen zum Umgang mit Interessenkonflikten wie folgt dar:

- Die Compliance-Abteilung ist mit der Funktion der gemäß § 70 Abs. 2 Satz 4 KAGB bzw. § 85 Abs. 2 Satz 4 KAGB erforderlichen „unabhängigen Stelle“ betraut.
- Der Geschäftsverteilungsplan und die aufbauorganisatorischen Struktur der State Street Bank GmbH entspricht den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen und trägt insbesondere der Anforderung der Vermeidung von Interessenkonflikten Rechnung. So sind die Funktionen „Marktfolge/Kontrolle Kreditgeschäft und Handel“ von den Funktionen „Abwicklung/Kontrolle Kreditgeschäft und Handel“ sowie natürlich vom „Marktbereich Handel“ und vom „Marktbereich Kreditgeschäft“ durchgängig bis auf Ebene der Geschäftsleitung voneinander getrennt. Darüber hinaus ist das operative Depotbankgeschäft vollständig von den Bereichen „Collateral Management Services“ und „KAG Backoffice Insourcing“ getrennt. Die Divisionslösung gemäß BaFin-Rundschreiben 6/2010 (WA)/Depotbankrundschreiben bzw. BaFin-Rundschreiben 5/2010 (WA)/InvMaRisk ist hinsichtlich räumlicher, personeller und funktionaler Trennung umgesetzt.
- Die „Conflicts of Interest Policy“ der State Street Bank GmbH deckt den Themenkomplex der Interessenkonflikte sowohl das WpHG-Sicht als auch aus KAGB-Sicht ab und sieht den Einsatz verschiedener Methoden zur Vermeidung von Interessenkonflikten vor, welche im Folgenden stichpunktartig dargestellt sind:
  - a. Kontrolle des Informationsflusses:
    - i. Vorgaben zu Vertraulichkeitsbereichen („Chinese Walls“) und deren Handhabung.
      - Informationsweitergabe im Unternehmen unter strikter Einhaltung des „Need to Know“-Prinzips
      - Zugriffsrechte auf Informationen und physische Zugangsrechte zu Unternehmensbereichen. So werden z. B. die Dienstleistungen im Rahmen des „KAG Backoffice Insourcing“ derzeit systemtechnisch vollkommen getrennt vom Depotbankgeschäft erbracht.
    - ii. Vorgaben zum sogenannten „Wall Crossing“.
  - b. Gesonderte Überwachung der relevanten Personen.
  - c. Keine schädlichen Abhängigkeiten im Vergütungssystem.
  - d. Vermeidung schädlicher Einflussnahme eines Mitarbeiters auf andere Mitarbeiter.
  - e. Vermeidung von Zuständigkeiten eines Mitarbeiters für verschiedene Aktivitäten, bei deren simultaner Ausübung Interessenkonflikte entstehen könnten.
  - f. Als Ultima Ratio ist die Mitteilung nicht hinreichend vermeidbarer oder kontrollierbarer Interessenkonflikte an den betreffenden Kunden vorgesehen.

Die „Conflicts of Interest Policy“ ist lediglich für den internen Gebrauch bestimmt und kann deshalb nicht mit unseren Kunden geteilt werden. Jedoch können wir anbieten, ein Meeting (Call) mit unserem Compliance-Beauftragten zu organisieren, um etwaige Fragen zu beantworten. Aufgrund des Bank- und Geschäftsgeheimnisses ist es uns ferner nicht möglich, Teile unseres Prüfungsberichtes unseren Kunden zur Verfügung zu stellen.

**ANLAGE 2****ZUSAMMENFASSENDE ÜBERSICHT FÜR DIE BESTEUERUNG BEI ÜBLICHEN BETRIEBLICHEN ANLEGERGRUPPEN**

Rechtslage ab 01.01.2018

	Ausschüttungen	Vorabpauschalen	Veräußerungsgewinne
<b>Inländische Anleger</b>			
Einzelunternehmer	<u>Kapitalertragsteuer:</u> 25% (die Teilfreistellung für Aktienfonds i.H.v. 30% bzw. für Mischfonds i.H.v. 15% wird berücksichtigt)		Kapitalertragsteuer: Abstandnahme
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Einkommensteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 60% für Einkommensteuer / 30% für Gewerbesteuer; Mischfonds 30% für Einkommensteuer / 15% für Gewerbesteuer)		
Regelbesteuerte Körperschaften (typischerweise Industrieunternehmen; Banken, sofern Anteile nicht im Handelsbestand gehalten werden; Sachversicherer)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme bei Banken, ansonsten 25%(die Teilfreistellung für Aktienfonds i.H.v. 30% bzw. für Mischfonds i.H.v. 15% wird berücksichtigt)		Kapitalertragsteuer: Abstandnahme
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 80% für Körperschaftsteuer / 40% für Gewerbesteuer; Mischfonds 40% für Körperschaftsteuer / 20% für Gewerbesteuer)		
Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds, bei denen die Fondsanteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, soweit handelsbilanziell keine Rückstellung für Beitragsrückerstattungen (RfB) aufgebaut wird, die auch steuerlich anzuerkennen ist ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 30% für Körperschaftsteuer / 15% für Gewerbesteuer; Mischfonds 15% für Körperschaftsteuer / 7,5% für Gewerbesteuer)		
Banken, die die Fondsanteile im Handelsbestand halten	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 30% für Körperschaftsteuer / 15% für Gewerbesteuer; Mischfonds 15% für Körperschaftsteuer / 7,5% für Gewerbesteuer)		
Steuerbefreite gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Anleger (insb. Kirchen, gemeinnützige Stiftungen)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>materielle Besteuerung:</u> Steuerfrei – zusätzlich kann die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer auf Antrag erstattet werden		
Andere steuerbefreite Anleger (insb. Pensionskassen, Sterbekassen und Unterstützungskassen, sofern die im Körperschaftsteuergesetz geregelten Voraussetzungen erfüllt sind)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>materielle Besteuerung:</u> Steuerfrei		

Unterstellt ist eine inländische Depotverwahrung. Auf die Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird ein Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe erhoben. Für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug kann es erforderlich sein, dass Bescheinigungen rechtzeitig der depotführenden Stelle vorgelegt werden.

**BayernInvest  
Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH**

Karlstr. 35  
80333 München  
Telefon +49 89 54 850-0  
Telefax +49 89 54 850-444  
[www.bayerninvest.de](http://www.bayerninvest.de)

**Handelsregister**  
München HRB 81464

**Gesetzliche Vertreter:**  
Alexander Mertz (Sprecher)  
Marjan Galun  
Philipp Plate